

# MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

JUNI 1957

---

## INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Mai/Juni 1957 . . . . .	3
Geld und Kredit . . . . .	3
Öffentliche Finanzen . . . . .	14
Produktion und Märkte . . . . .	21
Außenhandel und Zahlungsbilanz . . . . .	32
Die Aufbesserung der Sozialleistungen und ihre Finanzierung . . . . .	41
Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins im Jahr 1956 . . . . .	45
Statistischer Teil . . . . .	61
Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität . . . . .	62
Zentralbanksystem . . . . .	67
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen . . . . .	67
Ausweise . . . . .	70
Kreditinstitute . . . . .	74
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen . . . . .	74
Zwischenbilanzen . . . . .	86
Zinssätze . . . . .	99
Kapitalmarkt . . . . .	103
Öffentliche Finanzen . . . . .	108
Außenwirtschaft . . . . .	113
Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise . . . . .	117
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse . . . . .	119
Diskontsätze im Ausland . . . . .	120
Die Währungen der Welt . . . . .	121

Abgeschlossen am 29. Juni 1957

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

# Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Mai/Juni 1957

## Geld und Kredit

### Geldmarkt und Bankenliquidität

Die Banken konnten in der Berichtsperiode weiter hohe Liquiditätszugänge aus den Devisenverkäufen an das Zentralbanksystem verzeichnen, die im allgemeinen nur zum Teil, ja im Mai sogar nur zu einem sehr kleinen Teil, durch marktmäßige Gegentendenzen kompensiert wurden. Um so stärker war jedoch die Gegenwirkung des Zentralbanksystems mittels der Mindestreservepolitik und der Offenmarktpolitik. Der Geldmarkt stand daher in den beiden letzten Monaten im allgemeinen kaum mehr unter dem Angebotsdruck, der ihn vordem gekennzeichnet hatte, und die Inanspruchnahme des Zentralbanksystems durch die Kreditinstitute, die unter dem Einfluß der anhaltenden Liquidisierung der Banken bis zum Februar d. J. beträchtlich zurückgegangen war, nahm nicht weiter ab, sondern sie wurde im Gegenteil, ebenso wie schon im März und April, tendenziell eher noch stärker.

In ganz besonderem Maße wurde die Liquiditätsentwicklung durch die Interventionen des Zentralbanksystems im Mai bestimmt, in dem die im April beschlossene Erhöhung der Mindestreservesätze in Kraft trat. Wie aus der nunmehr vorliegenden Mindestreservestatistik für Mai hervorgeht, war das Reserve-Soll der Kreditinstitute in diesem Monat um rd. 720 Mio DM höher als im April, wobei neben der Erhöhung der Sätze natürlich auch die weitere Zunahme des Bestandes an mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten eine (wenn auch nur untergeordnete) Rolle spielte. Allein durch das höhere Reserve-Soll wurden die Devisenbeträge, die die Kreditinstitute im Mai per Saldo an das Zentralbanksystem verkauften — rd. 830 Mio DM —, also zum bei weitem größten Teil absorbiert. Außerdem aber gelang es der Bank deutscher Länder, das Placement von Geldmarktpapieren am offenen Markt erheblich zu erweitern. Im Verlauf des Monats Mai war der Betrag der von der Bank im Rahmen ihrer Offenmarktoperationen in Umlauf gesetzten Schatzwechsel und unver-

zinslichen Schatzanweisungen des Bundes um rd. 435 Mio DM höher als Ende April, während sich der Betrag der von ihr hereingenommenen sonstigen Geldmarktpapiere nur auf 15 Mio DM stellte. Der Absatz der Offenmarkttitle wurde dabei wesentlich dadurch erleichtert, daß die Sätze, zu der diese Titel erworben werden konnten, relativ günstig waren, und viele potentielle Anleger hierdurch wesentlich darin bestärkt wurden, ihre liquiden Mittel in derartigen Papieren anzulegen. Liquiditätszugänge, die durch die Mindestreserveerhöhung nicht absorbiert wurden, wurden also durch die Offenmarktoperationen abgeschöpft, mit dem Ergebnis, daß die interbankmäßige Verschuldung trotz der gerade im Mai ungewöhnlich starken marktmäßigen Liquidisierungstendenz weiter eingeengt wurde und die Kreditinstitute mit etwa 2 240 Mio DM (im Durchschnitt der 4 Bankwochenstichtage) den Zentralbankkredit um rd. 177 Mio DM mehr in Anspruch genommen hatten als im April.

Auch im Juni spielte die Offenmarktpolitik als Gegengewicht gegen die anhaltende Liquidisierungstendenz eine Rolle. Im Vergleich zum Mai war die allgemeine Konstellation der auf die Bankenliquidität und den Geldmarkt einwirkenden Faktoren allerdings insofern wesentlich anders, als die marktmäßigen Tendenzen im Juni weit weniger als im Vormonat auf eine weitere Liquidisierung hinwirkten. Der Mittelzugang, den die Banken auf Grund der bei ihnen anfallenden bzw. von ihnen an das Zentralbanksystem weitergegebenen Devisenüberschüsse verzeichnen konnten, war im Juni, soweit sich bisher übersehen läßt, zwar wieder sehr hoch, wenn auch vielleicht nicht ganz so beträchtlich wie im Vormonat. Es standen ihm aber schon rein marktmäßig erhebliche Gegentendenzen gegenüber, so daß dem Bankenapparat per Saldo, wenn überhaupt, nur ein geringer Liquiditätsgewinn verblieb. An erster Stelle ist hier der Einfluß des vierteljährlichen Zahlungstermins für die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu nennen, der für die Banken außerhalb des Zentralbanksystems wieder eine fühlbare Liquiditätsbelas-

Zur Entwicklung der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute (in Mio DM)

Vorgänge	Durchschnitt <sup>1)</sup>	Stichtage	
	Mai 1957 gegen April 1957	31. Mai 1957 gegen 30. April 1957	15. Juni 1957 gegen 15. Mai 1957
<b>A. Zentralbankgeldzuflüsse und -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen in den untenstehenden Positionen</b>	Die Vorzeichen geben an, ob die jeweiligen Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Zentralbankgeldzuflüsse (+) oder -abflüsse (-) bewirkt haben *)		
I. Noten- und Münzumlauf	+ 26	- 152	-- 227
II. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup>	+ 34	- 67	- 328
davon: 1) Bund, Länder und Lastenausgleichsbehörden	(- 148)	(- 87)	(- 171)
2) Gegenwertmittel	(+ 12)	(+ 7)	(+ 10)
3) Dienststellen der ehem. Besatzungsmächte	(+ 45)	(+ 23)	(- 260)
4) Sonstige (einschließlich Generalpostkasse)	(+ 125)	(- 10)	(+ 93)
III. Zentralbankkredite an Nichtbanken <sup>3)</sup> (ohne Offenmarkt-Käufe und -Verkäufe)	+ 7	+ 25	- 5
IV. Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder	+ 735	+ 829	+ 813
V. Offenmarkt-Käufe bzw. -Verkäufe des Zentralbanksystems	- 230	- 420	- 579
davon: 1) im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder ausgegebene Geldmarkttitel des Bundes	(- 279)	(- 434)	(- 475)
2) Sonstige Titel <sup>4)</sup>	(+ 49)	(+ 14)	(- 106)
VI. Sonstige Faktoren	+ 30	+ 63	- 132
darunter: Schwebende Verrechnungen im Zentralbanksystem	(+ 91)	(+ 67)	(- 129)
Gesamtwirkung der obengenannten Faktoren (Summe A I bis VI)			
Zugang = +	+ 602	+ 278	- 458
Abgang = -- an Zentralbankgeld			
<b>B. Veränderung der Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute</b>	(Zunahme = +; Abnahme = --)		
I. Gesamt (Mindestreserven und Überschußreserven)	+ 779	+ 407	- 538
II. Veränderung des Mindestreserve-Solls (kann nur monatlich angegeben werden)	+ 719	.	.
<b>C. Inanspruchnahme des Refinanzierungskredits des Zentralbanksystems</b>	(Zunahme = +; Abnahme = --)		
Veränderung	+ 177	+ 129	- 80
	Durchschnitt <sup>1)</sup>	Stichtage	
	Mai 1957	31. Mai 1957	15. Juni 1957
Stand an den nebenstehend genannten Terminen	2 239	2 041	2 291
<b>D. Zum Vergleich: Stand der Guthaben der Kreditinstitute beim Zentralbanksystem</b>	5 048	4 216	4 645
<p><sup>1)</sup> Errechnet aus den 4 Ausweisstichtagen der betreffenden Monate. — <sup>2)</sup> Einschließlich der in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben. — <sup>3)</sup> Einschließlich Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (im Rahmen einer festen Kreditlinie zur Vorfinanzierung von Arbeitsbeschaffungs-, Wohnungsbau- und Investitionsprogrammen), die nicht als Refinanzierungskredite im üblichen Sinne betrachtet werden können. — <sup>4)</sup> Am offenen Markt erworbene Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, soweit diese nicht im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder entstanden sind (s. V. 1), Vorratsstellenwechsel und Wertpapiere.</p> <p><sup>*)</sup> Es bewirken:</p> <p>Zentralbankgeldzufluß / Zentralbankgeldabfluß</p> <p>Abnahme . . . . . Zunahme . . . . . des Noten- und Münzumlaufts</p> <p>Abnahme . . . . . Zunahme . . . . . der Zentralbankeinlagen von Nichtbanken</p> <p>Zunahme . . . . . Abnahme . . . . . der Zentralbankkredite an Nichtbanken</p> <p>Aktivierung . . . . . Passivierung . . . . . des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder</p> <p>Offenmarkt-Käufe . . . . . Offenmarkt-Verkäufe</p> <p>Die Veränderungen der unter A in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Zentralbankgeldzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken. Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen enthält der Monatsbericht der Bank deutscher Länder für Januar 1957 auf S. 8.</p>			

stung mit sich brachte, da er ihnen, wenn man sie als Gesamtheit betrachtet, weit mehr Einlagen entzog, als ihnen im weiteren Verlauf des Monats auf Grund der öffentlichen Ausgaben wieder zuflossen. Die Entwicklung der Zentralbankeinlagen des Bundes und der Länder brachte diese Tendenzen allerdings nur sehr unvollkommen

zum Ausdruck, da die Einlagen Ende Juni insgesamt niedriger waren als zur gleichen Zeit des Vormonats und insofern nicht, wie früher, das inverse Gegenbild boten, an dem der Geldentzug, den insbesondere die großen Steuertermine für die Gesamtheit der Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems mit sich zu bringen pfleg-

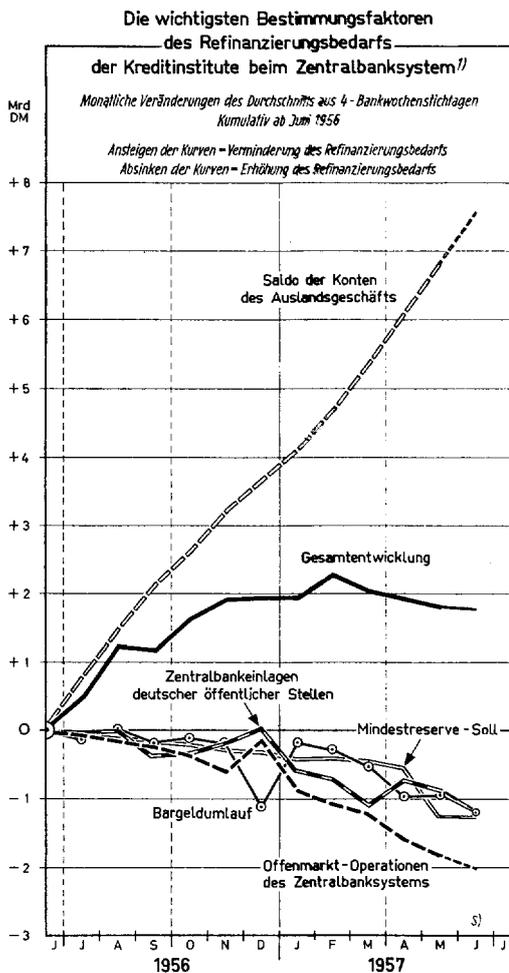
ten, abgelesen werden konnte. Die Erklärung hierfür liegt einmal darin, daß der Bund im Juni wieder verhältnismäßig hohe Auslandszahlungen leistete und diese Ausgaben zwar das Bundesguthaben bei der Bank deutscher Länder verringerten, aber dem heimischen Bankenapparat kein Geld zuführten. Nach dem Stande vom 28. d. M. hat es sich dabei um etwa 400 Mio DM gehandelt. In ähnlicher Weise ist neuerdings aber auch ein mehr oder weniger großer Teil der Aufwendungen des Bundes für die im Gebiet der Bundesrepublik stationierten fremden Truppen zu beurteilen. Wie im Abschnitt über die „Öffentlichen Finanzen“ dargelegt, stellen diese Ausgaben seit Beginn dieses Rechnungsjahres nämlich nicht mehr ohne weiteres effektive Ausgaben dar, da es sich bei ihnen jetzt zum Teil nur um Pauschalzuwendungen an die berechtigten Dienststellen, d. h. nur um eine Übertragung von Mitteln auf die Zentralbankkonten dieser Stellen, handelt, von wo sie teilweise erst allmählich in den Verkehr (und damit zu den Kreditinstituten) fließen. Im Juni scheint nun ein Teil dieser Aufwendungen zunächst noch im Zentralbanksystem stehen geblieben zu sein. Die Ausgaben, die auf den Bankenapparat liquidisierend wirkten, waren also viel geringer als die Gesamtausgaben und vor allem wahrscheinlich viel geringer als die Einnahmen, durch die den Banken Mittel entzogen wurden. Die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte hat mithin im Gesamtergebnis des Monats Juni, trotz eines vermutlich recht beträchtlichen Globaldefizits, die von den Devisenüberschüssen ausgehende Verflüssigungstendenz nicht etwa verstärkt, sondern im Gegenteil zu einem wahrscheinlich erheblichen Teil neutralisiert. In der gleichen Richtung wirkte schließlich die Entwicklung des Bargeldbedarfs, der im Juni unter dem Einfluß des Pfingstfestes, der beginnenden Urlaubssaison und der weiter steigenden Masseneinkommen wesentlich höher war als im Vormonat — im Durchschnitt der ersten 25 Tage des Monats bereits um 160 Mio DM — und damit die Liquiditätszugänge aus den Devisenüberschüssen ebenfalls in nicht unbeträchtlichem Umfang kompensierte.

Unter diesen Umständen war die Nachfrage nach den Offenmarktstiteln der Bank deutscher Länder im Juni wesentlich schwächer als im Vormonat. Immerhin hat die Bank auch in diesem

Monat — vor allem in der zweiten und dritten Woche — noch Geldmarktpapiere untergebracht, wenn auch bei einem Vergleich des Monatsstandes mit dem von Ende Mai die Aufnahme von Geldmarktstiteln seitens der Bank deutscher Länder infolge stärkerer Rückflüsse zum Monatsultimo überwog. Im Durchschnitt der vier Bankwochenstichtage war der Umlauf an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, die zum Zwecke der Offenmarktpolitik von der Bank deutscher Länder gegen Rückgabe eines entsprechenden Betrages ihrer Ausgleichsforderungen an den Bund eingetauscht worden waren, im Juni mit rd. 3 420 Mio DM um rd. 290 Mio DM höher als im Vormonat, wie auch der Bestand der Bank deutscher Länder an sonstigen Geldmarktstiteln mit rd. 52 Mio DM um rd. 25 Mio DM geringer war als im Mai. Der Umlauf der erwähnten „Umtauschtitel“ hatte am 25. Juni, seinem bisherigen Maximum, sogar 3 520 Mio DM betragen. Die Bank hat daher den Bundesfinanzminister gebeten, das Limit, innerhalb dessen sie Ausgleichsforderungen gegen Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen zwecks Abgabe an den offenen Markt umtauschen kann, um eine weitere Milliarde, nämlich von 4 auf 5 Mrd DM, zu erhöhen, da anzunehmen ist, daß sich nach Überwindung des Ultimo die Liquidisierungstendenz wieder verstärken wird. Der Bundesfinanzminister hat diesem Wunsche entsprochen.

Im übrigen ist bemerkenswert, daß die Erhöhung des Umlaufs an Offenmarktpapieren im Juni anscheinend wieder mit einer leichten Erhöhung der von den Kreditinstituten in Anspruch genommenen Refinanzierungskredite des Zentralbanksystems einherging. Im Durchschnitt der ersten drei Bankwochenstichtage des Monats waren diese Kredite jedenfalls mit 2 383 Mio DM um rd. 80 Mio DM höher als im Vormonat. Wie schon eingangs angedeutet, zeugt das davon, daß die auf Refinanzierung angewiesenen Institute ihren Geldbedarf nun weniger als früher am Geldmarkt decken können, da die Institute mit Liquiditätsüberschüssen ihre Mittel eher in den hochliquiden Titeln anlegen, anstatt sie an andere Institute auszuleihen. Freilich kann deshalb auch die Entwicklung der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute nicht mehr in gleichem Maße wie etwa noch im Vorjahr als Indiz der Liquiditätsentwicklung des

## ZUR ENTWICKLUNG DER BANKENLIQUIDITÄT



<sup>1)</sup> Die Veränderungen der einzeln aufgeführten Positionen sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Zentralbankgeldzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im „Zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken.“ - <sup>2)</sup> Ohne die bei den Geldinstituten der Bundespost befindlichen Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen. - <sup>3)</sup> Geschätzt.

BdL

gesamten Bankenapparates gelten. Wie das nebenstehende Schaubild zeigt, äußert sich nämlich die Liquidisierung des Bankenapparats in der letzten Zeit vornehmlich in der Erhöhung seiner Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen und nicht mehr in einer Verringerung seines Rückgriffs auf das Zentralbanksystem. Würde die Bank nicht in der Lage gewesen sein, mit ihrer Offenmarktpolitik jene Anlagemöglichkeiten zu bieten, so hätte der Liquidisierungsprozeß selbstverständlich zu einem weit stärkeren Ersatz der Refinanzierungshilfe des Zentralbanksystems durch eine entsprechende interbankmäßige Verschuldung und wahrscheinlich auch bereits zu einem so starken Angebotsdruck auf dem Geldmarkt geführt, daß die Bank im Interesse der Aufrechterhaltung geordneter monetärer Verhältnisse dem durch eine stärkere Erhöhung der Mindestreserven hätte begegnen müssen.

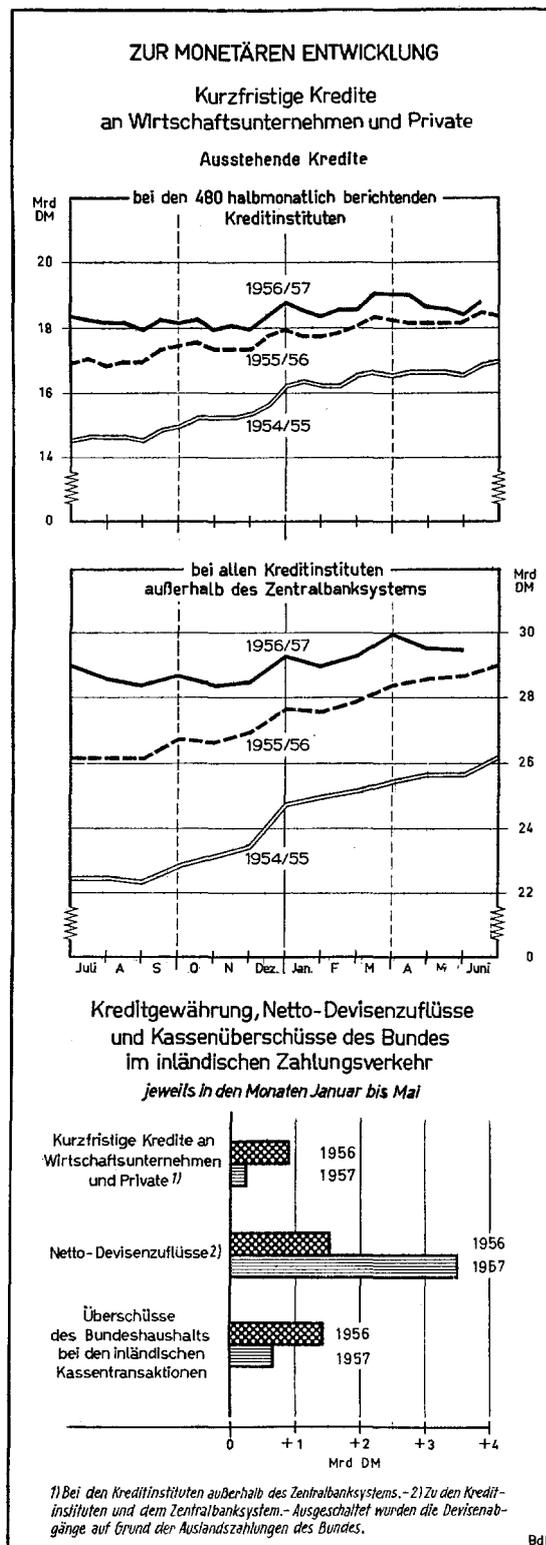
### Das Aktivgeschäft der Banken

Das Aktivgeschäft der Banken war in der Berichtsperiode, wie schon im vorangegangenen angedeutet, im allgemeinen weiter durch eine starke Liquiditätsneigung der Institute bestimmt. Kennzeichnend hierfür ist die verhältnismäßig große Rolle, die die Anlage in Geldmarktpapieren im Rahmen der gesamten Neuanlagen der Banken spielte. So haben die Bestände der Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen im Mai um 533 Mio DM zugenommen, nachdem sie bereits im Vormonat um 486 Mio DM erhöht worden waren. Der Betrag der von den Banken seit Jahresbeginn zusätzlich übernommenen öffentlichen Geldmarkttitel ist damit auf nahezu 2,2 Mrd DM angewachsen.

Die Ausdehnung der eigentlichen Bankkredite war dagegen unter Berücksichtigung der üblichen Saisonschwankungen weiter relativ gering. Die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private sind im Mai sogar weiter zurückgegangen. Bei allen von der monatlichen Bankenstatistik erfaßten Kreditinstituten (das sind praktisch alle ins Gewicht fallenden Institute) betrug die Abnahme 27 Mio DM. War sie damit auch weitaus geringer als im April (in dem, wie vor einem Monat ausführlich dargelegt wurde, besondere Umstände zu einem Rückgang um über eine halbe Milliarde DM geführt hatten), so hat sie doch dazu beigetragen, daß sich

der Abstand, mit dem die Ausdehnung der kurzfristigen Wirtschaftskredite im bisherigen Verlauf des Jahres hinter der entsprechenden Vorjahrsentwicklung zurückblieb, weiter vergrößerte, da im Mai des vergangenen Jahres die betreffenden Kredite um rd. 110 Mio DM gewachsen waren. Von Ende Dezember 1956 bis Ende Mai d. J. betrug die Zunahme der kurzfristigen Wirtschaftskredite nur rd. 225 Mio DM gegen rd. 900 Mio DM im gleichen Vorjahrsabschnitt.

Die Gründe dieser Entwicklung sind in den letzten Monatsberichten schon mehrfach gestreift worden. Abgesehen von den Zahlungsbilanzüberschüssen, die den monetären Spielraum der Wirtschaft ständig auch unabhängig von der Kreditgewährung erweitern, hat zu der anhaltenden Verlangsamung des Kreditwachstums vor allem beigetragen, daß der Wirtschaft durch die Kassengebarung der öffentlichen Haushalte in letzter Zeit bei weitem nicht mehr so viel Mittel entzogen wurden wie etwa noch vor Jahresfrist. Wie im Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ näher dargelegt wird, dürfte die Periode der hohen Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte nämlich nun im wesentlichen zum Abschluß gelangt sein, und zwar auch bei den innerwirtschaftlichen Kassentransaktionen, die — im Gegensatz zu den gesamten Kassentransaktionen, bei denen schon seit geraumer Zeit infolge der hohen Auslandszahlungen des Bundes Defizite entstanden waren — bis vor kurzem noch überwiegend mit einem Einnahmeplus abgeschlossen hatten. In den Monaten April und Mai haben sich beim Bund, der in diesem Zusammenhang die weitaus größte Rolle spielt, sogar Defizite bei seinen innerwirtschaftlichen Kassentransaktionen im Betrag von fast 150 Mio DM ergeben. Der „Blutentzug“, der früher mit den Kassenüberschüssen der öffentlichen Haushalte für die Wirtschaft verbunden war, hat also praktisch aufgehört, und der Drang, jenen Entzug durch Kreditaufnahme zu kompensieren, spielt infolgedessen in der Kreditentwicklung keine wesentliche Rolle mehr. Das bedeutet freilich nicht, daß die Wirtschaft auf die kurzfristige Kredithilfe der Banken auch an den Hauptsteuerterminen verzichten könnte; an diesen Terminen wird sich vielmehr zumindest für kürzere Fristen wohl stets ein verstärkter Kreditbedarf bemerkbar machen. So hat denn auch der Hauptsteuer-



termin vom 10. Juni d. J. wieder zu einer erhöhten Kreditanspruchnahme geführt. Bei den 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten, auf die etwa zwei Drittel des Gesamtvolumens der

kurzfristigen Wirtschaftskredite entfallen, sind diese Kredite in der ersten Junihälfte mit 387 Mio DM sogar wieder stärker gestiegen als im entsprechenden Vorjahrszeitraum (302 Mio DM). Allerdings ist abzuwarten, ob diese Zunahme in der zweiten Monatshälfte nicht durch verstärkte Kreditabdeckungen zum Teil wieder rückgängig gemacht worden ist.

Die *kurzfristigen Kredite an öffentliche Körperschaften* (ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen) — es handelt sich dabei so gut wie ausschließlich um Kredite an öffentliche Unternehmungen — sind im Gegensatz zu den Wirtschaftskrediten im Mai etwas, nämlich um rd. 90 Mio DM, gestiegen, nachdem sie in den drei vorangegangenen Monaten unter Schwankungen um insgesamt rd. 70 Mio DM zurückgegangen waren. In den ersten fünf Monaten des Jahres zusammen war ihre Ausdehnung mit rd. 134 Mio DM jedoch nur wenig größer als im gleichen Vorjahrsabschnitt (125 Mio DM). Im Rahmen der gesamten Aktivgeschäfte der Banken nehmen diese Kredite übrigens nur einen sehr geringen Raum ein. Seit Jahren beträgt ihr Gesamtvolumen kaum mehr als eine halbe Milliarde DM; Ende Mai d. J. stellte es sich auf rd. 565 Mio DM. Es entfällt überwiegend auf ein öffentliches Spezialinstitut.

Die *mittel- und langfristigen Kredite* haben im Mai um rd. 520 Mio DM zugenommen. Ihr Wachstum war damit etwa ebenso hoch wie im Vormonat (514 Mio DM). Erstmals seit mehr als Jahresfrist erreichte es auch wieder annähernd den Wachstumsbetrag des entsprechenden Vorjahrsmonats. In der Zwischenzeit war die Ausdehnung dieser Kredite zum Teil beträchtlich — nämlich bis zu mehreren hundert Mio DM — hinter den vergleichbaren Vorjahrsergebnissen zurückgeblieben, wobei der Abstand in den letzten Monaten allerdings zunehmend kleiner geworden war. Offenbar ist also im langfristigen Finanzierungsgeschäft der Kreditinstitute — wie schon oft erwähnt, entfällt dieses zum bei weitem größten Teil auf die Realkreditinstitute und die Institute des Sparkassensektors — in der letzten Zeit eine gewisse Wende eingetreten. Abgesehen davon, daß die Bautätigkeit in diesem Jahr schon verhältnismäßig früh wieder aufgenommen werden konnte und infolgedessen in den letzten Monaten eine größere Zahl von Objekten „belei-

hungsfähig“ wurde, dürfte dieser Wandel weitgehend damit zusammenhängen, daß, wie im nächsten Abschnitt noch dargelegt wird, das Aufkommen längerfristiger Fremdmittel bei den Banken seit geraumer Zeit wieder im Steigen begriffen ist. Auch die Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau, die im Mai von den mit dem Hypothekengeschäft befaßten Kreditinstituten erteilt wurden, waren mit 200 Mio DM erneut größer als in den Vormonaten. Erstmals seit Mitte 1955 haben sie auch wieder den Betrag des entsprechenden Vorjahrsmonats (185 Mio DM) überschritten.

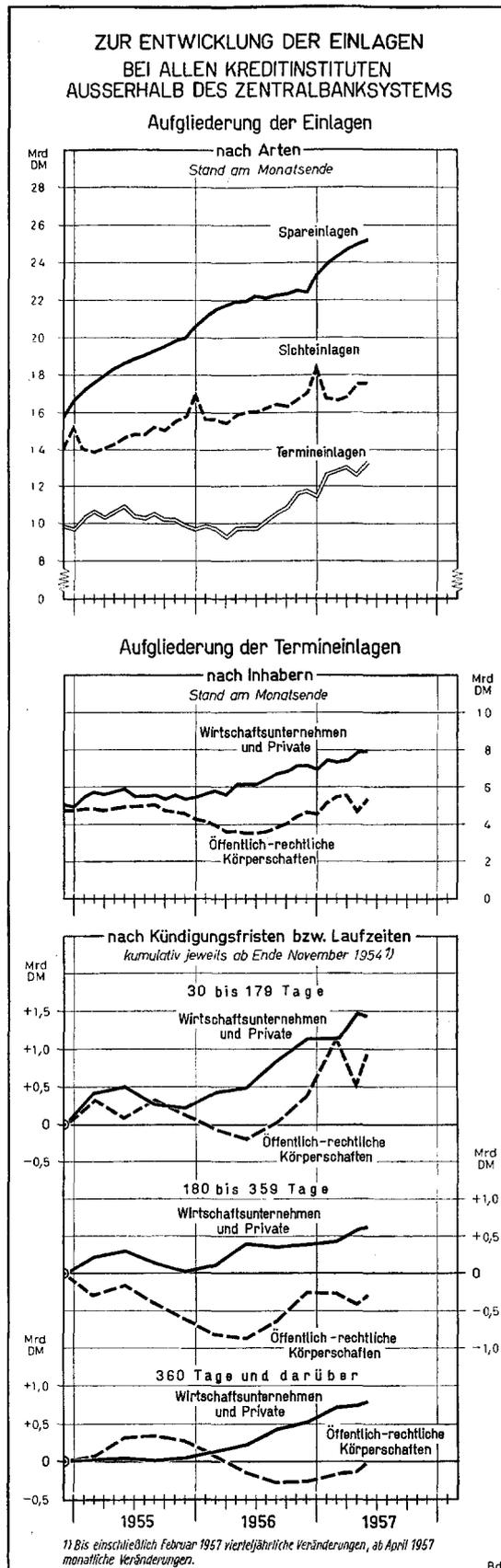
Die Bestände der Banken an *Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen* sind im Mai um 134 Mio DM gestiegen. Der Zugang hat sich damit gegenüber den Vormonaten (105 Mio DM im April, 46 Mio DM im März) abermals vergrößert. Von der gesamten Bestandszunahme im Mai entfielen 54 Mio DM auf Konsortialbeteiligungen und 80 Mio DM auf die eigentlichen Wertpapierbestände. Wie in den vorangegangenen Monaten haben die Institute vor allem ihre Portefeuilles an fremden Bankschuldverschreibungen aufgestockt, so daß sich diese um 77 Mio DM auf insgesamt rd. 3,63 Mrd DM Ende Mai erhöhten. Eine besondere Rolle mag hierbei gespielt haben, daß diejenigen Institute, die bis Ende März Spareinlagen mit den Verwendungsaufgaben der sogenannten „Lex Preusker“ entgegengenommen hatten, in Erfüllung jener Verwendungsaufgaben weiter Titel erwarben, deren Erlös dem sozialen Wohnungsbau und der Landwirtschaft zugutekommt. Die Bestände der Banken an langfristigen Schuldtiteln des Bundes und der Länder nahmen demgegenüber geringfügig ab.

#### Das Aufkommen längerfristiger Fremdmittel bei den Banken

Im Passivgeschäft der Banken hat sich die seit geraumer Zeit andauernde günstige Entwicklung des längerfristigen Fremdmittelaufkommens im Mai d. J. in verstärktem Umfang fortgesetzt, nachdem sie im April unter dem Einfluß verschiedener Sonderumstände, wie vor allem der in diesem Monat fälligen Rentennachzahlungen und des dadurch bedingten Rückgriffs der Sozialversicherungen auf ihre hohen Termineinlagen, vorübergehend unterbrochen worden war. Insgesamt flossen den Banken im Mai von Nicht-

bankenseite längerfristige Fremdmittel (Spar- und Termineinlagen, Erlöse aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen sowie aufgenommene Gelder und Darlehen) im Betrage von fast 1,5 Mrd DM zu gegen — jeweils im Monatsdurchschnitt — 1,3 Mrd DM im ersten Quartal 1957, rd. eine Milliarde DM im vierten Quartal 1956 und rd. 950 Mio DM im dritten Quartal 1956. Auch im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahrsresultat (580 Mio DM) zeigt das längerfristige Mittelaufkommen eine beachtliche Steigerung. Vergleicht man zur Kennzeichnung des längerfristigen Trends die Zugänge in den ersten fünf Monaten des Jahres mit denen der entsprechenden Vorjahrszeit, so ergibt sich, daß sie — trotz des niedrigen Aprilergebnisses (137 Mio DM) — mit insgesamt 5,54 Mrd DM um rd. 1,8 Mrd DM höher waren. Bei der Beurteilung dieser Ziffern darf allerdings nicht übersehen werden, daß das stärkere Wachstum des Mittelaufkommens zu einem erheblichen Teil auf Termineinlagen entfällt, über deren Entwicklung unten noch gesondert berichtet wird. Immerhin sind seit etwa Jahresanfang — im Gegensatz zum zweiten Halbjahr 1956 — auch die Spareinlagen wieder in stärkerem Maße an dem Gesamtzugang an längerfristigen Mitteln beteiligt. In den ersten fünf Monaten des Jahres war der Spareinlagenzuwachs rd. 465 Mio DM höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Ergebnis vom zweiten Halbjahr 1956 wurde sogar um fast 900 Mio DM übertroffen.

Auch im Berichtsmonat war der Zugang an Spareinlagen wieder beträchtlich. Mit insgesamt rd. 280 Mio DM war er mehr als doppelt so hoch wie im Mai des vergangenen Jahres und lag auch um 15 Mio DM über dem Vormonatsergebnis. Dabei haben im Mai auch die Spareinlagen öffentlicher Stellen wieder etwas stärker zugenommen, und zwar um 45 Mio DM gegen 20 Mio DM im April. Seit März d. J. sind die Sparkontenbestände der öffentlichen Stellen damit um rd. 90 Mio DM auf 1,65 Mrd DM gestiegen, nachdem sie von Juni 1956 bis Februar 1957 fast ohne Unterbrechung um insgesamt etwa 160 Mio DM zurückgegangen waren. Auch für den Juni ist mit einem relativ hohen Spareinlagenzuwachs zu rechnen. Bei den 480 halbmönatlich berichtenden Kreditinstituten, auf die etwa 50 vH des gesamten Spareinlagenbestandes



Zur Geld- und Kreditentwicklung\*)

in Mio DM

Posten	1955				1956				1957			Stand am Monatsende
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	April	Mai P)	
Monatsdurchschnitte												
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)												
Kredite und Wertpapierbestände der Kreditinstitute												
1) Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems												
insgesamt	+1 064	+1 081	+1 287	+1 286	+ 861	+ 802	+ 751	+ 992	+ 732	+ 226	+ 850	91 778
Kurzfristige Kredite an												
Wirtschaft und Private	(+ 237)	(+ 241) 9)	(+ 204)	(+ 280) 9)	(+ 223)	(+ 169) 10)	(— 116)	(+ 207)	(+ 254)	(— 511)	(— 27)	(29 497)
öffentliche Körperschaften	(+ 24)	(— 24)	(+ 14)	(— 12)	(+ 6)	(+ 25)	(+ 14)	(— 10)	(+ 36)	(— 64)	(+ 89)	( 566)
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen												
Mittel- u. langfrist. Kredite an	(+ 41)	(— 58) 9)	(— 52) 7)	(— 41) 7)	(— 84) 7)	(— 4) 7)	(+ 67) 7)	(+ 62) 7)	(— 7) 7)	(+ 182) 7)	(+ 125) 7)	( 3 880)
Wirtschaft und Private	(+ 460)	(+ 592) 9)	(+ 753)	(+ 867)	(+ 555)	(+ 489) 10)	(+ 610)	(+ 616) 9)	(+ 259)	(+ 423) 9)	(+ 491)	(41 531)
öffentliche Körperschaften	(+ 156)	(+ 160)	(+ 144) 9)	(+ 160)	(+ 131)	(+ 124) 10)	(+ 123) 9)	(+ 140) 9)	(+ 110) 9)	(+ 91)	(+ 31)	( 9 261)
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	(+ 146)	(+ 170)	(+ 224)	(+ 32)	(+ 30)	(— 1) 10)	(+ 53)	(— 23)	(+ 80)	(+ 105)	(+ 141)	( 7 043)
2) Zentralbanksystem												
insgesamt	+ 25	— 38	— 14	+ 119	— 98	+ 15	— 8	+ 12	— 59	—	+ 56	649
Kredite an												
öffentliche Körperschaften	(+ 33)	(— 38)	(— 1)	(+ 59)	(— 79)	(+ 3)	(+ 13)	(+ 33)	(— 42)	(+ 39)	(+ 25)	( 480)
Wirtschaft und Private	(+ 8)	(— 5)	(— 7)	(+ 0)	(— 2)	(— 7)	(+ 0)	(+ 1)	(+ 1)	(— 11)	(—)	( 83)
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	(— 16)	(+ 5)	(— 6)	(+ 60)	(— 17)	(+ 19)	(— 21)	(— 22)	(— 18)	(— 28)	(+ 31)	( 86)
Aktivsaldo der Forderungen und Verpflichtungen aus dem Auslandsgeschäft 4)	+ 111	+ 209	+ 157	+ 159	+ 206	+ 477	+ 494	+ 375	+ 327	+ 487	+ 754	19 457
Bargeldumlauf												
insgesamt	+ 41	+ 125	+ 176	+ 107	+ 154	+ 30	+ 78	+ 55	+ 48	+ 528	+ 152	16 416
darunter: Kassenbestände der Banken	(+ 8)	(+ 15)	(— 20)	(+ 11)	(— 2)	(+ 7)	(+ 4)	(+ 39)	(— 16)	(+ 72)	(— 51)	( 640)
Bankeinlagen und andere Passivposten												
1) Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems												
Sichteinlagen von												
Wirtschaft und Privaten	— 398	+ 244	+ 100	+ 528	— 490	+ 212 10)	+ 94	+ 590	— 498	+ 946	+ 17	15 461
öffentlichen Stellen	— 3	+ 3	— 15	+ 90 9)	— 33	— 19	+ 4	+ 147	— 78	— 162	— 40	2 161
Termineinlagen 2) von												
Wirtschaft und Privaten	+ 224	— 41	— 31	+ 5	+ 76	+ 137 10)	+ 223	+ 35	+ 171	+ 478	+ 51	8 003
öffentlichen Stellen	+ 2	+ 74	— 51	— 182 9)	— 194	— 59 10)	+ 175	+ 178	+ 318	— 790	+ 608 9)	5 368
Spareinlagen	+ 457	+ 279	+ 241	+ 340	+ 382	+ 170	+ 33	+ 316	+ 465	+ 265	+ 281	25 313
Bei Nichtbanken aufgenommene Gelder und Darlehen												
insgesamt	+ 215 9)	+ 379	+ 404	+ 410	+ 285	+ 387 10)	+ 411 9)	+ 426 9)	+ 213 9)	+ 41 9)	+ 367 9)	24 179
dar. mit Kündigungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate	(+ 241) 9)	(+ 366)	(+ 396)	(+ 385)	(+ 288)	(+ 396) 10)	(+ 401) 9)	(+ 391) 9)	(+ 241) 9)	(+ 100) 9)	(+ 340) 9)	(23 943)
2) Zentralbanksystem												
Sichteinlagen von												
Wirtschaft und Privaten	+ 78	— 109	+ 5	+ 2	+ 8	— 6	— 5	+ 22	— 21	+ 24	— 24	226
öffentlichen Stellen 3)	+ 25	— 350 9)	+ 280	+ 344	+ 296	+ 151	+ 93	— 177 9)	— 29	— 352	— 32	6 687
davon: auf Girokonto zeitw. in Ausgleichsforderungen angelegt	(+ 46)	(+ 95)	(+ 256)	(+ 285)	(+ 418)	(+ 101)	(+ 124)	(— 160) 9)	(+ 326)	(+ 43)	(+ 405)	( 5 364)
(— 21)	(— 445) 9)	(+ 24)	(+ 59)	(— 122)	(+ 50)	(— 31)	(— 17)	(— 355)	(— 395)	(— 437)	( 1 323)	
Wertpapierabsatz												
insgesamt 4)	436	450	561	298	420	313	479	255	397	223	314	23 973 11)
1) Festverzinsliche Papiere	314	285	443	184	239	167	283	166	279	196	268	18 909 11)
darunter: Bankschuldverschreibungen	205	264	260	159	180	165	115	95	138	150	180	12 386 11)
2) Aktien	122	165	118	114	181	146	196	89	118	32	46	5 064 11)
31. 12. 1953 = 100												
Index der Aktienkurse 5)	175	200	212	195	195	190	181	182	182	184	181	

\*) Angaben und Erläuterungen für frühere Monate: Vgl. Tabellen I 1 und I 3 im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen gehen auf nachträgliche Korrekturen zurück. Die in den nachfolgenden Anmerkungen angegebenen Zahlen stellen — im Gegensatz zu dem größeren Teil der Tabellenzahlen — keine Monatsdurchschnitte dar.

1) Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder und den Kreditinstituten außerhalb des Zentralbanksystems; vgl. Anmerkung 7 in Tabelle I 1, Aktiva und Passiva, des Statistischen Teils. — 2) Einlagen mit Kündigungsfrist oder Laufzeit von mindestens einem Monat. — 3) Einschließlich der Einlagen allierter Dienststellen. — 4) Einschließlich West-Berlin. — 5) Die angegebenen Werte sind aus den Kursnotierungen an den 4 Bankwochenstichtagen errechnet worden. Quelle: Statistisches Bundesamt. — 6) Statistisch bereinigt. — 7) Aus den gemeldeten Veränderungen der Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen wurden die Veränderungen der Bestände an ausländischen Schatzwechseln sowie diejenigen Beträge ausgeschaltet, die auf der Hereinnahme bzw. Abgabe von Geldmarkttiteln beruhen, die die Bank deutscher Länder seit Mai 1955 im Rahmen ihrer neuen Offenmarktpolitik abgegeben hat. Der hierauf zurückgehende Erwerb von Geldmarkttiteln stellt keine zusätzliche Kreditgewährung dar. — 8) Die Abnahme ist teilweise bedingt durch die Umwandlung von rd. 600 Mio DM in Ausgleichsforderungen angelegter Guthaben öffentlicher Stellen in eine Anlage in Offenmarkttiteln, die die Bank deutscher Länder im Austausch gegen diese Ausgleichsforderungen in Umlauf gesetzt hat. — 9) Nach Ausschaltung eines Kredits (250 Mio DM) der Lastenausgleichsbank an den Lastenausgleichsfonds (Anleiheerlös). — 10) Nach Ausschaltung statistisch bedingter Veränderungen; vgl. Tabellen I 1 und I 3 im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — 11) Absatz seit der Währungsreform (20. 6. 1948) insgesamt. — P) Vorläufig.

entfallen, war der Zugang in der ersten Monatshälfte mit rd. 62 Mio DM zwar nicht ganz so hoch wie in der entsprechenden Vorjahrszeit (68 Mio DM), aber dabei dürften die unterschiedliche Lage des Pfingstfestes und andere Zufälligkeiten eine maßgebliche Rolle gespielt haben.

Der Bestand an *Termineinlagen*, der im Vormonat durch die starken Abzüge öffentlicher Terminguthaben im Zusammenhang mit den erwähnten Rentennachzahlungen um über 300 Mio DM vermindert worden war, ist im Berichtsmonat wieder kräftig gestiegen. Der Gesamtzugang belief sich im Mai auf 659 Mio DM. Hiervon stammte der weitaus überwiegende Teil, nämlich 608 Mio DM, von öffentlichen Stellen, während auf die privaten Termineinlagen 51 Mio DM entfielen. Worauf das starke Wachstum der öffentlichen Termineinlagen im einzelnen zurückzuführen ist, läßt sich aus der Bankenstatistik nicht ersehen. Vermutlich haben die Sozialversicherungsträger, die nach den verhältnismäßig starken Ausgabeüberschüssen im April im Mai schon wieder Einnahmeüberschüsse verzeichnen konnten, einen großen Teil dieser Überschüsse — wie nun schon seit mehr als einem Jahr — als Termingeld zu den Banken gelegt, da sie zunächst noch zögerten, in größerem Umfang Wertpapiere zu erwerben. Neben den Trägern der Rentenversicherungen waren aber wahrscheinlich in erheblichem Maße auch Länder und Gemeinden, von denen bekannt ist, daß ihre Kassenentwicklung in letzter Zeit wieder einen relativ günstigen Verlauf genommen hat, an der Steigerung des Termineinlagenbestandes beteiligt.

Neben den Erlösen aus dem *Absatz von Bankschuldverschreibungen*, die, wie im nächsten Abschnitt ausführlich dargelegt wird, im Mai ebenfalls umfangreicher waren als in den Vormonaten, sind den Banken schließlich wieder in großem Umfang Mittel aus der *Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen* bei Nichtbanken zugeflossen. Im ganzen belief sich der Zugang an derartigen Mitteln im Mai auf rd. 340 Mio DM; er war damit um rd. 240 Mio DM höher als im April und entsprach etwa wieder dem Ergebnis vom Februar d. J. In den letzten Monaten — besonders im Berichtsmonat — ist das Aufkommen an längerfristigen Geldern und Darlehen dadurch verstärkt worden, daß gewisse Beträge der vom Bund im Rahmen eines Programms zur Finanzierung landwirtschaftlicher Investitionen bereit-

gestellten Mittel von den drei führenden Kreditinstituten, über die diese Gelder zunächst fließen, abgerufen und als „aufgenommene Gelder und Darlehen“ weitergeleitet wurden. Allerdings hielt sich die Inanspruchnahme dieser Mittel, gemessen an dem sich über insgesamt 200 Mio DM erstreckenden Gesamtprogramm, zunächst noch in einem bescheidenen Rahmen. Sie betrug im Mai rd. 45 Mio DM. Der Gesamtbetrag der bisher abgerufenen Mittel erhöhte sich damit auf rd. 75 Mio DM.

#### Die Lage an den Wertpapiermärkten

Die Wertpapiermärkte standen in der Berichtsperiode trotz der anhaltend günstigen Entwicklung der Kapitalbildung im Zeichen einer eher verstärkten Zurückhaltung der Anleger. Das gilt insbesondere für den Aktienmarkt, wo — zum Teil im Zusammenhang mit größeren Neuemissionen — ein umfangreicheres Angebot herauskam, das nur auf beträchtlich reduzierter Kursbasis aufgenommen werden konnte. Aber auch an den Rentenmärkten ergaben sich bei der Placierung neuer Emissionen teilweise neue Spannungen, die nicht nur in den zum Teil noch immer anhaltenden Rückflüssen von alten Emissionen, sondern auch in dem Wiederaufleben außerbörslicher Transaktionen unter den offiziellen Kursen ihren Ausdruck fanden.

Immerhin kann dies den Eindruck, daß sich der Rentenmarkt seit etwa drei Monaten in einer gewissen Konsolidierung befindet, nicht ganz verwischen. Das offizielle Kursniveau hat im allgemeinen nicht nur die im April und Mai erzielten Gewinne behauptet, sondern sich vereinzelt auch noch weiter leicht gehoben, so insbesondere bei den alten steuerfreien und niedrigverzinslichen Emissionen, wo es bisher sehr gedrückt war. Als ein positives Zeichen ist ferner zu werten, daß der Neuabsatz an festverzinslichen Wertpapieren im Mai, dem letzten Monat, für den vollständige Angaben vorliegen, wie die nachstehende Tabelle zeigt, wieder eine recht beachtliche Höhe aufwies. Dem Nennwert nach wurden in diesem Monat Rentenpapiere im Betrage von 268 Mio DM abgesetzt, gegen 196 Mio DM im Vormonat und etwa 214 Mio DM im Monatsdurchschnitt des Jahres 1956. Überhaupt war die Placierung neuer Titel in der letzten Zeit wesentlich günstiger, als auf Grund der allgemeinen Klage über die „Unergiebigkeit des

Der Absatz von Wertpapieren (in Mio DM)

Zeit	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Sonstige Schuldverschreibungen	Anleihen der öffentlichen Hand	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
1955 MD.	115,1	85,5	21,5	36,0	0,0	48,6	306,7	129,6	436,3
1955 „ <sup>1)</sup>	114,5	75,3	7,1	12,2	0,0	48,6	257,7	129,6	387,3
1956 „	86,5	51,3	1,2	47,0	0,0	16,8 <sup>2)</sup>	202,8 <sup>2)</sup>	153,1	355,9 <sup>2)</sup>
1956 1. Vj. MD.	122,1	57,6	0,5	—	0,0	3,7 <sup>2)</sup>	183,9 <sup>2)</sup>	181,6	365,5 <sup>2)</sup>
2. „	86,3	76,3	2,5	0,5	0,0	1,7	167,3	145,8	313,1
3. „	72,5	42,4	0,6	153,1	0,0	14,7	283,3	195,9	479,2
4. „	65,1	29,0	1,1	34,3	0,0	35,8	165,3	89,2	254,5
1957 1. Vj. MD.	79,2	43,9	14,7	76,9	0,0	64,3	279,0	118,4	397,4
1957 April	80,1	67,9	1,9	25,9	—	20,2	196,0	31,9	227,9
Mai	75,9	72,2	31,4	67,4	—	21,0	267,9	46,5	314,4

<sup>1)</sup> Ohne Investitionshilfspapiere. — <sup>2)</sup> Ohne Berücksichtigung der Beträge der 7 (5 1/2) %igen Umschuldungsanleihe des Freistaates Bayern von 1955, die im Tausch gegen gekündigte 8 %ige Schatzanweisungen übernommen wurden.

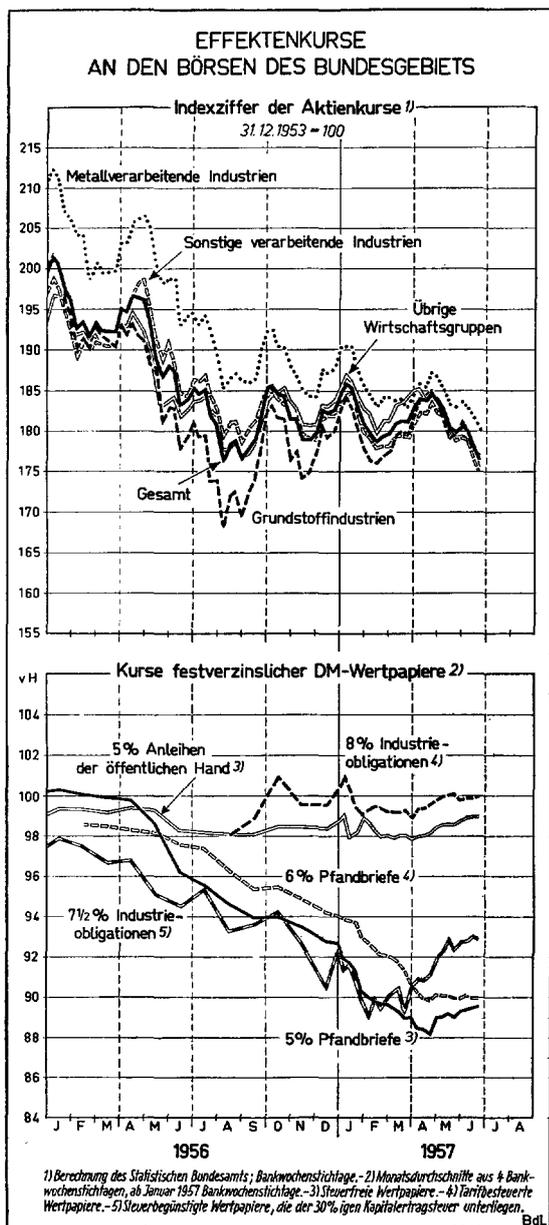
Kapitalmarktes“ vielleicht hier und da angenommen wird. In den ersten fünf Monaten des Jahres zusammengenommen wurden Rentenpapiere mit einem Nennbetrag von 1,3 Mrd DM abgesetzt, gegen nur 0,9 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres<sup>1)</sup> und ebenfalls 1,3 Mrd DM in den ersten fünf Monaten von 1955. Auch wenn man berücksichtigt, daß sich gleichzeitig der Aktienabsatz auf nur 434 Mio DM gegen 810 bzw. 619 Mio DM in den ersten fünf Monaten von 1956 bzw. 1955 stellte, ist dieses Ergebnis beachtlich.

Wie in den vorangegangenen Monatsberichten mehrfach dargelegt, haben zu den Anlagekäufen der letzten Monate in gewissem Umfang die steuerlichen Begünstigungen beigetragen, die die sogenannte „Lex Preusker“ für Ersparnisse zugunsten des Wohnungsbaus und der Landwirtschaft gewährte. Überschätzt werden darf dieser Umstand jedoch nicht. Trotz der Stütze, die die zusätzlichen Steuervergünstigungen dem Absatz von Pfandbriefen (und zum Teil auch von Kommunalobligationen) boten, war dieser in den ersten fünf Monaten von 1957 nämlich mit insgesamt 665 Mio DM um 185 Mio DM niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Steigerung des Gesamtabsatzes an festverzinslichen Wertpapieren entfiel also nicht auf die Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute, sondern überwiegend auf die neuen 8 %igen Industrieobligationen (Gesamtabsatz in den ersten fünf Monaten von 1957 324 Mio DM, während in der gleichen Zeit des Vorjahres gar keine Industrieanleihen untergebracht worden waren) und sodann auf öffentliche Anleihen (234 Mio DM

<sup>1)</sup> Ohne eine Konversionsanleihe in Höhe von 130 Mio DM.

gegen 49 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres) sowie Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten (77 Mio DM gegen 9 Mio DM). Der Pfandbriefabsatz dagegen ringt bis in die neueste Zeit hinein um einen höheren Marktanteil. In den letzten Wochen ist es dabei leider auch wieder zu der schon eingangs erwähnten wenig erfreulichen Erscheinung gekommen, daß die offiziellen Emissionskurse beim Absatz teilweise unterboten werden, indem der Empfänger von Hypothekendarlehen dem Pfandbriefkäufer (der das Wertpapier vom Emittenten an sich zum regulären Kurs erwirbt) eine Zuzahlung von mehreren Prozenten leistet. Soweit es sich dabei um Kreditnehmer des sozialen Wohnungsbaus handelt, ist eine derartige Praxis letzten Endes natürlich nur deshalb möglich, weil durch die öffentliche Unterstützung des Wohnungsbaus offenbar eine Marge für solche Prämien vorhanden ist.

Immerhin deutet sich auf längere Sicht auch für den Pfandbriefmarkt allmählich die Chance einer Besserung an. Der Pfandbriefmarkt war seit dem vergangenen Jahr bekanntlich besonders hart dadurch betroffen, daß die großen sozialen Versicherungen, auf die früher ein erheblicher Teil des Gesamtabsatzes an Pfandbriefen (und Kommunalobligationen) entfallen war, ihre Wertpapierkäufe nahezu restlos eingestellt hatten, weil sie erst einmal abwarten wollten, in welchem Maße sie durch die Rentenreform belastet werden würden. In dieser Hinsicht ist nun ein Überblick möglich, und er dürfte zu dem Ergebnis führen, daß die Versicherungsträger auch in Zukunft in der Lage sein werden, auf Grund von laufenden Einnahmeüberschüssen wieder — wenn auch im Vergleich zu frü-



her nur in erheblich reduziertem Umfang— Wertpapierkäufe zu tätigen, und daß sie darüber hinaus auch einen Teil der seit Mitte 1956 gebildeten, aber zunächst nur bankmäßig angelegten Reserven noch nachträglich dem Wertpapiermarkt zuführen können. Überhaupt zeigt die Entwicklung der Termineinlagen, über die in einem andern Teil dieses Berichtsabschnitts bereits berichtet wurde, daß sich auf den Terminkonten bis in die neueste Zeit hinein Mittel ansammeln, die zwar selbstverständlich nicht durchweg, aber doch wenigstens zum Teil Kapitalcharakter haben und ohne weiteres an den Wertpapiermärkten angelegt werden könnten. Die Kapital-

bildung ist also nach wie vor besser, als es in der Entwicklung des Kapitalmarkts zum Ausdruck kommt. Wenn es gelingt, die — zum Teil lediglich psychologischen — Hemmungen zu beseitigen, die das Kapital bisher am Übertritt aus den „Vorhöfen“ des Kapitalmarkts in den Kapitalmarkt selbst hinderten, so könnte sich die Lage des Marktes mithin verhältnismäßig rasch bessern. Wie wesentlich es in diesem Zusammenhang ist, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Währung und in eine vernünftige, auf alle „künstlichen“ Förderungsmaßnahmen verzichtende Kapitalmarktpolitik gestärkt wird, ist an dieser Stelle, besonders im Januar-Bericht, schon mehrfach erwähnt worden.

Der Aktienmarkt stand im Juni, wie bereits angedeutet, weiter im Zeichen rückläufiger Kurse. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Index der Aktienkurse (Stand von Ende 1953 = 100) sank in den drei ersten Wochen des Monats von 181 (am 31. Mai) auf 177; auch in der letzten Woche dürfte er noch leicht zurückgegangen sein. Er hat damit wieder den tiefsten Stand des Vorjahres erreicht, wobei die Kurse vor allem bei den Aktien größerer Montan- und Chemieunternehmen, die bisher insbesondere von Seiten des ausländischen Publikums bevorzugt wurden, zurückgegangen sind. Zum Teil standen die Kursrückgänge wieder in engem Zusammenhang mit der schwierigen, nur unter dem rechnerischen Wert möglichen Placierung von Bezugsrechten bzw. der Ankündigung weiterer großer Aktienemissionen. Andererseits hat die Tendenz zur Erhöhung der Dividenden angehalten. Der durchschnittliche Dividendensatz aller an den Börsen notierten Aktien mit Gewinnausschüttung war bis Ende Mai bereits auf 8,7 % gestiegen gegen rd. 8 % Ende 1956. Für die 344 Gesellschaften, die bis Ende Mai ihre Dividenden für 1956 bekanntgegeben hatten, errechnete sich sogar eine Durchschnittsdividende von 9,2 % und eine Rendite von mehr als 5 % gegen 4,4 % Ende 1956. Die Renditen führender Aktien, die durch Ausgabe von Bezugsrechten im Kurs besonders gedrückt wurden, lagen teilweise sogar bei 6 1/2 % und höher, so daß sich in Umkehr der üblichen Rangordnung und als deutliches Symptom der Unausgeglichenheit des Marktes das eigenartige Bild ergibt, daß gerade die sogenannten „Standardwerte“ zur Zeit höhere Renditen erbringen als die „Nebenwerte“.

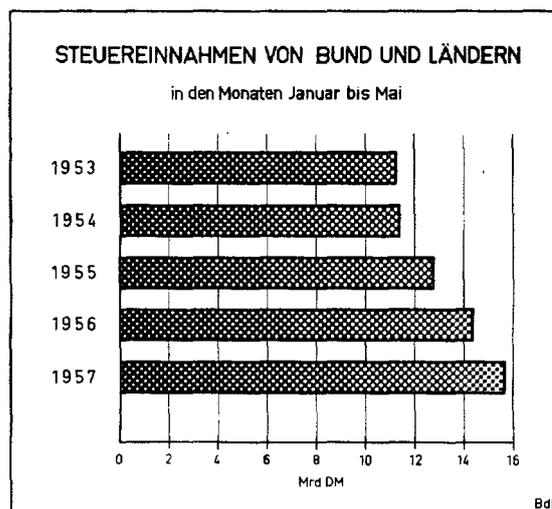
## Öffentliche Finanzen

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte stand in der Berichtsperiode im Zeichen einer starken Zunahme der Bundesausgaben. In dem soeben abgelaufenen ersten Rechnungsvierteljahr 1957/58 (April bis Juni) ist daher selbst in denjenigen Monaten, in denen auf Grund der vierteljährlichen Steuertermine in einzelnen Haushalten Überschüsse erzielt wurden, bei Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds zusammengenommen nur ein geringer Überschuß, wenn nicht gar ein Defizit entstanden. So hat der verhältnismäßig hohe Kassenüberschuß, den der Lastenausgleichsfonds im Mai infolge der Vierteljahreszahlungen auf die Vermögensabgabe und die Vermögensteuer aufwies, nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge von Bund und Ländern wettzumachen, und es ist anzunehmen, daß beim Bund selbst im Juni mit seinen erfahrungsgemäß hohen Einnahmen ein Fehlbetrag zu verzeichnen war, der zusammen mit dem beim Lastenausgleichsfonds in diesem Monat üblichen Defizit die Überschüsse in den Länderhaushalten vermutlich erreicht, wenn nicht gar übertroffen haben dürfte.

### Die Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sind dabei noch immer im Anstieg begriffen. In den beiden ersten Monaten des Rechnungsjahres waren sie um durchschnittlich 7,5 vH höher als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Die

Zuwachsrates gegenüber dem Vorjahr war damit allerdings niedriger als im ersten Vierteljahr 1957, in dem sie ebenso wie im vierten Vierteljahr 1956 reichlich 10 vH betragen hatte. Außer



auf stärkere Ausfälle beim Notopfer Berlin ist diese Verringerung vor allem auf eine beträchtliche Abflachung in der Zunahme des Einkommensteuerertrags zurückzuführen, die sich im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahrsperiode im Durchschnitt der Monate April und Mai nur noch auf 12 vH belief gegen rd. 28 vH im vierten Vierteljahr 1956 und rd. 26 vH im ersten Vierteljahr 1957. Ausschlaggebend hierfür ist, daß das Aufkommen aus der Lohnsteuer im Durchschnitt der beiden letzten Monate um rd. 10 vH niedriger war als vor Jahresfrist. Das liegt hauptsächlich an den im Januar in Kraft getretenen Steuererleichterungen und an Erstattungen im Rahmen des Jahreslohnsteuerausgleichs, doch spielte außerdem eine Rolle, daß sich der Anstieg der Arbeitseinkommen im Vergleich zum Vorjahr merklich verlangsamt hat. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich das Aufkommen aus dieser Steuer mit dem Auslaufen der Erstattungen und der weiteren Zunahme der Arbeitseinkommen wieder erholt, so wird sich andererseits der bisher noch sehr steile Anstieg des Steuerertrags bei der Veranlagten Einkommensteuer mit dem bevorstehenden Ende der Veranlagung 1955 und der in Aussicht genommenen Neuregelung der Ehegattenbesteuerung vermutlich stark abschwächen.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April und Mai 1957

Steuerarten	1957			Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) gegen 1956		
	April	Mai <sup>P)</sup>	gesamt	April	Mai	gesamt
	Mio DM			vH		
Steuereinnahmen, gesamt	2 670	2 822	5 492	+ 4,5	+10,5	+ 7,5
1) Einkommensteuern darunter:	754	772	1 526	+11,4	+12,7	+12,0
a) Lohnsteuer	316	391	707	-15,2	- 5,5	-10,1
b) Veranlagte Einkommensteuer	280	232	512	+62,8	+40,0	+51,5
c) Körperschaftsteuer	116	117	233	+36,3	+48,4	+42,1
2) Notopfer Berlin	29	26	55	-60,9	-64,6	-62,7
3) Umsatzsteuer <sup>1)</sup>	1 019	1 024	2 043	- 0,2	+11,3	+ 5,2
4) Verbrauchsteuern und Zölle	670	692	1 362	+12,7	+12,8	+12,8
5) Alle übrigen Steuern	198	308	506	+ 5,3	+18,3	+12,9

Quelle: Bundesminister der Finanzen. — <sup>1)</sup> Einschließlich Umsatzausgleichsteuer. — <sup>P)</sup> Vorläufig.

## Der Bundeshaushalt

Der Bundeshaushalt hat im Mai d. J. mit einem Kassenfehlbetrag abgeschlossen, der mit 310 Mio DM über den des Vormonats — 243 Mio DM — noch hinausging. Im Vergleich zu den beiden ersten Monaten des vergangenen Rechnungsjahres, in denen Überschüsse im Gesamtbetrag von 323 Mio DM entstanden waren, hat sich der Kassenabschluß des Bundeshaushalts somit um 876 Mio DM verschlechtert. Die Tendenz zum Abbau der Überschüsse bzw. zur Entstehung von Defiziten, die die Entwicklung der Bundesfinanzen schon seit der Mitte des vergangenen Jahres bestimmt, hat sich im neuen Rechnungsjahr weiter fortgesetzt. Nach den bisher vorliegenden Angaben ist anzunehmen, daß sich auch im Juni eher ein Kassendefizit als ein Kassenüberschuss ergeben hat, obwohl die Einnahmen auf Grund des großen Steuertermins erheblich über den Stand der beiden Vormonate hinausgingen.

Der Grund hierfür liegt, wie schon oben angedeutet, darin, daß die Ausgaben seit geraumer Zeit stark wachsen, während die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr nur noch wenig zuneh-

men. So waren die Steuereinnahmen des Bundes (einschließlich seines Anteils am Einkommensteuerertrag), auf die über 90 vH der gesamten Bundeseinnahmen entfallen, im Durchschnitt der Monate April und Mai nur noch um gut 5 vH höher als im Vorjahr gegen gut 11 vH im ersten Rechnungsvierteljahr 1956/57<sup>1)</sup>. Demgegenüber haben die Kassenausgaben seit dem Beginn des Rechnungsjahres — ebenso wie schon in den vorangegangenen sechs Monaten — kräftig zugenommen. Im April gingen sie mit 2,53 Mrd DM um reichlich 500 Mio DM (oder rd. 25 vH) über ihren vergleichbaren Vorjahrsstand hinaus, im Mai mit rd. 2,37 Mrd DM um 360 Mio DM (oder rd. 18 vH). Nach den verfügbaren Teilangaben scheint sich im Juni der Abstand gegenüber dem Vorjahr eher noch vergrößert zu haben. Die ent-

<sup>1)</sup> Zum Teil war der geringe Anstieg der Kasseneinnahmen allerdings auch dadurch bedingt, daß in ihnen (ebenso wie übrigens auch in den Kassenausgaben) gewisse durchlaufende Posten enthalten sind, die stark gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind. Dies gilt vor allem für die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, die bis Ende Juni v. J. durch Zahlungen der finanzstarken Länder an die Bundeshauptkasse und entsprechende Überweisungen seitens der Bundeshauptkasse an die finanzschwachen Länder abgewickelt wurden, während sie seitdem mit den Überweisungen der Länder aus dem Einkommensteuerertrag saldiert werden, die um die betreffenden Ausgleichszahlungen erhöht bzw. ermäßigt werden.

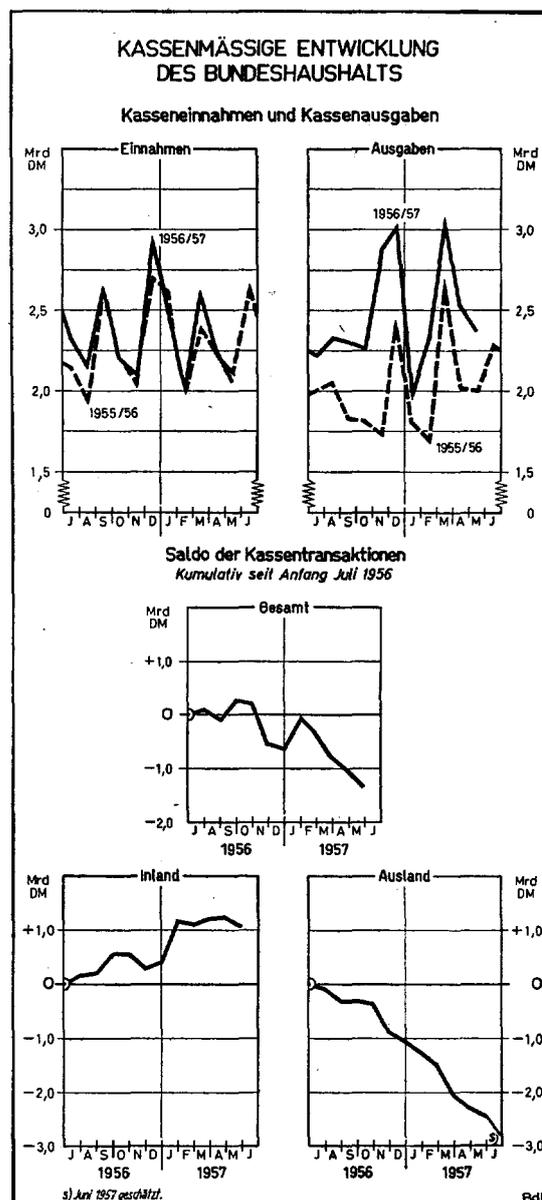
Zur kassenmäßigen Entwicklung der Bundesfinanzen (in Mio DM)

	Rechnungsjahre							
	1955/56			1956/57			1957/58	
	gesamt	darunter		gesamt	darunter		April	Mai
		April	Mai		April	Mai		
<b>I. Kassentransaktionen, gesamt</b>								
1) Einnahmen <sup>1)</sup>	26 726	1 919	1 870	28 710	2 236	2 115	2 283	2 056
2) Ausgaben <sup>2)</sup>	23 867	2 093	1 699	28 802	2 020	2 007	2 526	2 366
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)	+2 859	— 174	+ 171	— 92	+ 215 <sup>3)</sup>	+ 108	— 243	— 310
<b>II. Kassentransaktionen mit dem Ausland</b>								
1) Einnahmen	—	—	—	126	—	—	—	—
2) Ausgaben	657	106	32	2 354	146	34	273	134
a) Effektive Zahlungen <sup>3)</sup>	(657)	(106)	(32)	(1 955)	(146)	(34)	(273)	(134)
b) Garantiestellungen	(—)	(—)	(—)	(399)	(—)	(—)	(—)	(—)
3) Saldo (1./2.)	— 657	— 106	— 32	— 2 228	— 146	— 34	— 273	— 134
<b>III. Kassentransaktionen mit dem Inland</b>								
1) Einnahmen	26 726	1 919	1 870	28 584	2 236	2 115	2 283	2 056
2) Ausgaben	23 210	1 987	1 667	26 448	1 874	1 973	2 253	2 232
3) Saldo (1./2.)	+3 516	— 68	+ 203	+2 136	+ 361 <sup>3)</sup>	+ 142	+ 30	— 176
<b>IV. Veränderung der Kassenposition</b>								
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)								
1) der Kassenmittel	+2 441	— 216	— 148	— 320	+ 251	+ 22	— 233	— 281
2) der Kreditmarktverschuldung	— 418	— 42	— 319	— 217	— 5	— 43	— 0	— 0
3) Saldo (1./2.) <sup>4)</sup>	+2 859	— 174	+ 171	— 103	+ 256	+ 65	— 233	— 281

<sup>1)</sup> Eingänge auf den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Eingänge aus Schuldannahmen. — <sup>2)</sup> Ausgänge aus den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung; einschl. Kreditgewährungen an andere öffentliche Stellen. — <sup>3)</sup> Äußerer Schuldendienst, Devisenzahlungen im Rahmen des Israelabkommens, Zahlungen und Anzahlungen für Rüstungseinfuhren, Beiträge an internationale Organisationen, Ausgaben für diplomatische Vertretungen u. dgl.; Beträge für 1955 zum Teil geschätzt. — <sup>4)</sup> Abweichungen zu Pos. 1, 3 bedingt durch Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshauptkasse. — <sup>5)</sup> Differenz durch Runden.

scheidende Rolle spielten dabei die Verteidigungsausgaben. Im April, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, beliefen sie sich einschließlich einer Abschlagszahlung auf die für das laufende Rechnungsjahr neu vereinbarten Stationierungskosten (vgl. weiter unten) auf rd. 720 Mio DM gegen rd. 350 Mio DM im April v. J. Die zivilen Ausgaben waren dagegen im April nur um 135 Mio DM höher als vor Jahresfrist, und auch im Mai dürften sie keinen wesentlich stärkeren Anstieg aufgewiesen haben. Im Vergleich zum vergangenen Rechnungsjahr, in dem die zivilen Ausgaben im Monatsdurchschnitt um etwa 300 Mio DM gewachsen waren, hat sich damit ihre Zuwachsrate fürs erste beträchtlich verringert. Für die kommenden Monate wird man jedoch auch hier wieder mit einer etwas kräftigeren Zunahme rechnen müssen, da die bisherige Ausgabeentwicklung offenbar damit zusammenhing, daß der diesjährige Haushaltsplan noch nicht verabschiedet war und bei allen nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhenden Verpflichtungen eine gewisse Zurückhaltung geübt wurde.

Ein erheblicher Teil der Ausgabesteigerungen beim Verteidigungsaufwand entfällt nach wie vor auf Auslandszahlungen. Im April haben die Anzahlungen für die Einfuhr von Rüstungsgütern 157 Mio DM betragen; im Mai gingen sie dann zwar auf 86 Mio DM zurück, im Juni erreichten sie jedoch mit schätzungsweise 365 Mio DM erneut eine beträchtliche Höhe. Unter Einbeziehung der übrigen Auslandszahlungen des Bundes — die entscheidende Rolle spielten unter ihnen die Aufwendungen für den äußeren Schuldendienst, die diplomatischen Vertretungen und gelegentlich auch Beiträge zu den internationalen Organisationen — hat sich infolgedessen im Zahlungsverkehr des Bundes mit dem Ausland im April und Mai zusammengenommen ein Defizit von 407 Mio DM ergeben, das sich auf Grund der Zahlungen für den Juni bis zum Ende des ersten Rechnungsvierteljahres beträchtlich erhöht haben dürfte. Von Juli vorigen Jahres bis Ende Juni dieses Jahres ist der Fehlbetrag der auswärtigen Kassentransaktionen des Bundes, wie aus dem nebenstehenden Schaubild zu ersehen ist, mithin auf rd. 2,8 Mrd DM zu veranschlagen. Aber auch bei den inneren Kassentransaktionen des Bundes ist in den ersten beiden Monaten des lau-



fenden Rechnungsjahres, wie schon einmal im vierten Vierteljahr 1956, ein Fehlbetrag entstanden, der sich auf insgesamt 146 Mio DM stellte. Betrachtet man die Entwicklung seit der Mitte des vergangenen Jahres, so ist bis Ende Mai dieses Jahres zwar noch ein Überschuß in Höhe von rd. 1,1 Mrd DM aufgelaufen. Für die längerfristige Entwicklung ist jedoch bezeichnend, daß dieser Betrag schon etwa Ende Januar d. J. erreicht war und daß er von da an im großen und ganzen nicht mehr gestiegen ist. Die Periode der Kassenüberschüsse im Bundeshaushalt dürfte daher auch für den inneren Zahlungsverkehr als abgeschlossen gelten.

Was die inneren Ausgaben des Bundes anlangt, so sei noch erwähnt, daß es hier in Zukunft zu größeren Abweichungen zwischen den von der Bundeshauptkasse verausgabten Mitteln und ihrem tatsächlichen Abfluß in den inneren Kreislauf kommen kann. Im Zusammenhang mit den Vereinbarungen über die im laufenden Rechnungsjahr vom Bund zu leistenden Beiträge zu den Unterhaltskosten der in der Bundesrepublik stationierten ausländischen Truppen ist nämlich vorgesehen worden, daß diese Mittel mit dem Tage der Ratifizierung voll auf besondere bei der Bank deutscher Länder errichtete Konten der betreffenden Mächte überwiesen werden und daß schon vor diesem Zeitpunkt größere Abschlagszahlungen zu leisten sind, obwohl die Inanspruchnahme dieser Konten durch die Dienststellen der ausländischen Truppen sich über einen längeren Zeitraum erstrecken wird. Bisher hat dies allerdings noch kaum eine Rolle gespielt. Nach den vorläufigen Vereinbarungen, die noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, sind für das laufende Jahr rd. 1,2 Mrd DM an die nachstehend aufgeführten Mächte zu zahlen. Als Anzahlung hierauf sind vom Bund

*Zahlungen der Bundesrepublik an gegenseitigen  
Hilfeleistungen im Rahmen der NATO-Verträge*  
Rechnungsjahr 1957/58  
in Mio DM

Großbritannien	588,0
Vereinigte Staaten	325,0
Frankreich	225,0
Belgien	59,0 <sup>1)</sup>
Dänemark	1,2
Niederlande	0,4 <sup>1)</sup>
Gesamt	<u>1 198,6</u>

<sup>1)</sup> Über diese Beträge wird noch verhandelt.

im April 150 Mio DM und in der ersten Hälfte des Juni 250 Mio DM überwiesen worden, denen in Kürze weitere 175 Mio DM folgen sollen. Von den im April zur Verfügung gestellten Mitteln sind im gleichen Monat rd. 107 Mio DM und weitere rd. 33 Mio DM im Mai abgeflossen, so daß zwischen der Überweisung und den bis Ende Mai erfolgten effektiven Ausgaben in diesen beiden Monaten nur eine Diskrepanz in Höhe von 10 Mio DM bestand. Es ist allerdings möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß in Zukunft die vom Bund für diesen Zweck verausgabten Mittel

nicht mehr so rasch abfließen und daß deshalb die Wirkungen, die vom Bundeshaushalt auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Bankenliquidität ausgehen, auch soweit es sich dabei nur um die Überschüsse bzw. Fehlbeträge im inneren Zahlungsverkehr handelt, nicht mehr ganz an der Höhe der jeweiligen Kassenüberschüsse bzw. -defizite gemessen werden können.

#### Der Lastenausgleichsfonds

Die Kassenentwicklung des Lastenausgleichsfonds war in den letzten Monaten weiterhin durch ein relatives Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben gekennzeichnet, zumindest wenn man von den kurzfristigen Schwankungen absieht, die durch den Zahlungsrhythmus der — zum großen Teil nur vierteljährlich fälligen — Einnahmen bedingt sind. Im gesamten zweiten Kalendervierteljahr dürfte der Fonds jedenfalls kein Defizit, aber auch keinen größeren Überschuß erzielt haben. Seine Kassenbestände bei der Bank deutscher Länder stellten sich am 29. Juni (einschließlich der dem Bund geschuldeten 300 Mio DM) auf 468 Mio DM gegen 371 Mio DM am 31. März. Im April wies er dabei ein Kassendefizit von 30 Mio DM auf, im Mai — dem Monat, in dem die Vierteljahreszahlungen auf die Vermögensabgabe fällig waren und von den Ländern größere Vermögensteuerüberweisungen erfolgten — einen Überschuß von 278 Mio DM und im Juni wieder ein Defizit von schätzungsweise 150 Mio DM.

Die Ausgabepolitik des Ausgleichsfonds wurde während der letzten Monate in gewissem Umfang dadurch bestimmt, daß in absehbarer Zeit durch das Achte Änderungsgesetz zum Lastenausgleichsgesetz eine Umstellung in den Ausgabearten eintreten wird, so daß eine gewisse Zurückhaltung in den Ausgaben angezeigt war. An sich sollte die Novelle bereits vor einigen Monaten in Kraft gesetzt werden, doch hatte sich der Bundesrat zunächst gegen den Entwurf ausgesprochen, wodurch übrigens auch die Aufstellung des diesjährigen Wirtschafts- und Finanzplans hinausgezögert wurde. Inzwischen dürften aber diese Schwierigkeiten durch einen am 28. Juni vom Vermittlungsausschuß unterbreiteten Kompromißvorschlag beseitigt worden sein, so daß in Kürze mit der Verabschiedung des Gesetzes durch die parlamentarischen Körperschaften gerechnet

werden kann. Dieses Gesetz wird die bisherige Übergangsregelung des Lastenausgleichs beenden und die individuellen Ansprüche aus der Hauptentschädigung endgültig festlegen. Wie die nachstehende Übersicht zeigt, wird es die — im Lastenausgleichsgesetz von 1952 nur vorläufig festgelegten — Sätze für die Hauptentschädigung beträchtlich erhöhen und auch die Grundbeträge der Hausratentschädigung anheben. Infolgedessen wird

*Entschädigungsbeträge für die Hauptentschädigung und die Hausratentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs*

	Entschädigungsbeträge <sup>1)</sup>	
	gemäß Lastenausgleichsgesetz von 1952	gemäß Achter Novelle zum Lastenausgleichsgesetz
	DM	
1) Hauptentschädigung Ausgewählte Schadensbeträge in RM:		
800	800	800
4 600	2 300	4 600
10 000	3 600	6 200
20 000	5 300	8 400
50 000	8 500	12 750
100 000	13 000	17 800
500 000	36 000	43 500
1 000 000	50 000	65 000
2 000 000	80 000	101 000
3 000 000	100 000	125 000
2) Hausratentschädigung Jahreseinkommen in RM:		
bis zu 4 000	800	1 200
bis zu 6 500	1 200	1 600
über 6 500	1 400	1 800
<sup>1)</sup> Nur Grundbeträge, ohne die den individuellen Verhältnissen angepaßten Zuschläge bzw. Kürzungen.		

sich die Ausgabestruktur des Lastenausgleichs zumindest auf längere Sicht erheblich verändern. Während das Schwergewicht der bisherigen Ausgleichszahlungen auf der nach der Bedürftigkeit gewährten Unterhaltshilfe, der globalen Förderung des Wohnungsbaus und den unabhängig von der Höhe des erlittenen Schadens gewährten Aufbaudarlehen und Hausrathilfen lag, soll nunmehr mit der Auszahlung individueller Entschädigungen begonnen werden. Allerdings ist anzunehmen, daß sich auch nach dem Inkrafttreten der Novelle diese Verlagerung der Ausgaben nur langsam durchsetzen wird, weil es geraume Zeit dauern dürfte, bis die Ansprüche der Geschädigten im einzelnen errechnet sind. Zwischenzeitlich werden daher die Aufbaudarlehen noch eine ge-

wisse Rolle spielen. Es ist vorgesehen, für diese Hilfen im laufenden Rechnungsjahr erneut erhebliche Mittel, und zwar höchstens bis zu 650 Mio DM, bereitzustellen, und auch in den kommenden Jahren sollen die betreffenden Bewilligungen nur langsam — um jeweils 72 Mio DM im Jahr — vermindert werden. Die Hauptentschädigung dürfte daher erst nach und nach — entsprechend dem Rückgang der Aufbaudarlehen und möglicherweise auch anderer Ausgleichsleistungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht — einen größeren Umfang erreichen.

Was die Finanzierung der Lastenausgleichsausgaben anlangt, so läßt die Novelle die bisherigen Lastenausgleichsabgaben — die Vermögensabgabe, die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe — unberührt. Sie sollen wie schon in den vergangenen Jahren den größeren Teil der Ausgaben decken. Für die Deckung des Restes werden, von den Rückflüssen aus der Darlehnsvergabe und der eventuellen Aufnahme von Vorfinanzierungskrediten abgesehen, der Bund und die Länder zuständig bleiben. Die bisherige Verteilung der Lasten zwischen diesen beiden Instanzen soll jedoch durch die Novelle

*Die Einnahmen des Lastenausgleichsfonds in den Rechnungsjahren 1955/56 und 1956/57 in Mio DM*

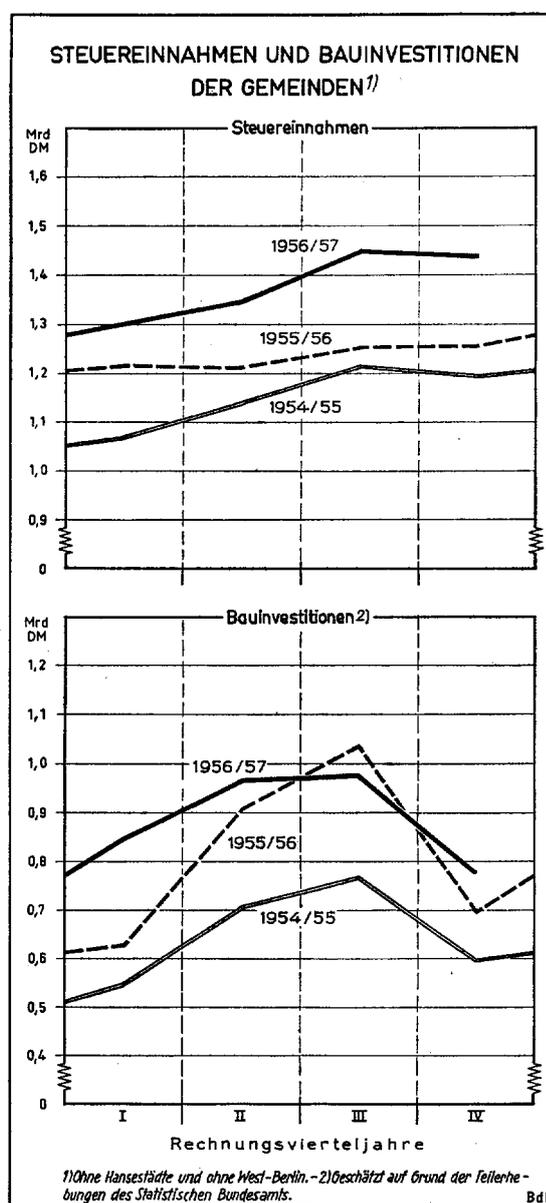
Einnahmearten	Rechnungsjahre	
	1955/56	1956/57
1. Lastenausgleichsabgaben, gesamt	2 652 <sup>2)</sup>	2 179 <sup>2)</sup>
a) Vermögensabgabe	1 856	1 645
b) Hypothekengewinnabgabe	697	426
c) Kreditgewinnabgabe	99	108
2. Zuschüsse von Bund und Ländern, gesamt	1 021	1 147
a) Zuschüsse der Länder aus der Vermögensteuer	490	635
b) Zuschüsse des Bundes und der Länder zur Unterhaltshilfe	456	412
c) Verstärkung des Härtefonds aus Mitteln des Bundes	50	100
d) Erstattung von Teuerungszuschlägen durch Bund und Länder	25	—
3. Sonstige laufende Einnahmen <sup>1)</sup>	206	292
4. Vorfinanzierungsmittel	550	10
a) Liquiditätshilfe des Bundes	300	—
b) Darlehen des Landes Niedersachsen	—	10
c) Anleihe der Lastenausgleichsbank	250	— <sup>3)</sup>
Einnahmen, gesamt (1 bis 4)	4 429	3 628
Quelle: Bundesausgleichsamt. — <sup>1)</sup> Hauptsächlich Zinsen und Tilgungen aus früher gewährten Darlehen. — <sup>2)</sup> Einschließlich der Einnahmen aus der vorzeitigen Ablösung von Lastenausgleichsabgaben (1955/56 = 587 Mio DM, 1956/57 = 324 Mio DM). — <sup>3)</sup> Im Rechnungsjahr 1956/57 mußte der Lastenausgleichsfonds 135 Mio DM für die Kursstützung seiner Anleihen ausgeben.		

auf längere Sicht zugunsten der Länder geändert werden. Nur für die Rechnungsjahre 1957/58 und 1958/59 ist im wesentlichen die Beibehaltung der jetzigen Regelung vorgesehen. Der Bund und die Länder werden demgemäß weiter gemeinsam Zuschüsse zur Unterhaltshilfe leisten, und zwar wie bisher in Höhe der Hälfte des jeweils für diesen Zweck benötigten Betrages, jedoch höchstens bis zu 500 Mio DM im Jahr, wobei ein Drittel des Gesamtzuschusses auf den Bund und zwei Drittel auf die Länder entfallen werden. Die Länder sollen außerdem aus ihren Vermögensteuereinnahmen das Aufkommen aus den Lastenausgleichsabgaben bis zu 2,6 Mrd DM im Jahr auffüllen. Vom Jahre 1959/60 an sollen die Länder jedoch nur noch zur Ablieferung eines Viertels ihrer Vermögensteuererträge verpflichtet sein. Soweit das Aufkommen aus den Lastenausgleichsabgaben zusammen mit den Vermögensteuerüberweisungen der Länder im Rechnungsjahr 1959/60 den Betrag von 2,6 Mrd DM und in den folgenden sieben Jahren einen um jeweils 50 Mio DM niedrigeren Betrag nicht erreicht, sollen der Bund ein Drittel und die Länder zwei Drittel des Unterschiedsbetrages an den Fonds überweisen. Danach sollen die dann noch erforderlichen Zuschüsse ganz auf den Bund übergehen und die Länder nurmehr zu den Zahlungen für die Unterhaltshilfe nach dem bisherigen Schlüssel und den bereits erwähnten Vermögensteuerüberweisungen herangezogen werden.

Nähere Anhaltspunkte für die voraussichtliche Kassenentwicklung des Lastenausgleichsfonds im laufenden Rechnungsjahr werden sich allerdings erst bieten, wenn der diesjährige Wirtschafts- und Finanzplan aufgestellt ist, der, wie oben erwähnt, mit Rücksicht auf die bevorstehende Gesetzesänderung bisher zurückgestellt wurde. Man wird gut tun, sich bei der Aufstellung des Ausgabeplanes im Rahmen der mit Sicherheit zu erwartenden Einnahmen zu halten. Unter diesen wiederum sollten Einnahmen aus der Inanspruchnahme der Kreditmärkte realistisch nicht eingesetzt werden, da vorläufig wenig dafür spricht, daß sich die Kreditmärkte für derartige Ansprüche aufnahmebereit zeigen dürften, von der allgemeinen Schonungsbedürftigkeit des Kapitalmarktes ganz abgesehen.

## Die Gemeindehaushalte

Die in der Berichtsperiode veröffentlichten Teilangaben über die Entwicklung wichtiger Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden im letzten Quartal des abgelaufenen Rechnungsjahres (Januar bis März 1957) lassen im Vergleich zum Vorvierteljahr eine Entspannung erkennen, die etwas stärker zu sein scheint als in früheren Jahren. Neben den Bauinvestitionen, die aus saisonalen Gründen mit schätzungsweise 780 Mio DM um etwa 200 Mio DM niedriger waren als im vorangegangenen Vierteljahr, sind diesmal auch die laufenden Ausgaben merklich zurückgegangen. Das lag daran, daß die öffentlichen





Bediensteten auch im kommunalen Bereich Ende des vergangenen Jahres als Vorgriff auf die inzwischen vereinbarten Tarifierhöhungen eine einmalige Sonderzahlung erhalten hatten und die Personalausgaben im vierten Rechnungsvierteljahr deshalb wesentlich niedriger waren als im vorangegangenen Quartal. Eine Rolle spielte ferner, daß das Steueraufkommen der Gemeinden trotz der am 1. Januar in Kraft getretenen Erleichterungen bei der Gewerbesteuer seinen hohen Stand vom Vorvierteljahr nahezu behauptet hat. Mit insgesamt 1 442 Mio DM waren die gesamten Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Hansestädte und ohne West-Berlin) nur um rd. 10 Mio DM niedriger als im dritten Rechnungsquartal; gegenüber dem vierten Rechnungsvierteljahr 1955/56 wiesen sie sogar eine Zunahme von 185 Mio DM oder fast 15 vH auf. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Steuerrechtsänderungen bei den vierteljährlichen Vorauszahlungen vom Februar d. J. erst zum Teil berücksichtigt wurden und daß außerdem — ebenso wie bei der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer — hohe Abschlußzahlungen aus der Veranlagung für 1955 eingegangen sind.

Im weiteren Verlauf des Jahres werden sich aber die Steuersenkungen stärker bemerkbar machen und die Nachzahlungen an Gewicht verlieren, so daß für die kommenden Monate mit

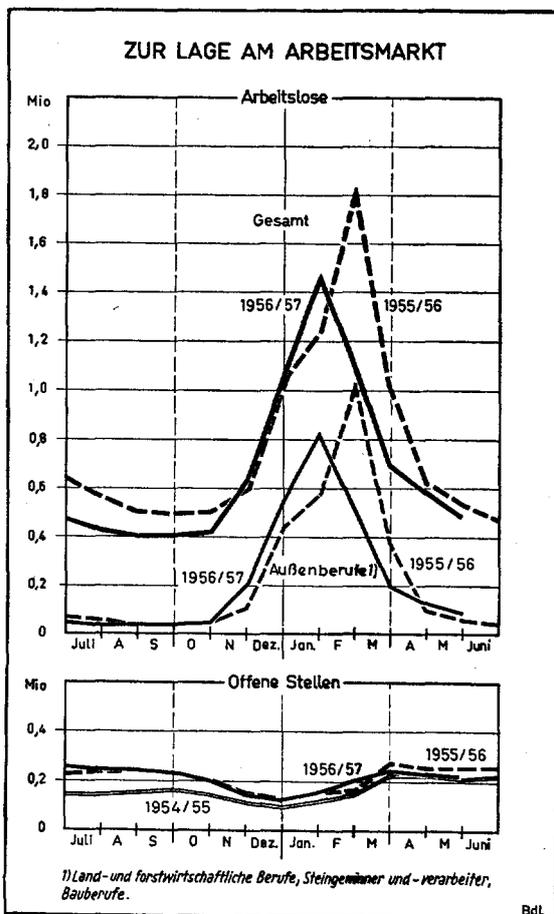
einer wesentlich geringeren Zuwachsrate des kommunalen Steuerertrags zu rechnen ist. Dagegen werden die Personalausgaben auf Grund der mit Wirkung vom 1. April d. J. in Kraft getretenen neuen Tarifvereinbarungen wieder zunehmen. Der den Gemeinden verbleibende Spielraum für die Eigenfinanzierung ihrer Investitionen wird dadurch weiter eingeengt, und der saisonal übliche Anstieg der Bauausgaben dürfte infolgedessen in diesem Jahr nicht so stark sein wie noch in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1956. Allerdings haben in der letzten Zeit die Schwierigkeiten bei der Kreditbeschaffung, die die Investitionstätigkeit der Gemeinden in der zweiten Hälfte des Vorjahres wesentlich beeinträchtigt hatten, anscheinend etwas nachgelassen. So konnten einzelne Großstädte seit der Jahreswende erstmals wieder Anleihen unterbringen, und auch die von privaten Stellen gewährten Schuldscheindarlehen sowie die längerfristigen Ausleihungen der Banken an die kommunalen Haushalte haben in den letzten Monaten stärker zugenommen als im vergangenen Jahr. Die gesamten Kreditmarktschulden der Gemeinden sind infolgedessen im ersten Kalendervierteljahr 1957 um rd. 200 Mio DM gestiegen gegen schätzungsweise je 150 Mio DM im ersten und im vierten Quartal 1956. Eine Ausweitung der Investitionsausgaben der Gemeinden wird diese Entwicklung zunächst allerdings noch kaum gestatten.

## Produktion und Märkte

Produktion und Beschäftigung sind in der Berichtsperiode weiter gestiegen, und zwar nicht nur unter dem Einfluß der im Mai und Juni auch in der verarbeitenden Industrie noch voll wirksamen saisonalen Auftriebsfaktoren, sondern zum Teil auch auf Grund der zumindest im Verbrauchsgüterbereich noch vorhandenen konjunkturellen bzw. strukturellen Impulse. Hauptsächlichste Anzeichen hierfür sind die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Index der Industrieproduktion. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai d. J., dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen, weiter zurückgegangen und zwar um 95 000 auf 494 000. Sie war damit Ende Mai — ebenso wie schon Ende April — um rund 45 000 niedriger als zur glei-

chen Zeit des Vorjahres, obwohl sich die Zahl der unselbständig Beschäftigten inzwischen um etwa 700 000 auf gut 19 Millionen erhöht haben dürfte. Der Index der Industrieproduktion reflektiert eine weitere Produktionszunahme. Er war im Mai mit einem Stande von 232 (1936 = 100) um reichlich 2 vH höher als im April, wobei alle großen Industriegruppen, also sowohl die Verbrauchsgüterindustrien als auch die — zur Zeit unter weniger günstigen Konjunktoreinflüssen stehenden — Investitions- und Produktionsgüterindustrien und das Baugewerbe, an der Steigerung partizipierten.

Allerdings war das Tempo der Expansion, ungeachtet der von den Saisontendenzen, der Entwicklung der privaten Einkommen und im gro-



ßen und ganzen auch noch immer vom Export ausgehenden Antriebe, ebenso wie in den beiden Vormonaten, wiederum schwächer als noch vor Jahresfrist. 1956 z. B. war der Produktionsindex im Mai um rd. 3 vH gestiegen, 1955 um gut 4 vH, (gegen, wie gesagt, 2 vH in diesem Jahr). Die jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion hat sich demgemäß im Mai weiter verringert. Sie betrug 5 vH gegen 6 vH in den beiden Vormonaten, 8 vH im Monatsdurchschnitt des Jahres 1956. Diese Abnahme beruht bis zu einem gewissen Grade zweifellos darauf, daß die Arbeitszeitverkürzung im Verlauf der letzten Monate weitere erhebliche Fortschritte gemacht hat und die physischen Möglichkeiten der Produktionserweiterung infolgedessen beträchtlich geringer geworden sind. Im Februar, dem letzten Monat, für den die Ergebnisse der vierteljährlichen Arbeitszeit-Erhebung des Statistischen Bundesamts vorliegen, zählte die durchschnittliche Arbeitswoche in der Industrie, trotz der günstigen Wetterbedingungen für das Baugewerbe, nur noch 46,7 Stunden gegen 47,7

zur gleichen Zeit des Vorjahres. Inzwischen hat sich der Abstand gegenüber dem Vorjahr aller Wahrscheinlichkeit nach erweitert. Andererseits hat sich aber auch die Nachfrage den geringer gewordenen Expansionsmöglichkeiten weitgehend angepaßt und in manchen Bereichen so beruhigt, daß der hektische Drang zu einer über die optimalen Grenzen hinausgehenden Ausnutzung der Produktionsreserven wesentlich nachgelassen hat. Die Spannungen zwischen dem auf Grund der verfügbaren Produktionsfaktoren möglichen realen Wachstum und den an das Sozialprodukt gestellten nominalen Ansprüchen dürften daher auch in der letzten Zeit trotz der verlangsamten Produktionszunahme eher etwas schwächer als stärker geworden sein, wenn auch die Gesamtsituation noch immer im Zeichen eines tendenziellen Übergewichts der Nachfrage steht. So scheint z. B. die Lage am Arbeitsmarkt trotz der weiteren Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht prekärer geworden zu sein; die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen war Ende Mai sogar um etwa ein Zehntel geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres, und im Baugewerbe, das insbesondere 1955 im Brennpunkt der konjunkturellen Überhitzung gestanden hatte, war die Zahl der registrierten Arbeitslosen Ende Mai — mit allerdings starken regionalen Differenzen — noch etwas höher als im Vorjahr. Auch die Preisentwicklung — auf die weiter unten noch näher eingegangen wird — stand in den letzten Wochen im Zeichen einer gewissen Konsolidierung, wenn auch neue beträchtliche Lohnforderungen und Preiserhöhungswünsche in einigen Wirtschaftsbereichen deutlich zeigen, daß es sich hierbei nach wie vor um ein relativ labiles Gleichgewicht handelt.

#### Investitionstätigkeit weiter gedämpft

Unter den Faktoren, die auf die im Vorangegangenen geschilderte zumindest vorläufige Beruhigung der Konjunktur hinwirkten, ist in erster Linie die fortdauernde Zurückhaltung der Investitionstätigkeit zu nennen. Zu Beginn des Jahres hatte es gelegentlich den Anschein gehabt, als stünde eine neue Belebung der Investitionstätigkeit bevor. Vor allem der im Winter etwas regere Auftragseingang in den Investitionsgüterindustrien, dann aber auch die speziellen Förderungsmaßnahmen, die zugunsten bestimm-

ter Wirtschaftsbereiche, wie insbesondere des Wohnungsbaus, getroffen worden waren, sowie der anhaltend steigende Export und der bevorstehende „Nachfragestoß“ auf Grund der Rentenreform gaben einen gewissen Anlaß zu der Vermutung, daß das Pendel der Investitionskonjunktur erneut nach oben schlagen und damit auch der Gesamtkonjunktur einen neuen starken Auftrieb verleihen könnte. Bisher jedoch ist eine solche Wende nicht zu verzeichnen. Die vorhandenen Anhaltspunkte zeigen vielmehr, daß die Investitionen in der letzten Zeit, konjunkturell betrachtet, trotz mancher Sonderentwicklungen im ganzen eher stagniert haben und daß vorläufig auch die Investitionsplanungen keine rasche Änderung dieser Tendenz erwarten lassen.

Sehr aufschlußreich sind in dieser Hinsicht einmal die neuesten Daten für die *Bauwirtschaft*. Der Index der Bauproduktion, der sich allerdings nur auf die Rohbauleistung bezieht, war im Mai nur um 1 vH höher als im April, während er sonst um diese Jahreszeit noch beträchtlich zu steigen pflegte (im vergangenen Jahr z. B. um 18 vH); verglichen mit dem Stand von Mai 1956 lag er sogar um 15 vH tiefer. Nun ist dabei gewiß zu berücksichtigen, daß die Bautätigkeit infolge der milden Witterung in diesem Jahr schon sehr früh eingesetzt hatte, so daß ein Teil der sonst erst im weiteren Verlauf der Saison bewältigten Leistung in diesem Jahr bereits im zeitigen Frühjahr vollbracht wurde; aber auch in den ersten fünf Monaten des Jahres zusammengenommen war der Index nur um knapp 5 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, d. h. um wesentlich weniger als die Kapazität des Baugewerbes inzwischen gewachsen sein dürfte. Zurückzuführen ist das vor allem auf die zum Teil recht beträchtliche Einschränkung der gewerblichen und der öffentlichen (genauer gesagt, wohl hauptsächlich kommunalen) Bauten. Im April, dem letzten Monat, für den zur Zeit detailliertere Angaben vorliegen, sind für gewerbliche Bauten etwa 13 vH weniger Arbeitsstunden geleistet worden als im entsprechenden Vorjahrsmonat, für öffentliche Bauten etwa 5 vH weniger. Im gleichen Monat ging der veranschlagte Bauaufwand für die baupolizeilich genehmigten gewerblichen Bauprojekte entgegen der Saisontendenz auf 259 Mio DM gegen 338 Mio DM in der entsprechenden Vorjahrszeit zurück, also um beinahe ein

Viertel. Der veranschlagte Bauaufwand für die im April genehmigten öffentlichen Hochbauten war nominal mit 91 Mio DM zwar noch ungefähr ebenso hoch wie im Vorjahr, wenn man jedoch die inzwischen eingetretene Erhöhung der Baukosten berücksichtigt, so dürfte das projektierte Bauvolumen gleichfalls, und zwar um rd. 5 vH, kleiner gewesen sein als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Aber auch der Wohnungsbau steht zur Zeit noch deutlich unter dem dämpfenden Einfluß, den die Finanzierungsschwierigkeiten im vergangenen Jahr auf ihn auszuüben begonnen hatten. Vom Bauhauptgewerbe, das vornehmlich mit dem Rohbau befaßt ist, wurden im April — seit Jahren zum ersten Male in einem nicht den Zufällen der Witterung ausgesetzten Monat — weniger Arbeitsstunden für den Wohnungsbau geleistet als im Vorjahr. Die Beanspruchung des Ausbaugewerbes dürfte demgegenüber zwar stärker gewesen sein, zumal sich auf Grund des frühen Baubeginns in diesem Jahr vermutlich kaum weniger Wohnungen als zur gleichen Zeit des Vorjahres im Ausbau befanden, aber mit der Entwicklung im Bauhauptgewerbe bahnt sich doch eine gewisse Entspannung an. Auch die Zahl der im April neu genehmigten Wohnungsbauten war mit 43 000 um etwa 2 000 niedriger als im April vorigen Jahres, wenn auch der veranschlagte Bauaufwand, dem Zuge zu größeren und besser ausgestatteten Wohnungen entsprechend, dabei nach Ausschaltung der reinen Baukostensteigerungen noch etwa der Vorjahrsziffer entsprach. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich allerdings in dieser Hinsicht eher wieder ein Umschwung vollziehen, da sich die finanziellen Förderungsmaßnahmen, die die Bundesregierung im Winter zugunsten des sozialen Wohnungsbaus getroffen hat, nun anscheinend nicht mehr nur in höheren Hypothekenzusagen, sondern auch in einem allmählichen Wiederanstieg der Wohnungsbauplanungen und -Baubeginne auszuwirken beginnen. Auch die Schwierigkeiten, die sich mit der Umstellung auf das zweite Wohnungsbaugesetz in den ersten Monaten dieses Jahres teilweise für den sozialen Wohnungsbau ergaben, dürften nun überwunden sein, so daß mit einer rascheren Inanspruchnahme der — im Vergleich zum vorigen Rechnungsjahr um etwa 700 Mio DM erhöhten — Bereitstellung von Bundesmitteln für den sozialen Wohnungsbau zu rech-

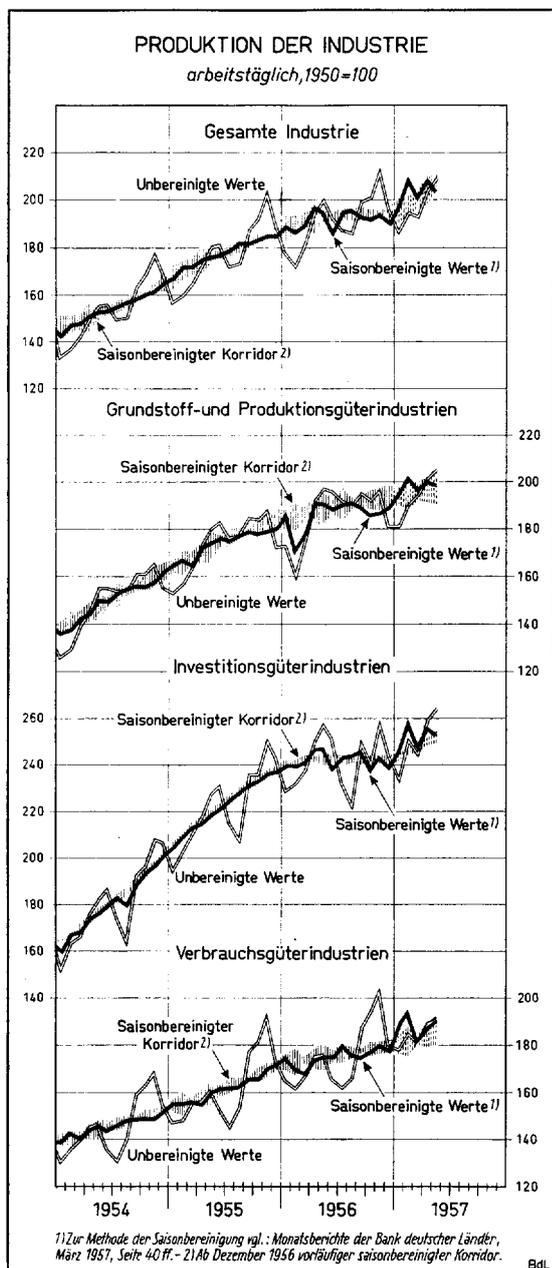


nen ist. Einer eventuellen Ausdehnung des sozialen Wohnungsbaus werden fürs erste aller Wahrscheinlichkeit nach allerdings weiterhin Einschränkungen im frei finanzierten Wohnungsbau und bei der gewerblichen und der öffentlichen, zumindest der kommunalen Bautätigkeit gegenüberstehen, da hier Finanzierungsschwierigkeiten eine große Rolle spielen und die private Wirtschaft ihre Expansionspläne teilweise doch etwas zurückgesteckt hat.

Auch die *Ausrüstungsinvestitionen* sind allen vorhandenen Anzeichen nach in der letzten Zeit kaum mehr gewachsen, wenn sie auch das relativ

hohe Niveau, das sie im Laufe des Booms der vergangenen drei bis vier Jahre erreicht haben, im allgemeinen behaupten oder doch nur wenig unterschritten haben. Die Erzeugung der Investitionsgüterindustrien war im Mai nur wenig höher als im April, obwohl sie sonst bis zur „Sommerpause“ im Juli und August gewöhnlich ziemlich stark zugenommen hat. Trotz des etwas übersaisonalen Produktionsanstiegs im Februar ergibt sich deshalb für den bisherigen Verlauf des Jahres im ganzen eher der Eindruck einer Stagnation. Auch im Vergleich zum Vorjahr ist die Steigerung nur noch gering. Im Mai betrug sie wieder nur 3 vH gegen etwas über 4 vH im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals und 2 vH im Durchschnitt des vierten Quartals von 1956. Berücksichtigt man dabei, daß ein relativ großer Teil des Absatzes der Investitionsgüterindustrien auf den Auslandsabsatz entfällt und daß der Export dieser Industrien in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres im ganzen 22 vH höher war als in der gleichen Zeit des Vorjahres, so ergibt sich also, daß der Inlandsabsatz der Investitionsgüterindustrien dem Volumen nach den Stand vor Jahresfrist nur wenig übertraf. Könnte man dabei die Produktivgüter von den langlebigen Konsumgütern, die in der Produktion der Investitionsgüterindustrien bekanntlich eine verhältnismäßig bedeutende Rolle spielen, trennen, so würde sich vielleicht sogar ein geringer Rückgang ergeben. Die Produktion des Maschinenbaus z. B. war im Mai, trotz des im ganzen noch immer recht lebhaften Auslandsgeschäfts, um 1 vH niedriger als im Mai vorigen Jahres. Relativ günstig fällt der Vergleich dagegen beim Fahrzeugbau aus, wo dank der überaus regen Nachfrage nach Kleinautomobilen, also nach Fahrzeugen, deren Anschaffung bestimmt dem Konsum zuzurechnen ist, das vorjährige Produktionsniveau noch um rd. 6 vH übertroffen wurde.

Die Auftragsentwicklung der Investitionsgüterindustrien indiziert, soweit sie sich übersehen läßt, gleichfalls einen gewissen Expansionsstop. Der plötzliche Anstieg, den sie gegen Ende vorigen Jahres — hauptsächlich unter dem Einfluß des Nahost-Konflikts — aufgewiesen hatte, hat sich nicht fortgesetzt. In Reaktion auf die damalige vorsorgliche Auftragserteilung war in den Frühjahrsmonaten im Vergleich zu anderen Jahren sogar eine gewisse Zurückhaltung zu be-



obachten. Auch die starke Produktionsausweitung in den Verbrauchsgüterindustrien hat bisher nur teilweise zu einer wesentlich stärkeren Auftragserteilung für Maschinen und sonstige Ausrüstungsgüter geführt, die durch die Auftragsrückgänge von Seiten anderer Abnehmer weitgehend kompensiert wurde. Dem Werte nach war der Auftragseingang aus dem Inland im April, dem letzten Monat, für den die offizielle Auftragsstatistik vorliegt, daher nur um 4 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, was unter Berücksichtigung der Preissteigerungen praktisch einer Stagnation gleichkommt. Auch im Mai scheint sich nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung an dieser Sachlage nichts geändert zu haben, da die Zahl der Firmen, die ihre Auftragsbestände als relativ groß bezeichnen, im Investitionsgüterbereich weiter abgenommen hat, obwohl manche Unternehmen auf die Verminderung der Auftragserteilung anscheinend alsbald mit einer gewissen Einschränkung ihrer Produktion und nicht nur mit einer stärkeren Aufarbeitung der vorhandenen Auftragsbestände reagieren. Die bisherige Überschreitung der Grenze der optimalen Betriebsausnutzung und die damit verbundenen relativ hohen Kosten scheinen in diesem Zusammenhang eine große Rolle zu spielen.

#### Nachfragestoß im Verbrauchsgüterbereich im wesentlichen überwunden

Ein weiterer Faktor, der wesentlich zu der verhältnismäßig ruhigen Konjunktorentwicklung der letzten Wochen beitrug, war die Tatsache, daß die Verbrauchsausweitung nach dem hauptsächlich im April zu verzeichnenden Sprung nur noch geringe Fortschritte machte. Die Einzelhandelsumsätze übertrafen im Mai ihren entsprechenden Vormonatsstand dem Werte nach nur um 6 vH, dem Volumen nach nur um 4 vH, während die Zunahme in den vorangegangenen vier Monaten, zu jeweiligen Preisen gerechnet, 8 vH und unter Zugrundelegung konstanter Preise 6 vH betragen hatte. Diese Entwicklung war nun freilich weitgehend dadurch bedingt, daß im vergangenen Jahr das Pfingstgeschäft ganz in den Mai gefallen war, in diesem Jahr zum großen Teil aber erst in den Juni. Auch beeinträchtigte die Ungunst des Wetters im Mai sehr stark den Absatz

von Sommerartikeln, so daß die Umsätze der Bekleidungsgeschäfte in diesem Monat sogar geringer waren als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Schließlich ist immer im Auge zu behalten, daß die Einzelhandelsumsätze die gesamte Verbrauchsentwicklung nur noch bis zu einem gewissen Grade widerspiegeln, weil sich der Verbrauch mehr und mehr auf Dienstleistungen und Güter erstreckt, deren Inanspruchnahme von der Einzelhandelsstatistik nicht erfaßt wird. Gerade in den letzten Wochen haben z. B. bereits die Ansätze der diesjährigen Reisewelle ein eindrucksvolles Zeugnis von dem immer stärker werdenden Ausgabenstrom abgelegt, der sich in die Bereiche des „gehobenen“ Verbrauchs ergießt. Aber auch unter Berücksichtigung all dessen bleibt der Eindruck bestehen, daß die Verbrauchsausweitung, wiewohl auf längere Sicht nach wie vor das stärkste dynamische Element der Konjunktorentwicklung, auch in der jüngsten Zeit nicht ganz den ursprünglich erwarteten oder, wohl besser, befürchteten Umfang erreichte.

Maßgebend hierfür war einmal, daß die Rentennachzahlungen, die im April zu einer beträchtlichen Aufblähung geführt hatten, in jenem Monat anscheinend doch schon im wesentlichen abgeschlossen waren und daß das *neue Rentenniveau* offenbar nicht ganz so hoch ist wie auf Grund der ersten vorläufigen Berechnungen in der Regel angenommen worden war. Im Mai beliefen sich die Rentenzahlungen der Sozialversicherungen der Arbeiter und Angestellten, auf die sich die Erhöhung der Sozialleistungen bisher im wesentlichen beschränkte, auf 855 Mio DM, während der neue monatliche Normalbetrag vielfach auf 900 bis 950 Mio DM veranschlagt worden war. Das ist um so bemerkenswerter, als auch im April die gesamten Rentenzahlungen, also die laufenden sowohl als auch die Nachzahlungen, mit 1,6 Mrd DM um fast 300 Mio DM hinter dem zunächst geschätzten Betrag zurückgeblieben waren. Obschon noch immer in die Milliarden gehend, scheinen die Mehraufwendungen, die sich aus der neuen „Rentenformel“ ergeben, fürs erste also in etwas engeren Grenzen geblieben zu sein als ursprünglich erwartet. Bei der Beurteilung ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ist ferner zu berücksichtigen, daß ihre Finanzierung, wie aus dem im Anhang zu diesem Bericht veröffentlichten Sonderaufsatz über die

Aufbesserung der Sozialleistungen und ihre Finanzierung zu ersehen ist, zu einem erheblichen Teil auf zusätzlichen laufenden Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber beruht, so daß dem Mehreinkommen der Rentner bis zu einem gewissen Grade eine unmittelbare Schmälerung anderer Einkommen gegenübersteht. Die Mehrbelastung der Arbeitgeber hat dabei nicht nur zu einem — zumindest tendenziellen — Druck auf den Unternehmer-Konsum, sondern, besonders bei schwächeren Betrieben, aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu einer weiteren Beschränkung ihrer Investitionsmöglichkeiten geführt. Auf längere Sicht ist freilich ebenso im Auge zu behalten, daß die in Gang befindliche Aufbesserung der Sozialleistungen noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern daß gerade in nächster Zeit z. B. mit der Verbesserung der Kriegsopferversorgung und der Umstellung der Knappschaftsversicherung auf die neue Rentenformel, eine weitere — und zum Teil ebenfalls aus Reserven finanzierte — Steigerung der Renteneinkommen zu erwarten ist, und daß die bevorstehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst teilweise in der gleichen Richtung wirken werden.

Ein weiterer Umstand, der die Ausdehnung des privaten Verbrauchs in letzter Zeit in engeren Grenzen gehalten hat als teilweise erwartet, ist die merkliche Verlangsamung in der Zunahme des *Arbeitseinkommens*. Entscheidend für diese sind die Fortschritte der Arbeitszeitverkürzung, zumal sie sich nicht etwa auf eine Herabsetzung der tariflich vereinbarten Arbeitswoche beschränken, sondern, wie erwähnt, auch die effektive Arbeitszeit berühren. Trotz der im ganzen nach wie vor über die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität hinausgehenden Steigerung der Stundenverdienste sind daher die Wochenverdienste seit geraumer Zeit nicht mehr so stark gewachsen wie noch im Vorjahr. Im Februar z. B., dem letzten Monat, für den die Ergebnisse der vierteljährlichen Lohnerhebungen des Statistischen Bundesamts vorliegen, hatte sich ihre Zuwachsrate gegenüber dem entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres auf 6,1 vH gegen 7,5 vH im Durchschnitt der vier Stichmonate des Jahres 1956 vermindert und seitdem dürfte sie eher noch weiter gesunken sein. Der gleiche Prozeß, der, wie wir eingangs sahen, die Ausdehnungsmöglichkeiten der Produktion in letzter

Zur Entwicklung der Löhne und der Arbeitszeit in der Industrie<sup>1)</sup>

Zeit	Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit <sup>2)</sup>	Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	Preisindex für die Lebenshaltung	Realwert <sup>3)</sup> der	
	Pf	Stunden	DM	1950 = 100	Stundenverdienste	Wochenverdienste
	1	2	3	4	5	6
1950 Dez.	132,6	47,7	63,30	101	104	104
1952 Nov.	157,7	48,4	76,38	110	114	115
1954 „	170,6	49,1	83,86	110	122	128
1955 Febr.	171,8	47,7	81,92	109	123	126
Mai	176,4	49,1	86,52	109	126	133
Aug.	178,8	49,0	87,64	110	126	134
Nov.	183,6	49,3	90,51	112	128	136
1956 Febr.	186,5	47,7	89,01	112	130	134
Mai	192,9	48,5	93,58	113	132	139
Aug.	194,7	48,4	94,25	113	133	140
Nov.	198,8	47,5	94,42	114	135	140
1957 Febr.	202,7	46,7	94,68	114	137	140
Zunahme (+) oder Abnahme (–) in vH <sup>4)</sup> gegenüber dem Vorjahr						
1956 Mai	+ 8,9	– 0,4	+ 8,5	+ 3,7	+ 4,8	+ 4,5
Aug.	+ 8,4	– 0,5	+ 7,9	+ 2,7	+ 5,6	+ 4,5
Nov.	+ 7,9	– 2,8	+ 4,7	+ 1,8	+ 5,6	+ 2,9
1957 Febr.	+ 7,3	– 1,1	+ 6,1	+ 1,8	+ 5,4	+ 4,5

Quelle für Spalte 1 bis 4: Statistisches Bundesamt. — <sup>1)</sup> Einschl. Baugewerbe, ohne Bergbau und Energiewirtschaft. — <sup>2)</sup> Bezahlte Stunden. — <sup>3)</sup> Bruttostunden- bzw. -wochenverdienste dividiert durch den Preisindex für die Lebenshaltung (mittlere Verbrauchergruppe). — <sup>4)</sup> Berechnet auf Grund der entsprechenden Indizes (1950 = 100).

Zeit wohl am stärksten beschränkte, hat auf der anderen Seite also auch für eine gewisse Anpassung der Nachfrage an diese Entwicklung gesorgt, wengleich natürlich die Lohnauftriebstendenzen einer vollen Angleichung nach wie vor entgegenwirken.

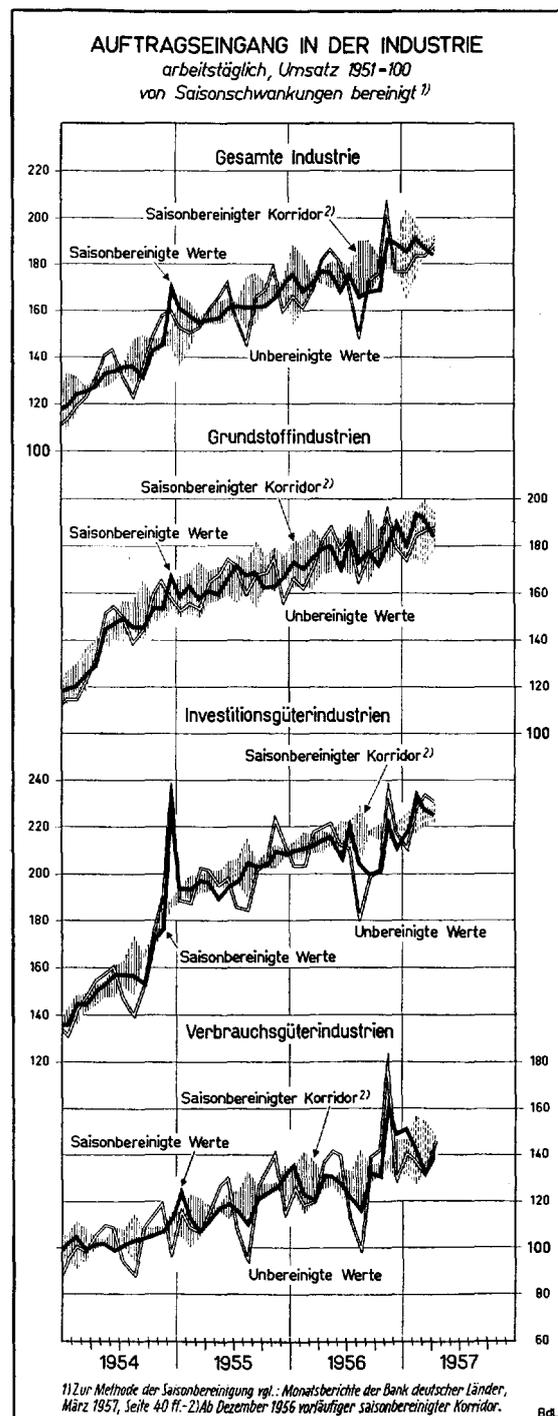
Nicht zuletzt aber ist in diesem Zusammenhang auf die bemerkenswerte *Wiederbelebung der Spartätigkeit* zu verweisen, auf die in den letzten Monatsberichten schon mehrfach eingegangen werden konnte. Wie im Abschnitt „Geld und Kredit“ dargelegt, hat die Ersparnisbildung zumindest soweit sie in der Entwicklung der Sparanlagen zum Ausdruck kommt, auch in der Berichtsperiode weitere Fortschritte gemacht. Insgesamt scheint die Ersparnis der privaten Haushalte prozentual nun wieder rascher zuzunehmen als das Einkommen. Die „Sparquote“ — d. h. der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte — kann jedenfalls für das erste Quartal 1957 bereits wieder auf 9 vH — gegen 8,5 vH im gleichen Vorratszeitraum — veranschlagt werden, und im zweiten Quartal dürfte sich der Abstand zum Vorjahr

eher noch weiter vergrößert haben. Besonders die höheren Rentenzahlungen scheinen in geringem Maße zur Konsumausweitung, vor allem soweit von dieser der Einzelhandel berührt wird, verwendet worden zu sein als anfangs vermutet wurde. Die Abdeckung von Schulden, der Abschluß von Sterbeversicherungen, der Erwerb von Grabstätten und insbesondere die Rücklagenbildung in dieser oder jener Form dürfte vielmehr bei der Verwendung der Rentennachzahlungen und der laufenden höheren Bezüge bisher eine nicht geringe Rolle gespielt haben. Im Vergleich zu früheren Perioden einer starken Einkommenszunahme bleibt die Erhöhung der Sparquote im ganzen zwar auch heute noch zurück — ein Zeichen, daß der offenbar epochale Hang zum Verbrauch noch immer relativ stark ist. Aber gegenüber dem Vorjahr mit seinem bedenklichen Rückgang des Sparanteils am Einkommen ist die Besserung doch beachtlich, und es ist deshalb durchaus richtig, wenn ein nicht geringes Verdienst an der zumindest vorläufigen Beruhigung der Konjunktur der wiederbelebten Spartätigkeit zuerkannt wird.

#### Neuerdings auch geringe Zunahme der Auslandsaufträge

Nicht ohne Bedeutung ist schließlich, daß im Frühjahr auch die Aufträge aus dem Ausland im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren wenig, wenn überhaupt noch, zugenommen haben. Der Index des Auftragsengangs aus dem Ausland hatte für die gesamte Industrie im November vorigen Jahres, also beim Ausbruch des Nahost-Konflikts, mit 323 (Umsatz 1951/100) seinen bisherigen Höhepunkt erreicht. Schon im Dezember wies er jedoch wieder einen scharfen Rückschlag — auf 261 — auf und seitdem hat er sich, soweit Angaben vorliegen, mit relativ geringen Schwankungen nur ungefähr auf diesem Stand gehalten. Der Abstand gegenüber dem Niveau, das er in den entsprechenden Vorjahrsperioden innegehabt hatte, ist infolgedessen ständig kleiner geworden: Im November vorigen Jahres hatte er + 40 vH betragen, im Dezember + 19 vH, im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals + 14 vH und im April, dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Berichts Angaben verfügbar waren, betrug er nur noch + 6 vH (alle Ziffern beziehen sich auf die Auftragswerte). Ebenso hat sich der Überhang der neu hereingenommenen

Aufträge über die laufenden Auslieferungen erheblich vermindert: Im Durchschnitt des vierten Quartals von 1956 hatte er fast 20 vH betragen (im Monatsdurchschnitt des ganzen Jahres 1956 14 vH); im ersten Viertel des laufenden Jahres stellte er sich dagegen auf nur noch 8 vH und im April auf nur noch 1 vH. Bei Berücksichtigung der üblichen Stornierungen deuten die neuesten



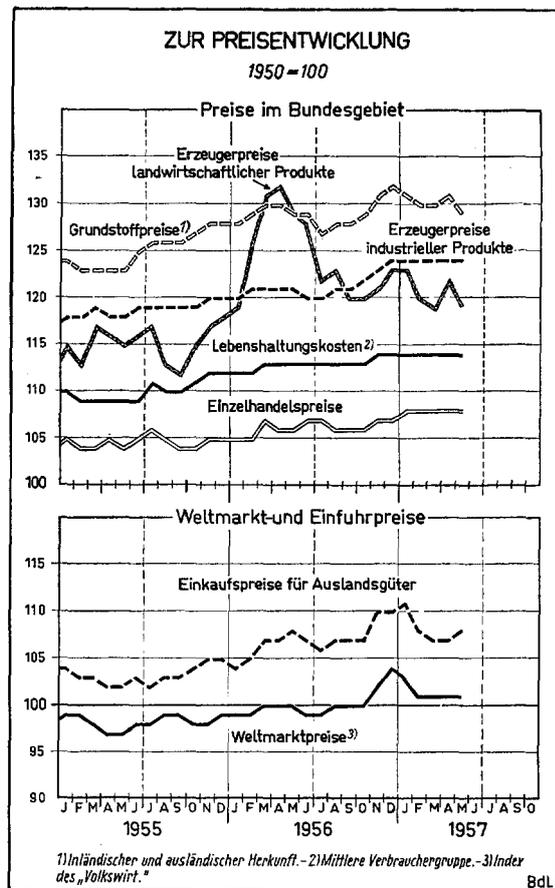
Ziffern des Auftragseingangs aus dem Ausland also kaum mehr auf einen Überhang des laufenden Auftragseingangs über die Lieferungen hin.

Die Beurteilung dieser Entwicklung ist nun freilich nicht leicht. Bis zu einem gewissen Grade stellt sie zweifellos — ebenso wie die der Inlandsaufträge an die Investitionsgüterindustrien — eine Reaktion auf die ungewöhnlich hohe Auftragserteilung dar, die der Nahost-Konflikt ausgelöst hatte. Ob sich in ihr auch bereits ein längerfristiges Nachlassen des Nachfragesogs aus dem Ausland äußert, bleibt dagegen abzuwarten. Die tatsächliche Exportentwicklung ist durch sie bisher auf jeden Fall noch kaum berührt worden. Die im folgenden Berichtsabschnitt behandelten Exportziffern für Mai indizieren vielmehr eine weitere außerordentlich starke Zunahme der Ausfuhr, was zu der Auftragsentwicklung auch nicht in Widerspruch steht, da im Export zum Teil recht lange Lieferfristen bestehen und die Industrie vielfach noch relativ hohe unerledigte Auftragsbestände abzarbeiten hat. Aber in manchen Branchen ist es doch sehr beachtet worden, daß die Auftragserteilung aus dem Ausland in letzter Zeit eine gewisse Abschwächung erkennen ließ, und auch dies dürfte dazu beigetragen haben, daß sich die konjunkturellen Spannungen vorläufig nicht weiter verschärft haben.

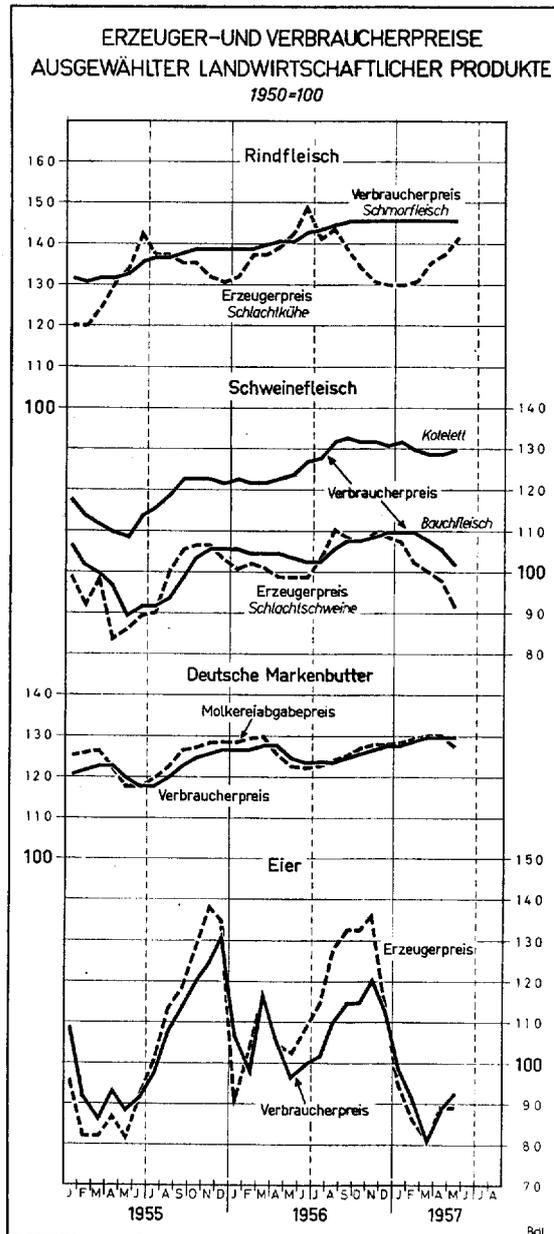
### Die Preisentwicklung

Die Preisentwicklung bot in den letzten Wochen gleichfalls wieder ein etwas ruhigeres Bild als vordem, wiewohl die Preissteigerungen, namentlich in den konsumnahen Bereichen, nach wie vor das Übergewicht haben und das allgemeine Preisniveau sich infolgedessen weiter in einer leichten Aufwärtsbewegung befinden dürfte. Immerhin sind von den hauptsächlichsten Preisindizes, wie die folgende Übersicht zeigt, im Mai zumindest die für die Erzeugerstufe repräsentativen stabil geblieben oder gar etwas gesunken, während sie sich im April fast sämtlich leicht erhöht hatten.

Ein besonders bemerkenswerter Zug im Bilde der neuesten Preisdaten ist, daß die Entwicklung der *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte* im Mai wieder im Zeichen der seit dem Frühjahr vorigen Jahres in Gang befindlichen Korrektur der damals auf Grund des starken Frostes eingetretenen beträchtlichen Preissteigerungen stand,



nachdem diese Entwicklung im April fürs erste unterbrochen war. Ausschlaggebend hierfür sind saisonale Einflüsse, so namentlich bei Gemüse, Kartoffeln und Milch, und sodann vor allem die starke Erhöhung des Angebots an Schlachtschweinen auf Grund der seit dem Herbst des vergangenen Jahres wieder wesentlich erweiterten Aufzucht. Die Schweinepreise sind infolgedessen von April bis Mai um nahezu 7 vH gesunken. In jüngster Zeit stemmen sich die Einfuhr- und Vorratsstellen dieser Entwicklung allerdings durch verstärkte Aufkäufe zu Einlagerungszwecken entgegen, wie es überhaupt den Anschein hat, daß mit den Mitteln der Marktordnung versucht wird, einen weiteren Preisabbau für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verhindern. In der Verbrauchersphäre sind übrigens die jüngsten Ermäßigungen der Erzeugerpreise für Ernährungsgüter kaum oder nur vereinzelt zum Ausdruck gekommen. Die Einzelhandelspreise für Lebensmittel, namentlich für Gemüse, Obst und Kartoffeln, zogen im Mai vielmehr etwas an, was — neben den anhaltenden Preiser-



höhungen für einen Teil der industriellen Verbrauchsgüter — wesentlich dazu beitrug, daß die *Indexziffern für die Einzelhandelspreise und die Lebenshaltung* im Mai, ebenso wie schon im April, weiter stiegen, nachdem sie im Februar und März unter dem Einfluß des damaligen Rückgangs der Ernährungskosten leicht zurückgegangen waren.

Im *industriellen Bereich* waren Preisrückgänge vor allem bei einigen Grundstoffen und Produktionsgütern zu verzeichnen, so vor allem bei Mineralölprodukten und NE-Metallen. Der Einfluß der Weltmarktentwicklung ist dabei unver-

kennbar, und zwar sowohl auf Grund der — namentlich an den NE-Metallmärkten noch immer anhaltenden — Preisbaisse als auch auf Grund des weiteren Abbaus der Seefrachten. Hinzu kommt aber selbstverständlich der oben geschilderte bessere Ausgleich des internen Marktes und die damit verbundene Minderung des Nachfragesogs. Auch für die seit einiger Zeit festzustellende Stabilität der Investitionsgüterpreise — der Index für diese Gruppe war im Mai, ebenso wie schon im April und März, praktisch unverändert — spielt das merklich abgekühlte Marktklima eine wesentliche Rolle. Von der Kostenseite her lag hier in letzter Zeit ebenfalls verhältnismäßig wenig Anlaß zu neuen Preisheraufsetzungen vor. Die Kohle- und Stahlpreise sind seit dem vergangenen Herbst nicht mehr erhöht worden; auch von neuen Lohnsteigerungen ist ein großer Teil der Investitionsgüterindustrien seit den massierten Aufbesserungen im letzten Herbst infolge der zur Zeit noch laufenden Fristen für die damals abgeschlossenen Verträge verschont worden. Es wurde aber bereits erwähnt, daß in dieser Hinsicht im kommenden Herbst neue Gefahren heraufziehen dürften; es bleibt abzuwarten, ob die gegenwärtige Konsolidierung der Preise auch dann Bestand haben wird.

Im Verbrauchsgüterbereich sind die Preise in der Berichtsperiode teilweise weiter gestiegen, und zwar nicht nur auf den Handelsstufen, sondern auch auf der Produktionsstufe. Gewisse Kompensationen für diese Steigerungen bahnten sich zwar an, vor allem im Bereich der langlebigen Verbrauchsgüter, aber die Erhöhungen hatten vorläufig noch das Übergewicht. Abgesehen von der etwas angespannteren Marktsituation, die in diesem Sektor herrscht, dürfte das in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß gewisse Kostenerhöhungen die Verbrauchsgüterindustrien im Vergleich zu den Investitionsgüterindustrien mit einem gewissen time-lag erreichten, wie überhaupt die Verbrauchsgüterpreise die konjunkturellen Veränderungen des Preisniveaus in der Regel nur mit einer mehr oder weniger ausgeprägten Phasenverschiebung mitmachen. Besonders stark waren die Preiserhöhungen im Mai noch in der Textilindustrie (+ 0,5 vH nach dem Gesamtindex) und in der Keramischen Industrie (+ 0,4 vH); in beiden Industrien hatten sich die Produktionskosten in der letzten Zeit teils von

Zur Preisentwicklung <sup>1)</sup>

	1956	1957				Veränderung Mai 1957 gegenüber		
	Mai	Feb.	März	April	Mai	Mai 1955 <sup>4)</sup>	Mai 1956 <sup>4)</sup>	April 1957 <sup>4)</sup>
	1950 = 100					vH		
<b>Binnenmarkt</b>								
Grundstoffe insgesamt	129	130	129	131	129	+ 5,0	+ 0,1	- 0,9
davon: industrieller Herkunft	139	145	145	145	145	+ 5,7	+ 3,8	- 0,3
darunter: Mauerziegel	124	126	126	128	128	+ 11,1	+ 3,6	+ 0,4
Kupfer	154	118	115	116	114	- 25,0	- 26,1	- 2,3
land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	120	116	115	118	116	+ 4,3	- 3,8	- 1,5
darunter: Baumwolle	106	96	95	95	95	+ 3,9	- 10,6	- 0,2
Rohwolle, ausländ.	71	91	91	92	95	+ 26,0	+ 32,9	+ 3,2
Robholz (Stamm), incl.	219	228	228	226	223	- 1,4	+ 1,5	± 0
Rohkautschuk	81	85	88	88	87	- 1,0	+ 7,3	- 1,8
Kartoffeln	189	101	88	73	71	- 28,4	- 62,2	- 2,5
Schweine	100	103	101	98	92	+ 6,5	- 8,2	- 6,7
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	121	124	124	124	124	+ 4,9	+ 2,8	- 0,1
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	137	139	139	139	139	+ 3,4	+ 1,8	- 0,3
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	179	191	191	191	191	+ 9,3	+ 7,0	± 0
NE-Metallindustrie	140	117	116	116	111	- 17,6	- 20,2	- 4,3
Papierherzeugung	136	137	138	139	140	+ 2,0	+ 2,6	+ 0,5
Investitionsgüterindustrien	127	132	132	132	132	+ 7,3	+ 3,7	+ 0,0
darunter: Maschinenbau	134	141	141	141	141	+ 10,1	+ 5,6	+ 0,0
Fahrzeugbau	106	107	107	107	107	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,0
Verbrauchsgüterindustrien	98	101	101	102	102	+ 5,7	+ 3,9	+ 0,3
darunter: Textilindustrie	89	92	93	93	93	+ 6,0	+ 5,3	+ 0,5
Schuhindustrie	103	103	104	104	104	+ 3,6	+ 1,1	+ 0,0
Holzverarbeitung	125	128	128	128	129	+ 5,5	+ 3,0	+ 0,3
Einzelhandelspreise insgesamt	106	108	108	108	108	+ 3,8	+ 1,8	+ 0,4
darunter: Lebensmittelgeschäfte	110	110	110	109	110	+ 2,5	- 0,7	+ 0,3
darunter: Gemüsegeschäfte	157	129	125	121	126	- 2,4	- 20,2	+ 4,1
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	93	95	95	96	96	+ 4,3	+ 3,9	+ 0,4
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	115	119	119	120	120	+ 7,4	+ 4,5	+ 0,3
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	133	139	140	140	141	+ 10,0	+ 5,5	+ 0,1
Möbel	116	120	120	121	122	+ 8,0	+ 5,2	+ 0,8
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	101	103	103	103	103	+ 3,0	+ 1,9	+ 0,0
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt	113	114	114	114	114	+ 5,0	+ 1,3	+ 0,3
darunter: Ernährung	120	120	119	119	120	+ 5,0	+ 0,1	+ 0,4
Bekleidung	97	99	100	100	101	+ 4,2	+ 3,6	+ 0,4
Preisindex für den Wohnungsbau	134	135	.	.	...	-	+ 3,1 <sup>6)</sup>	+ 3,5 <sup>5)</sup>
<b>Weltmarkt<sup>7)</sup></b>								
Preisindex des „Volkswirt“ <sup>8)</sup> )								
insgesamt	100	101	101	101	100	+ 3,4	+ 0,3	- 0,5
davon: Nahrungsmittel <sup>9)</sup> )	104	105	102	102	101	- 0,3	- 2,9	- 0,9
Gewerbliche Rohstoffe <sup>9)</sup> )	100	101	101	102	102	+ 5,0	+ 1,8	- 0,3
Moody's Index <sup>9)</sup> )	100	100	98	98	98	+ 2,4	- 1,8	+ 0,7
Reuter's Index <sup>9)</sup> )	95	95	94	94	92	- 3,3	- 3,3	- 1,8

<sup>1)</sup> Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle VIII, 5 (Preisindexziffern) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — <sup>2)</sup> Berechnet von R. Schulze. — <sup>3)</sup> Veränderungsprozensätze unter Berücksichtigung einer Dezimalstelle des Index. — <sup>4)</sup> Veränderungsprozensätze Mai 1957 gegenüber Mai 1956, Mai 1955 und April 1957 unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — <sup>5)</sup> Veränderung Februar 1957 gegenüber November 1956. — <sup>6)</sup> Februar. — <sup>7)</sup> Veränderung in vH errechnet auf Grund der auf 1950 = 100 umbasierten Werte.

der Rohstoffseite, teils von der Lohnseite her merklich erhöht, und die Absatzlage machte es verhältnismäßig leicht, diese Erhöhungen auf die Preise zu überwälzen. Nachdem nun aber der

Nachfragestoß aus der Rentenreform im wesentlichen als überwunden gelten kann und gegenwärtig auch in den Verbrauchsgüterindustrien eine gewisse — durch die Fristen der laufenden

Tarifverträge bedingte — Pause in der Lohnbewegung eingetreten ist, sind an sich jedoch die Chancen einer Abschwächung des Preisauftriebs in diesem Sektor gleichfalls größer geworden. Ein neues Element würde freilich auch hier auf-

tauchen, wenn bei Ablauf der geltenden Tarife weitere beträchtliche Lohnerhöhungen in Kraft treten und die Grundstoffpreise gemäß den verschiedentlich bestehenden Anhebungswünschen erneut in Bewegung geraten sollten.

## Außenhandel und Zahlungsbilanz

Im Zahlungsverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland sind im Juni die aus dem anhaltend hohen Überschuß der Waren- und Dienstleistungsbilanz resultierenden Devisenzufüsse zu einem erheblichen Teil durch Vorauszahlungen

des Bundes für Rüstungsimporte absorbiert worden, so daß sich für den gesamten Monat ein wesentlich geringerer Überschuß ergeben wird als in den beiden Vormonaten. Bei der Bank deutscher Länder — Angaben für die Geschäftsban-

Daten zur Entwicklung der Devisenposition und der Zahlungsbilanz  
in Mio DM

Zeit	I. Devisenbilanz					II. Leistungs- und Kapitalbilanz								III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler (I./II)	
	Gold- und Devisenzugang bei der Bank deutscher Länder	Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken			Saldo der Devisenbilanz (Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Ausland)	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs <sup>1)</sup>				Saldo der unentgeltlichen Leistungen und des Kapitalverkehrs					
		Insgesamt	Veränderung der Guthaben bei ausländischen Banken	Veränderung der DM-Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland <sup>1)</sup>		Insgesamt	Handelsbilanz <sup>2)</sup>	Dienstleistungen		Insgesamt	Unentgeltliche Leistungen <sup>4)</sup> (hauptsächlich Wiedergutmachungsleistungen)	Kapitalverkehr			Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz
								Dienstleistungen ohne Kapitalerträge <sup>4) 5)</sup>	Kapitalerträge <sup>4) 5)</sup>			Kapitalverkehr <sup>4)</sup> ohne Inanspruchnahme von Rembours- und Barkrediten	Inanspruchnahme von Rembours- und Barkrediten		
1955	+1 861	+ 60	+ 40	+ 20	+1 921	+2 945	+1 244	+2 309	- 608	-1 249	- 814	- 511	+ 76	+1 696	+ 225
1956	+5 095	- 425	+ 40	- 465	+4 670	+5 499	+2 897	+3 040	- 438	-1 462	-1 104	- 743	+ 385	+4 037	+ 633
1956															
1. Vj.	+ 606	+ 80	+ 1	+ 79	+ 686	+ 958	+ 413	+ 647	- 102	- 381	- 228	- 174	+ 21	+ 577	+ 109
2. "	+1 547	- 272	+ 0	- 272	+1 275	+1 447	+ 992	+ 575	- 120	- 259	- 261	- 173	+ 175	+1 188	+ 87
3. "	+1 709	- 159	+ 39	- 198	+1 550	+1 231	+ 532	+ 846	- 147	- 285	- 297	- 70	+ 82	+ 946	+ 604
4. "	+1 233	- 74	+ 0	- 74	+1 159	+1 863	+ 960	+ 972	- 69	- 537	- 318	- 326	+ 107	+1 326	- 167
1957															
1. Vj.	+ 829	+ 84	- 68	+ 152	+ 913	+1 579	+ 732	+ 947	- 100	-1 041	- 344	- 840	+ 143	+ 538	+ 375
1956															
Mai	+ 522	- 172	- 45	- 127	+ 350	+ 445	+ 261	+ 225	- 41	- 41	- 52	- 55	+ 66	+ 404	- 54
Juni	+ 715	- 94	- 21	- 73	+ 621	+ 486	+ 330	+ 193	- 37	- 4	- 62	- 9	+ 67	+ 482	+ 139
Juli	+ 726	- 164	- 30	- 134	+ 562	+ 381	+ 177	+ 264	- 60	+ 84	- 102	+ 128	+ 58	+ 465	+ 97
Aug.	+ 386	+ 47	+ 45	+ 2	+ 433	+ 375	+ 121	+ 302	- 48	- 286	- 116	- 169	- 1	+ 89	+ 344
Sept.	+ 597	- 42	+ 24	- 66	+ 555	+ 475	+ 234	+ 280	- 39	- 83	- 79	- 29	+ 25	+ 392	+ 163
Okt.	+ 508	+ 59	- 17	+ 76	+ 567	+ 491	+ 252	+ 265	- 26	- 67	- 114	+ 3	+ 44	+ 424	+ 143
Nov.	+ 332	- 61	- 10	- 51	+ 271	+ 484	+ 206	+ 302	- 24	- 329	- 104	- 237	+ 12	+ 155	+ 116
Dez.	+ 393	- 72	+ 27	- 99	+ 321	+ 888	+ 502	+ 405	- 19	- 141	- 100	- 92	+ 51	+ 747	- 426
1957															
Jan.	+ 258	+ 117	+ 22	+ 95	+ 375	+ 123	- 99	+ 277	- 55	- 134	- 113	- 69	+ 48	- 11	+ 386
Febr.	+ 460	- 92	- 90	- 2	+ 368	+ 593	+ 296	+ 296	+ 1	- 314	- 107	- 233	+ 26	+ 279	+ 89
März	+ 111	+ 59	+ 0	+ 59	+ 170	+ 863	+ 535	+ 374	- 46	- 593	- 124	- 538	+ 69	+ 270	- 100
April	+ 553	- 10	+ 29	- 39	+ 543	+ 547	+ 285	+ 303	- 41	- 319	- 199	- 138	+ 18	+ 228	+ 315
Mai <sup>7)</sup>	+ 640	+ 37	+ 20	+ 17	+ 677	+ 855	+ 540	+ 357	- 42	- 308	- 125	- 142	- 41	+ 547	+ 130

<sup>1)</sup> Zunahme der Verbindlichkeiten —, Abnahme +. — <sup>2)</sup> Im Gegensatz zu unseren sonstigen Zahlungsbilanzveröffentlichungen wird hier die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf nicht den Dienstleistungen zugerechnet, während die Transithandelspitze und sonstige den Warenverkehr betreffende Ergänzungen zusammen mit den Dienstleistungen erfaßt sind. — <sup>3)</sup> Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob (vgl. auch Anm. <sup>2)</sup>). — <sup>4)</sup> Saldo. — <sup>5)</sup> Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — <sup>6)</sup> Ab 1956 ohne die auf inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen. — <sup>7)</sup> Teilweise geschätzt.

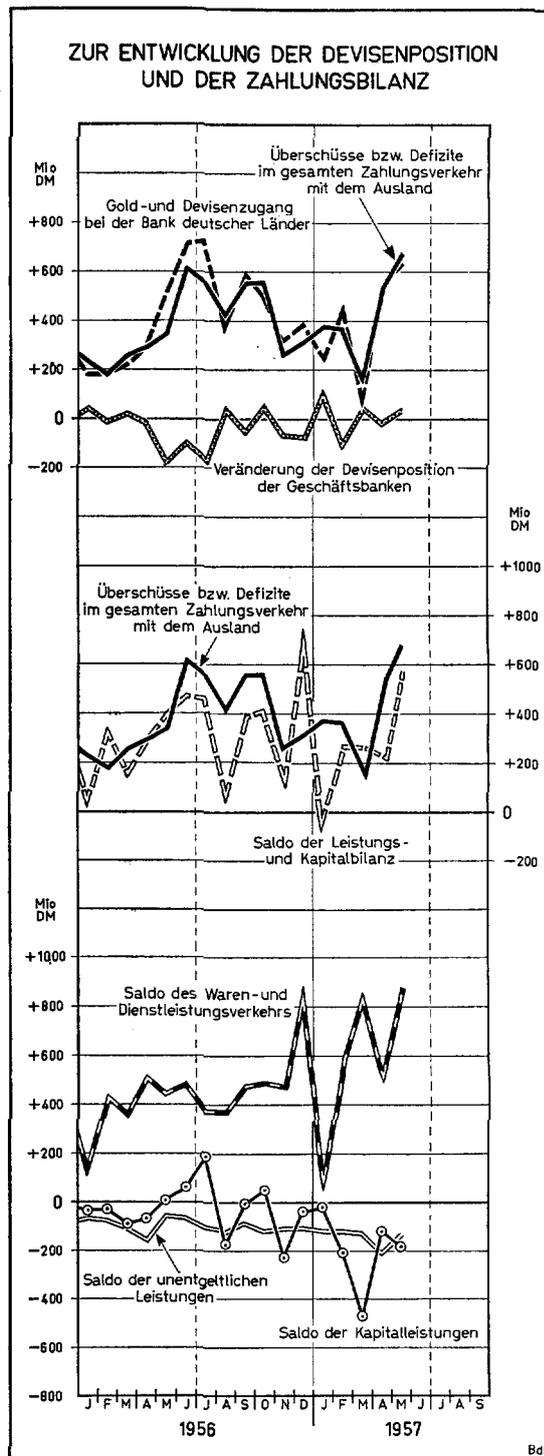
ken stehen noch nicht zur Verfügung — betrug der Gold- und Devisenzugang rd. 190 Mio DM gegen 640 Mio DM im Mai, 553 Mio DM im April und 111 Mio DM im März (einem Monat, in dem ebenfalls größere Devisenausgaben für Verteidigungseinfuhren getätigt worden waren). Wahrscheinlich wird es auch künftig in einzelnen Monaten, in denen sich die auswärtigen Rüstungsausgaben des Bundes massieren, zu stärkeren Rückgängen der Devisenüberschüsse kommen. Im abgelaufenen Halbjahr hat sich jedoch der Devisenzufluß im ganzen gesehen trotz der Rüstungszahlungen nicht sehr vermindert. Er dürfte sich — die endgültigen, auch die Geschäftsbanken umfassenden Zahlen müssen noch abgewartet werden — auf etwa 2,3 Mrd DM stellen, gegenüber knapp 2 Mrd DM im ersten und 2,7 Mrd DM im zweiten Halbjahr 1956, der Periode der bisher höchsten Devisenüberschüsse der Bundesrepublik. Daß keine stärkere Abschwächung erfolgt ist, liegt in erster Linie an den hohen Aktivsaldo im Außenhandel, die im Mai einen neuen Höchststand erreicht haben. In den ersten fünf Monaten des Jahres waren sie mit insgesamt fast 1,6 Mrd DM bereits höher als in jedem der beiden Halbjahre von 1956.

#### Die Zahlungsbilanz im Mai

Über die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Mai, für die nunmehr auch ins Detail gehende Angaben vorliegen, gibt die vorstehende Tabelle Aufschluß. Auf Veränderungen, die auch unter einem etwas längerfristigen Aspekt Beachtung verdienen, wird im folgenden näher eingegangen.

#### Devisenposition der Bank deutscher Länder und der Geschäftsbanken

Die Devisenposition der Geschäftsbanken hat sich im Mai um 37 Mio DM verbessert, so daß der gesamte Zahlungsüberschuß der Bundesrepublik noch um diesen Betrag über den Gold- und Devisenzugang bei der Bank deutscher Länder hinausging. Auch in den ersten fünf Monaten von 1957 zusammengenommen ergab sich im Verhältnis von Auslandsguthaben und Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken eine Verbesserung, und zwar um 111 Mio DM. Im Vorjahr hatte sich demgegenüber die Devisenposition der Geschäftsbanken um nicht weniger als 425 Mio DM verschlechtert. Dieser



Umschwung beruht ausschließlich auf der Entwicklung der ausländischen Guthaben auf den bei deutschen Geschäftsbanken geführten DM-Konten. Während im vergangenen Jahr auf diesen Konten seit dem Mai ein fast ununterbrochener Zustrom kurzfristiger Auslandsgelder zu verzeichnen war — auf den leicht reversiblen Cha-

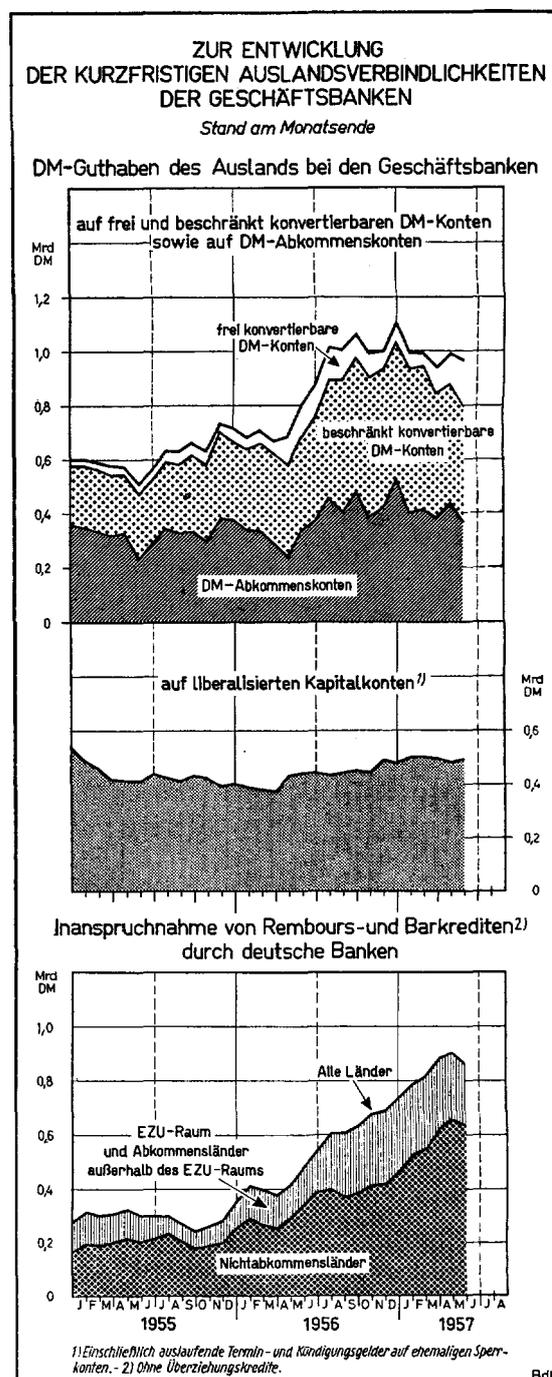
rakter dieser Zuflüsse wurde seinerzeit wiederholt hingewiesen —, überwogen von Januar bis Mai 1957 per Saldo die Abzüge. Die Fremdwährungsguthaben der Geschäftsbanken haben sich dagegen seit dem Jahresende per Saldo nur wenig verändert. Die Motive für die Umdispositionen bei den ausländischen Einlagen sind nicht vollständig zu klären. Es scheint jedoch, daß es sich dabei in der Hauptsache um eine entweder aus Rentabilitätsgründen — die ausländischen Einlagen bei deutschen Banken dürfen bekanntlich nicht verzinst werden — oder auf Veranlassung ausländischer Notenbanken durchgeführte Kürzung der working balances der ausländischen Banken verschiedener europäischer Länder handelt. Der gesamte Zahlungsbilanzüberschuß, d. h. der Nettozugang an Gold und Devisen auf den Konten der Bank deutscher Länder und der Geschäftsbanken, wird durch solche Abzüge kurzfristiger Auslandsguthaben nicht beeinflusst. Zwar kommt es beim Transfer der Guthaben praktisch zu einer Devisenbelastung der Bank deutscher Länder, doch steht dieser tendenziellen Verringerung des Devisenzufusses zur Notenbank, wie eingangs gezeigt, eine entsprechende Verbesserung der Devisenposition der Geschäftsbanken auf Grund abnehmender Auslandsverbindlichkeiten gegenüber, während umgekehrt im vorigen Jahr der Devisenzugang bei der Bank deutscher Länder durch die Erhöhung der Nettoverbindlichkeiten der Geschäftsbanken zum Teil kompensiert wurde.

#### Kapitalbilanz und Bilanz der unentgeltlichen Leistungen

Das Defizit in der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen hat sich im Mai gegenüber dem Vormonat nur wenig verändert; es stellte sich auf 308 Mio DM gegen 319 Mio DM im April und 347 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals. Vergleicht man die durchschnittliche Belastung der Zahlungsbilanz durch Kapitalabflüsse und unentgeltliche Leistungen an das Ausland (netto) in den ersten fünf Monaten von 1957 mit der des Vorjahres, so ist eine deutliche Steigerung festzustellen. Im Monatsdurchschnitt Januar/Mai 1957 war der Passivsaldo der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen mit 334 Mio DM um rd. 210 Mio DM höher als im Monatsdurchschnitt

des Vorjahres. Die Zunahme beruht zum weitaus größten Teil darauf, daß im laufenden Jahr in jedem einzelnen Monat — und zwar, wie eingangs erwähnt, zum Teil in recht erheblichem Umfang — Vorauszahlungen für Rüstungsimporte geleistet wurden (die aus den in einem der letzten Monatsberichte<sup>1)</sup> angeführten Gründen in der

<sup>1)</sup> Vgl. dazu: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1957, S. 32, Anmerkung.



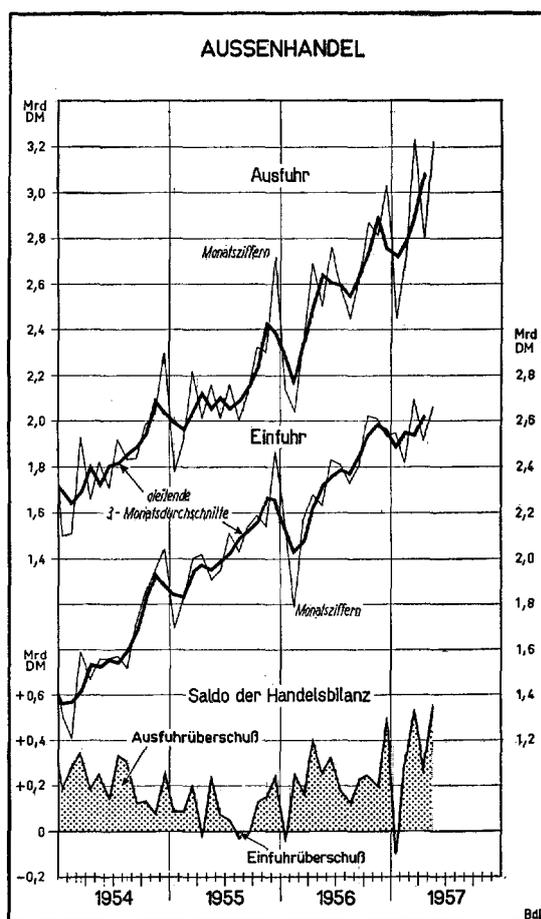
Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs erfaßt werden), während im Vorjahr die Anzahlungen für Verteidigungseinfuhren praktisch erst im Oktober eingesetzt hatten. Läßt man diese Zahlungen unberücksichtigt, so war das Defizit der Kapitalbilanz und der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen im Durchschnitt der ersten fünf Monate von 1957 um rd. 35 Mio DM höher als im Monatsdurchschnitt 1956. Zu dieser Erhöhung hat im Rahmen der Kapitalbilanz nicht zuletzt der Umschwung beigetragen, der sich in der Entwicklung der Remboursverschuldung seit einiger Zeit abzeichnet. An die Stelle des bisherigen Zustroms kurzfristiger Auslandskredite, der die Defizite im mittel- und langfristigen Kapitalverkehr regelmäßig zum Teil kompensiert hatte, sind nämlich neuerdings per Saldo Kreditrückzahlungen getreten, durch die das Defizit der übrigen Kapitalbilanz noch verstärkt wird. Im Mai ist der Betrag der von der deutschen Wirtschaft über die Geschäftsbanken in Anspruch genommenen ausländischen Rembourskredite praktisch zum ersten Mal seit über einem Jahr zurückgegangen (um 41 Mio DM), nachdem er schon im April nur noch verhältnismäßig wenig gewachsen war (um 18 Mio DM). Die inzwischen vorliegenden neuesten Ziffern über die Entwicklung in der ersten Junihälfte — die Inanspruchnahme ausländischer Rembourskredite und Barkredite hat vom 1. bis 15. Juni um weitere 68 Mio DM abgenommen — verstärken den Eindruck, daß es sich bei dem Mai-Ergebnis nicht nur um eine zufällige Unterbrechung des bisherigen Trends der Remboursverschuldung handelt. Sicher haben die Maßnahmen der Bank deutscher Länder vom 10. April und 3. Mai d. J., auf Grund deren die nicht im Zusammenhang mit Import- oder Transithandelsgeschäften aufgenommenen ausländischen Rembourskredite auf die Rediskontkontingente der Banken angerechnet werden, diese Entwicklung bis zu einem gewissen Grade beeinflußt. Aber auch die Erhöhung der Kosten des ausländischen Rembourskredits, beispielsweise in den Vereinigten Staaten, dürfte den Anreiz zur Inanspruchnahme ausländischer Kreditfazilitäten verringert haben.

Zu der stärkeren Passivierung im Bereich des Kapitalverkehrs und der unentgeltlichen Leistungen hat außerdem die weitere Steigerung der individuellen Wiedergutmachungsleistungen —

des Hauptpassivpostens der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen — beigetragen. Diese Leistungen waren mit 90 Mio DM im Monatsdurchschnitt Januar/Mai nicht nur erheblich höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit, in der die — mit einer wesentlichen Erhöhung der Entschädigungsleistungen verbundene — Neufassung des Bundesentschädigungsgesetzes noch nicht in Kraft getreten war, sondern sie gingen auch noch über die in der zweiten Jahreshälfte auf Grund des neuen Gesetzes geleisteten höheren Entschädigungszahlungen hinaus. Die Leistungen im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel bewegten sich demgegenüber im laufenden Jahr weiterhin etwa auf dem bisherigen Niveau.

### Außenhandel

Die Außenhandelsumsätze haben im Mai nach dem Rückgang im April wieder zugenommen, und zwar stieg die Ausfuhr wesentlich stärker als die Einfuhr, so daß sich der Aktivsaldo der Handelsbilanz gegenüber dem Vormonat beträchtlich



Zur Außenwirtschaftslage  
in Mio DM

	1955			1956				1957			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	März	April	Ma <sup>1)</sup>
	Monatsdurchschnitte										
<b>Außenhandel<sup>2)</sup></b>											
Ausfuhr, gesamt	2 063	2 094	2 445	2 178	2 649	2 554	2 906	2 797	3 232	2 801	3 204
Einfuhr, gesamt	1 961	2 093	2 266	2 040	2 319	2 376	2 586	2 553	2 697	2 516	2 664
Aktivsaldo (+) bzw. Passivsaldo (-) der Handelsbilanz	+ 102	+ 1	+ 179	+ 138	+ 330	+ 178	+ 320	+ 244	+ 535	+ 285	+ 540
Ausfuhr nach Währungsräumen <sup>3)</sup>											
EZU-Raum	1 545	1 530	1 780	1 609	1 926	1 861	2 112	2 060	2 386	2 044	...
Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	203	203	237	198	279	255	292	289	325	284	...
Nichtabkommensländer <sup>4)</sup>	302	346	409	355	427	417	481	430	505	453	...
Einfuhr nach Währungsräumen <sup>3)</sup>											
EZU-Raum	1 312	1 395	1 487	1 310	1 435	1 483	1 577	1 492	1 587	1 428	...
Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	228	202	229	230	264	276	291	255	269	270	...
Nichtabkommensländer <sup>4)</sup>	419	494	548	498	618	614	715	803	839	816	...
Durchschnittswerte (1950 = 100)											
Durchschnittswerte der Ausfuereinheit	119,2	119,9	121,1	123,4	124,7	125,3	123,9	126,5	126,5	129,4	...
Durchschnittswerte der Einfuhreinheit	106,0	108,1	106,8	107,7	108,9	109,8	106,9	109,4	109,9	110,4	...
Austauschrelation <sup>5)</sup>	112,5	111,0	113,4	114,6	114,6	114,1	115,9	115,7	115,1	117,2	...
<b>Zahlungsverkehr</b>											
Zahlungssaldo <sup>6)</sup> gegenüber:											
Allen Ländern											
insgesamt	+ 197	+ 100	+ 166	+ 229	+ 425	+ 517	+ 386	+ 304	+ 170	+ 543	+ 677
davon: Kapitalverkehr und Kapitalerträge <sup>7)</sup>	- 99	- 95	- 86	- 73	- 82	- 58	- 125	- 294	- 520	- 180	- 173
Unentgeltliche Leistungen <sup>8)</sup>	- 50	- 54	- 50	- 55	- 72	- 95	- 86	- 100	- 112	- 152	- 123
Übrige Zahlungen	+ 346	+ 249	+ 302	+ 357	+ 579	+ 670	+ 597	+ 698	+ 802	+ 875	+ 973
EZU-Raum											
insgesamt	+ 215	+ 87	+ 136	+ 281	+ 360	+ 477	+ 487	+ 561	+ 450	+ 717	+ 770
darunter: Kapitalverkehr und Kapitalerträge <sup>7)</sup>	- 55	- 52	- 53	- 30	- 50	- 31	- 45	- 93	- 278	+ 23	- 56
Unentgeltliche Leistungen <sup>8)</sup>	- 14	- 17	- 22	- 21	- 25	- 28	- 35	- 40	- 40	- 47	- 52
Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums											
insgesamt	+ 25	+ 15	+ 28	- 13	+ 10	- 1	- 27	+ 4	- 11	+ 26	- 13
darunter: Kapitalverkehr und Kapitalerträge <sup>7)</sup>	- 3	- 5	- 5	- 8	- 8	- 8	- 7	- 17	- 28	- 8	- 16
Unentgeltliche Leistungen <sup>8)</sup>	- 2	- 2	- 3	- 2	- 4	- 6	- 5	- 6	- 6	- 8	- 9
Nichtabkommensländern <sup>4)</sup>											
insgesamt	- 43	- 2	+ 2	- 39	+ 55	+ 41	- 74	- 261	- 269	- 200	- 80
darunter: Kapitalverkehr und Kapitalerträge <sup>7)</sup>	- 41	- 38	- 28	- 35	- 24	- 19	- 73	- 184	- 214	- 195	- 101
Unentgeltliche Leistungen <sup>8)</sup>	- 34	- 35	- 25	- 32	- 43	- 61	- 46	- 54	- 67	- 97	- 62
Rechnungsposition in der EZU											
davon: Kreditgewährung	+ 149	+ 140	+ 133	+ 202	+ 365	+ 371	+ 461	+ 512	+ 450	+ 517	+ 582
Gold- u. D. Dollarzahlungen	+ 74	+ 53	+ 33	+ 50	+ 91	+ 83	+ 115	+ 128	+ 112	+ 129	+ 145
	+ 75	+ 87	+ 100	+ 152	+ 274	+ 278	+ 346	+ 384	+ 338	+ 388	+ 437
<b>Gold- und Devisenbestände der BdL (netto) am Ende des Berichtszeitraums</b>											
insgesamt	+11 794	+12 248	+12 806	+13 412	+14 959	+16 668	+17 901	+18 730	+18 730	+19 283	+19 923
davon:											
Goldbestand	+ 3 197	+ 3 464	+ 3 862	+ 4 212	+ 4 635	+ 5 436	+ 6 275	+ 7 379	+ 7 379	+ 7 705	+ 8 079
Guthaben (netto) <sup>9)</sup> gegenüber:											
Nichtabkommensländern <sup>4)</sup>	+ 5 538	+ 5 637	+ 5 788	+ 5 880	+ 6 638	+ 7 322	+ 7 426	+ 6 915	+ 6 915	+ 6 873	+ 6 866
EZU-Raum	+ 2 539	+ 2 584	+ 2 605	+ 2 791	+ 3 234	+ 3 523	+ 3 888	+ 4 208	+ 4 208	+ 4 474	+ 4 747
darunter: Guthaben bei der EZU <sup>10)</sup>	+ 2 123	+ 2 255	+ 2 187	+ 2 315	+ 2 502	+ 2 579	+ 2 890	+ 3 218	+ 3 218	+ 3 311	+ 3 433
Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums	+ 520	+ 563	+ 551	+ 529	+ 452	+ 387	+ 312	+ 228	+ 228	+ 231	+ 231

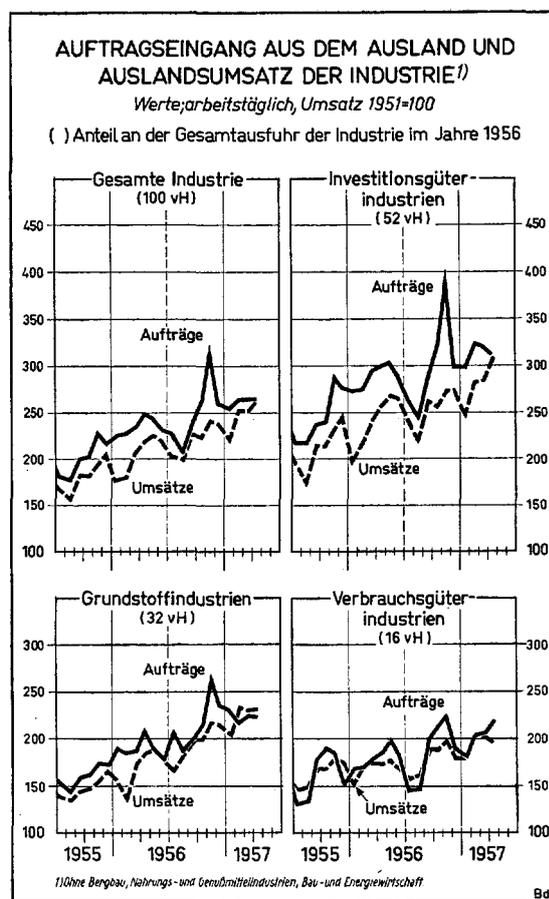
Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.

- <sup>1)</sup> Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — <sup>2)</sup> Ohne nicht ermittelte Länder. — <sup>3)</sup> Dollarländer und sonstige Nichtabkommensländer. — <sup>4)</sup> Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH der Durchschnittswerte der Einfuhr. — <sup>5)</sup> Salden aller einen Währungsraum betreffenden Zahlungen für Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie für unentgeltliche Leistungen ohne Rücksicht auf die gezahlte Währung. — <sup>6)</sup> Ohne Berücksichtigung der Leistungen, die die Devisenposition der Bank deutscher Länder und der Geschäftsbanken nicht unmittelbar berühren. — <sup>7)</sup> Ohne die im einzelnen nicht erfassbaren Kreditbewegungen im Zusammenhang mit dem Warenverkehr. — <sup>8)</sup> Guthaben und Verbindlichkeiten auf Fremdwährungs- und DM-Abkommenskonten, frei und beschränkt konvertierbaren DM-Konten sowie liberalisierten Kapitalkonten. — <sup>9)</sup> Einschl. US- $\$$ -Guthaben in anderen Ländern. — <sup>10)</sup> Ohne Berücksichtigung der jeweils letzten EZU-Abrechnung. — <sup>11)</sup> Teilweise vorläufig.

erhöhte. Er stellte sich auf 540 Mio DM gegen 285 Mio DM im April und 535 Mio DM im März. In den ersten fünf Monaten gingen die Außenhandelsüberschüsse insgesamt um eine halbe Milliarde DM über die der entsprechenden Vorjahrszeit hinaus.

Die *Ausfuhr* betrug im Mai 3 204 Mio DM und war damit um 403 Mio DM bzw. um 14 vH höher als im Vormonat. Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahrsmonat hat sie sogar um nicht weniger als 28 vH zugenommen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Ausfuhr im Mai 1956 entgegen der Saisontendenz zurückgegangen war. Aber auch bei einem Vergleich mit dem Vorjahr auf breiterer Basis ergibt sich eine beträchtliche Zuwachsrage; sie beläuft sich für die ersten fünf Monate gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit auf 23 vH. Zu diesem Ausfuhranstieg haben allerdings, soweit sich aus der Entwicklung der Durchschnittswerte der Ausfuhr entnehmen läßt, ebenso wie schon 1956, Preiserhöhungen der Exportgüter in gewissem Umfang beigetragen, und zwar haben sich die Durchschnittswerte in der Zeit von Januar bis April — für den Mai liegen die Angaben noch nicht vor — gegenüber dem Vorjahrsdurchschnitt um fast 3 vH erhöht. Gleichzeitig sind freilich die Ausfuhrpreise der meisten anderen großen Industrieexportländer noch stärker gestiegen.

Die weiteren Exportaussichten sind im Augenblick schwer zu beurteilen. Auf der einen Seite scheint manches darauf hinzudeuten, daß es im weiteren Verlauf des Jahres zu einer Verlangsamung des Expansionstempos kommt. So legt vor allem die seit geraumer Zeit zu beobachtende Abschwächung des Auftragseingangs aus dem Ausland — der Eingang von Auslandsaufträgen war im April nur noch um 6 vH und in den ersten vier Monaten von 1957 zusammen nur um 12 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit — an sich eine solche Vermutung nahe, zumal diese Entwicklung des Auftragseingangs mit gewissen Anzeichen für ein zumindest vorläufiges Nachlassen der Investitionskonjunktur in verschiedenen Abnehmerländern der Bundesrepublik koinzidiert. Ferner ist anzunehmen, daß die von der französischen Regierung beschlossene Entliberalisierung der Einfuhr — und möglicherweise auch die Importeinschränkungen anderer Länder — auf den deutschen Export nicht ohne Rückwirkungen bleiben. Zuverlässige Schlüsse können aus diesen



Entwicklungen jedoch nicht gezogen werden. Was z. B. den Auftragseingang aus dem Ausland anbelangt, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die derzeitige Abschwächung in gewissem Umfang nur eine Reaktion auf die ungewöhnliche Steigerung der Bestellungen zur Zeit des Nahostkonflikts darstellt (vgl. das vorstehende Schaubild) und insofern temporärer Natur ist, ganz abgesehen davon, daß die deutsche Industrie zur Zeit über einen recht beträchtlichen Bestand an noch unerledigten Auslandsaufträgen verfügt.

Die *Einfuhr* stellte sich im Mai auf 2 664 Mio DM gegen 2 516 Mio DM im Vormonat und 2 697 Mio DM im März d. J. Ihr Stand vom Mai 1956 wurde damit um 19 vH übertroffen. In der Zeit von Januar bis Mai waren die Importe sogar um fast 21 vH, d. h. um rd. 2,2 Mrd DM, höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Preiserhöhungen haben dabei zu dem Anstieg der Einfuhrziffern weniger beigetragen als dies auf der Exportseite der Fall war, was vor allem darauf beruhen dürfte, daß die durch den Nahostkonflikt verursachte Preishausse, die sich ohnehin nur auf einen Teil der Weltmarktpreise erstreckt hatte,

von relativ kurzer Dauer war und inzwischen von einer — auf wichtigen Märkten bis in die jüngste Zeit hinein anhaltenden — Baisse der Rohstoffpreise abgelöst wurde.

Die verhältnismäßig starke Ausdehnung der Einfuhr im laufenden Jahr ist insofern bemerkenswert, als sie sich — gemessen an der Zunahme der inländischen Produktion, der Einkommen und der Nachfrage — bei etwas abgeschwächter innerer Expansion vollzog, während der Einfuhranstieg im Vorjahr in der Zeit von Januar bis Mai bei wesentlich lebhafterem Produktionsanstieg im Inland nur etwa 13 vH betragen hatte. Die Erklärung für diese Steigerung der Importquote ist sicher bis zu einem gewissen Grade darin zu suchen, daß die Einfuhr teilweise preisgünstiger geworden ist, zumal die Zollsenkungen des letzten Jahres in dieser Richtung gewirkt haben und die Erweiterung der Dollarliberalisierung in gewissem Umfang die Ausnutzung billigerer amerikanischer Bezugsquellen ermöglicht hat. Entscheidender dürfte aber gewesen sein, daß die konjunkturelle Entwicklung in der letzten Zeit im Zeichen der Verbrauchskonjunktur stand und diese bei der heutigen Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik erfahrungsgemäß relativ stärkere unmittelbare Impulse auf den Import ausstrahlt als dies bei einer ausgesprochenen Investitionskonjunktur der Fall ist. Insbesondere die starke Belebung der Einfuhr von Textilrohstoffen, und zwar vor allem von Baumwolle, ist zweifellos eine Folge des Verbrauchsanstiegs. Ebenso ist in diesem Zusammenhang auf die in den ersten Monaten von 1957 besonders ausgeprägte Steigerung der Agrareinfuhren hinzuweisen, wenn diese Entwicklung wohl auch zum Teil auf andere Ursachen, wie schlechte Vorjahrsernten (bei Zuckerrüben) oder das Bestreben, die Vorräte aufzufüllen, zurückgeht. Die Nahrungsmittelimporte, auf die nach dem derzeitigen Stand fast ein Drittel der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik entfällt, haben von Januar bis April d. J. gegenüber der entsprechenden Vorjahrsperiode um 26 vH, d. h. weit stärker als die Gesamteinfuhr, zugenommen, nachdem sie im Vorjahr um diese Zeit nahezu stagniert hatten; ins Gewicht fielen dabei insbesondere Mehreinfuhren von Getreide, Zucker, Ölfrüchten sowie pflanzlichen Ölen und Fetten. Aber auch die Einfuhr gewerblicher Fertigwaren hat sich im laufenden Jahr intensiviert, wofür nicht zuletzt die

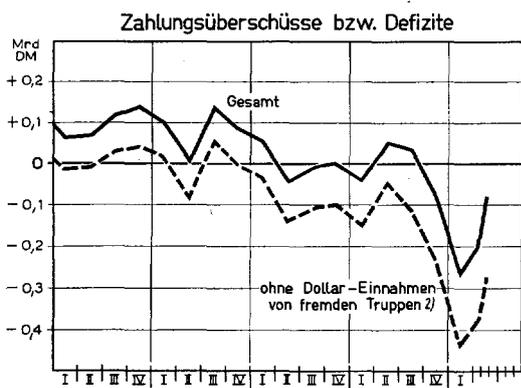
starke Ausnutzung der inländischen Produktionskapazitäten in einzelnen Bereichen maßgebend gewesen sein dürfte.

#### Der Außenhandel mit den Nichtabkommensländern

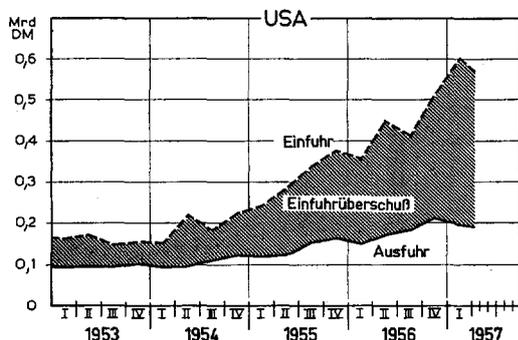
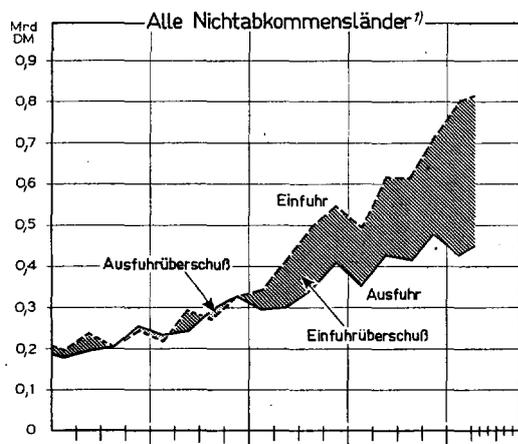
Die regionale Aufgliederung des Zahlungsverkehrs für den Mai zeigt, daß einem Überschuß von 770 Mio DM im Zahlungsverkehr mit den EZU-Ländern — bei wiederum annähernd ausgeglichener Bilanz im Verkehr mit den Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums — ein Defizit von 80 Mio DM im Zahlungsverkehr mit den Nichtabkommensländern, d. h. im wesentlichen den Dollarländern, gegenüberstand. Die Diskrepanzen zwischen den Zahlungssalden gegenüber den beiden großen Währungsräumen, auf die in den letzten Berichten schon wiederholt hingewiesen wurde, haben sich damit im Mai zwar nicht mehr weiter vergrößert, doch waren sie, verglichen mit der regionalen Struktur der Zahlungsbilanz in den letzten Jahren, weiterhin bemerkenswert groß. Was die anhaltenden Zahlungsdefizite gegenüber den Nichtabkommensländern anlangt — die weitere Zunahme der EZU-Überschüsse wurde im letzten Monatsbericht ausführlicher behandelt —, so liegen ihre Ursachen zum Teil bei der seit Ende vorigen Jahres eingetretenen — allerdings, wie eingangs in diesem Berichtsabschnitt erläutert, von Monat zu Monat sehr unterschiedlichen — Belastung durch Dollar Ausgaben für Verteidigungseinfuhren des Bundes. In noch stärkerem Maße ist aber die Erhöhung des Defizits gegenüber den Nichtabkommensländern im laufenden Jahr auf die weitere Verschlechterung der Handelsbilanz zurückzuführen, die im folgenden eingehender analysiert werden soll.

Wie das nachstehende Schaubild zeigt, hat sich der Abstand zwischen Einfuhr und Ausfuhr im Warenhandel mit den Nichtabkommensländern in letzter Zeit beträchtlich vergrößert. Die Einfuhrüberschüsse waren von Januar bis April — für den Mai sind die regionalen Angaben noch nicht verfügbar — in jedem einzelnen Monat höher als 300 Mio DM, während sie bisher selbst in den Monaten mit saisonalen Einfuhrspitzen kaum nennenswert über 220 Mio DM hinausgegangen waren; im Monatsdurchschnitt von 1956 hatten sie 191 Mio DM betragen. Insgesamt ergibt sich für die ersten vier Monate von 1957

ZUR ENTWICKLUNG  
DES HANDELS-UND ZAHLUNGSVERKEHRS  
MIT DEN NICHTABKOMMENSLÄNDERN <sup>1)</sup>  
Monatsdurchschnitte bzw. Monate



Außenhandel <sup>3)</sup>



<sup>1)</sup> Dollarländer und sonstige Nichtabkommenländer. - <sup>2)</sup> Hauptsächlich DM-Ein- und Ausfuhr. - <sup>3)</sup> Einfuhr erfolgt nach Käuferländern, Ausfuhr erfolgt nach Käuferländern.

BdL

ein Defizit der Handelsbilanz gegenüber den Nichtabkommenländern von 1,5 Mrd DM gegenüber rd. 600 Mio DM in der entsprechenden Vorjahrsperiode und 2,3 Mrd DM im gesamten Jahr 1956. Das Schwergewicht der Verschlechterung lag beim Außenhandel mit den eigentlichen Dollarländern, d. h. den zwanzig Ländern der Dollarfreiliste, auf die rd. 90 vH der gesamten Außenhandelsumsätze mit den Nicht-

abkommensländern entfallen; im Handelsverkehr mit diesen Ländern hat sich der Passivsaldo gegenüber der Zeit Januar/April 1956 mehr als verdoppelt. Aber auch im Außenhandel mit den Sonstigen Nichtabkommensländern war eine tendenzielle Verschlechterung der Handelsbilanz festzustellen, hier allerdings nur in der Form einer Verringerung des bisherigen Ausfuhrüberschusses.

Bestimmend für diese Entwicklung ist, daß sich einerseits die Einfuhrsteigerung seit einiger Zeit noch wesentlich intensiviert, andererseits aber die Ausfuhrerweiterung etwas verlangsamt hat. Während nämlich im Jahre 1956 die *Ausfuhr* in die Nichtabkommensländer eine wesentlich höhere Zuwachsrate aufgewiesen hatte als der Gesamtexport der Bundesrepublik, war ihr Wachstum im laufenden Jahr merklich geringer als das des Gesamtexports. Bei einer Zuwachsrate der Gesamtausfuhr von 21 vH in den ersten vier Monaten von 1957 erhöhte sich die *Ausfuhr* in die Nichtabkommensländer gegenüber Januar/April 1956 nur um 16 vH; in der gleichen Periode des Vorjahrs hatten dagegen die entsprechenden Prozentsätze 16 vH bzw. 27 vH betragen. Der Export in die Vereinigten Staaten von Amerika, auf den rd. 45 vH der gesamten Lieferungen an die Nichtabkommensländer entfielen, hielt dabei von Januar bis April zwar noch mit der Zunahme der Gesamtausfuhr Schritt, doch ist auch hier eine deutliche Abschwächung des bisherigen Expansionstempos erkennbar; so hatte die Zuwachsrate gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit in den ersten vier Monaten von 1956 noch 36 vH betragen. Das Nachlassen des amerikanischen Booms in der letzten Zeit mag dabei eine Rolle gespielt haben. Die Aufrechterhaltung des außerordentlich hohen Wachstumstempos, das die *Ausfuhr* nach den Dollarländern, vornehmlich nach den Vereinigten Staaten und nach Kanada, in den letzten Jahren aufgewiesen hatte — der Anteil der Lieferungen der Bundesrepublik an der Gesamteinfuhr hat sich in den letzten vier Jahren in den Vereinigten Staaten von 2,5 auf 3,9 vH und in Kanada von 0,8 auf 1,6 vH erhöht —, wäre aber auch unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen wenig wahrscheinlich gewesen.

Die *Einfuhr* aus den Nichtabkommensländern ist in den ersten vier Monaten von 1957 gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um 1,2

Mrd DM, d. h. um nicht weniger als 55 vH, gewachsen. Ihre Zunahme war damit nicht nur weit stärker als die — immerhin recht beträchtliche — Steigerung der Gesamteinfuhr im gleichen Zeitraum (21 vH), sondern ging auch wesentlich über die Wachstumsrate der Einfuhr aus den Nichtabkommensländern im Jahr 1956 hinaus. Dabei ist bemerkenswert, daß es sich bei der Einfuhrsteigerung im laufenden Jahr in vollem Umfang um eine Mehreinfuhr von in Nichtabkommensländern (vornehmlich Dollarländern) hergestellten Waren handelte — bei der statistischen Erfassung ergeben sich nach dem Einkaufsländer- wie nach dem Herstellungsländerprinzip nahezu gleiche Zuwachsraten —, während im Vorjahr die Zunahme des Imports aus den Nichtabkommensländern (erfaßt nach Einkaufsländern) zu einem nicht geringen Teil lediglich auf der — durch die zunehmende Liberalisierung ermöglichten — Ablösung bisheriger Transitbezüge von Dollarwaren durch Direktbezüge beruht hatte.

*Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika im Vergleich zur Gesamteinfuhr der Bundesrepublik Deutschland<sup>1)</sup> nach Warengruppen und Warenarten*

Warenart	Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika <sup>2)</sup>			Gesamteinfuhr		
	Jan./April 1957	Zunahme (Jan./April 1957 gegenüber Jan./April 1956)		Jan./April 1957	Zunahme (Jan./April 1957 gegenüber Jan./April 1956)	
	Mio DM	vH		Mio DM	vH	
<b>I. Nahrungs- und Genußmittel</b>	543	247	83	3 292	681	26
darunter:						
Getreide	197	152	334	666	179	37
Ölfrüchte und pflanzliche Fette und Öle	195	82	73	387	106	38
Rohrhabak	53	5	11	128	12	11
<b>II. Rohstoffe und Halbwaren</b>	1 158	578	100	4 885	751	18
darunter:						
Baumwolle	290	264	1 005	457	111	32
Steinkohle	334	108	48	487	87	22
Erdöl	95	95	-	304	74	32
Schrott	77	54	229	123	81	197
Kraftstoffe und Schmieröle	88	67	323	296	114	62
<b>III. Fertigwaren</b>	349	133	62	1 954	332	20
darunter:						
Kunststoffe	46	18	61	74	22	41
Kraft- und Luftfahrzeuge	81	69	600	141	91	180
<b>Einfuhr insgesamt<sup>3)</sup></b>	<b>2 052</b>	<b>958</b>	<b>88</b>	<b>10 177</b>	<b>1 766</b>	<b>21</b>

<sup>1)</sup> Einschließlich West-Berlin. — <sup>2)</sup> Einfuhr nach Herstellungsländern. — <sup>3)</sup> Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Die ungewöhnlich starke Steigerung der Bezüge aus den Dollarländern im bisherigen Verlauf des Jahres, die in der Entwicklung des Imports aus den Vereinigten Staaten besonders deutlich zum Ausdruck kommt (vgl. die vorstehende Tabelle), geht zweifellos in gewissem Umfang auf Sonderfaktoren, nämlich auf die Auswirkungen des Suez-Konflikts, zurück. Dabei ist nicht nur an die beträchtlichen Einfuhren von Erdöl aus den Vereinigten Staaten von Amerika und aus Venezuela zu denken, die an die Stelle bisheriger Erdölimporte aus Ländern des Nahen Ostens (insbesondere dem Irak) traten; auch bei anderen Waren haben vermutlich gewisse Einfuhrverlagerungen zugunsten des Dollarraums stattgefunden. Außerdem wurde — unter dem Einfluß der Suez-Krise — die Vorratsbildung stimuliert, wie vor allem daraus hervorgeht, daß das Schwergewicht der Einfuhrzunahme bei den Rohstoffen und Halbwaren lag. Ausschlaggebend für die starke Ausdehnung der Dollareinfuhr dürfte aber gewesen sein, daß die Importeure mit der fortschreitenden Erweiterung der Dollarliberalisierung die preislichen Vorteile, die ihnen der amerikanische Markt — noch dazu in Anbetracht der Preisentwicklung auf den meisten europäischen Märkten — bietet, in wachsendem Maße ausnutzen konnten. Wenn es auch, von Sonderfällen wie Steinkohle und Erdöl abgesehen, nur bei der Einfuhr von Baumwolle zu Importverlagerungen im Sinne eines Rückgangs der Bezüge aus anderen Ländern gekommen ist, so waren doch die Zuwachsraten der Einfuhr aus den Dollarländern in fast allen Fällen ungleich größer als beispielsweise die des Imports aus den EZU-Ländern, der sich insgesamt in den ersten vier Monaten von 1957 gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit nur um knapp 10 vH erhöht hat. Ob die Einfuhr aus den Dollarländern in den kommenden Monaten weiter im gleichen Tempo wachsen wird, bleibt freilich abzuwarten. Vor allem auf dem ernährungswirtschaftlichen Sektor, auf dem Getreideeinfuhren eine besonders große Rolle spielten, erscheint eine Verlangsamung nicht ausgeschlossen. Auf der anderen Seite gehen jedoch von der mit der Baisse am Frachtenmarkt verbundenen Verringerung der Frachtkosten sicher neue Impulse für den — mit einem relativ hohen Frachtanteil belasteten — Import aus den Dollarländern aus.

# Die Aufbesserung der Sozialleistungen und ihre Finanzierung

Die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Reform der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten hat auch in den übrigen Zweigen der Sozialhilfe zu teilweise weitreichenden Änderungen Anlaß gegeben. Die entsprechenden Gesetze sind zum Teil bereits verabschiedet, zum Teil steht ihre Verabschiedung in absehbarer Zeit bevor. Im folgenden soll nun versucht werden, einen Gesamtüberblick über die mit diesen Maßnahmen und mit der Rentenreform im engeren Sinne voraussichtlich verbundene Aufbesserung der Sozialleistungen und ihre Finanzierung zu geben. Selbstverständlich kann es sich dabei nur um Schätzungen handeln. Im allgemeinen liegen hierfür offizielle Angaben vor. In denjenigen Fällen, in denen diese auf älteren Daten beruhen — zum Teil stammen sie nämlich noch aus dem Vorjahr —, wurde versucht, sie auf Grund der inzwischen übersehbar gewordenen neueren Entwicklung zu modifizieren und zu ergänzen.

## Durchgeführte und geplante Reformen im Anschluß an die Rentenreform

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Rentenreform im engeren Sinne, über deren Grundzüge an dieser Stelle im Februar d. J. ausführlich berichtet wurde<sup>1)</sup> und auf die deshalb in diesem Zusammenhang nicht mehr eingegangen werden soll, stand die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung. Sie hatte vor allem den Zweck, den Trägern der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten zusätzliche Einnahmen zu erschließen, indem ein Teil der bisher an die Arbeitslosenversicherung gezahlten Beiträge auf die Rentenversicherungen übertragen wurde, was umso eher möglich war, als mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit nur noch ein im Vergleich zu früher wesentlich geringerer Teil der bisherigen Einnahmen für die Arbeitslosenunterstützung benötigt wurde. Gleichzeitig wurde zwar auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze, besonders für bestimmte Einkommensgruppen, vorgenommen, doch dürfte hiermit, zumindest solange die gegenwärtige Beschäftigungslage anhält, lediglich eine relativ geringe Mehrbelastung der Arbeitslosenversicherung und entsprechend auch nur eine geringfügige Erhöhung des Unterstützungseinkommens verbunden sein. Von erheblicher Bedeutung sind dagegen die Verbesserungen, die in den letzten Monaten — in Fortführung der „Sozialreform“ — vor allem bei denjenigen Renten beschlossen bzw. in Aussicht genommen wurden, die von anderen Versicherungsträgern im Fall des Alters sowie der vorzeitigen Berufsunfähigkeit gewährt werden. So

sind die wichtigsten Grundsätze der Rentenreform — ausreichende Versorgung durch Rentenbemessung auf der Basis des zuletzt verdienten Einkommens, Möglichkeit der gesetzlichen Anpassung einmal festgesetzter Renten an die weitere Zunahme des Sozialprodukts — nunmehr auch bei der bereits verabschiedeten bzw. in Kürze zu erwartenden Neugestaltung des Rechts der Knappschaftsversicherung bzw. der Unfallversicherung zur Anwendung gekommen, wenn auch unter Wahrung der Besonderheiten dieser Versicherungszweige.

Bemerkenswert sind ferner die Bestrebungen, die im Rahmen der sozialen Rentenversicherungen für die abhängig Beschäftigten entwickelten Versorgungsmöglichkeiten in ihren Grundzügen auch auf die Altersversorgung der freien Berufe zu übertragen. Zwar ist es, wenn man von einer mehr technischen Zwischenlösung für die Versorgung der Handwerker absieht, in dieser Legislaturperiode bisher noch nicht zum Erlaß gesetzlicher Vorschriften gekommen, jedoch liegen für einzelne Berufsgruppen — die Landwirte, die Anwälte, die Handwerker — bereits Gesetzentwürfe, zumindest aber weitgehende Pläne vor. Es ist daher möglich, daß auch für die freien Berufe in den kommenden Jahren, sei es durch eigene berufsständische Einrichtungen oder durch Anschluß an die bestehenden öffentlichen oder privaten Versicherungsträger, neue Systeme der Altersversorgung geschaffen werden.

Auch die im Juni verabschiedete Novelle zur Kriegsopferversorgung muß im Zusammenhang mit der Sozialrentenreform gesehen werden. Da zahlreiche Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene durch die Erhöhung der Sozialversicherungs-

<sup>1)</sup> Vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Februar 1957, S. 16 ff.

renten nicht mehr in den Genuß der im Rahmen der Kriegsoferversorgung gewährten (auf das sonstige Einkommen anzurechnenden) Ausgleichsrenten kamen und ihr Einkommen also trotz der Rentenreform nicht zunahm, hat man die unabhängig vom sonstigen Einkommen gewährten Grundrenten in der Kriegsoferversorgung heraufgesetzt, um die gesamten Einkünfte auch dieses Personenkreises zu erhöhen.

Während die Reform der Alters- bzw. Invaliditätsversorgung (wenn man von den freien Berufen absieht) praktisch als abgeschlossen angesehen werden kann, ist die Neugestaltung der Versorgung im Falle der Krankheit bisher nur zum Teil verwirklicht worden. Immerhin ist ein wesentlicher Grundgedanke, nämlich die Gleichbehandlung der Arbeiter mit den Angestellten, nunmehr weitgehend in die Tat umgesetzt worden. Andere Probleme, wie z. B. die Versorgung der Arbeiter und der Angestellten bei länger andauernder Krankheit, sind dabei allerdings noch offengeblieben.

Unter den sonstigen sozialpolitischen Maßnahmen ist die in Aussicht genommene Änderung des Kindergeldgesetzes zu erwähnen, doch handelt es sich hierbei in der Hauptsache um eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des Beitragsverfahrens, während die — von vielen Seiten geforderte — Ausdehnung der Kindergeld-

zahlungen auf das zweite Kind, die zu einer Vervielfachung des derzeitigen finanziellen Aufwands führen würde, in dieser Legislaturperiode nicht mehr in Angriff genommen wurde und lediglich eine 20 %ige Erhöhung der bisherigen Zahlungen vorgesehen ist.

#### Die finanziellen Mehrleistungen

Die Erhöhung der Sozialleistungen, die — hauptsächlich auf Grund der zuvor erwähnten Maßnahmen (einschließlich der Sozialrentenreform) — für das Jahr 1957 bzw. für das erste volle Jahr der Neuregelung zu erwarten ist, kann auf rd. 6,29 Mrd DM veranschlagt werden. Hierbei sind diejenigen Einsparungen abgesetzt worden, die durch die Verbesserung der Altersrenten bei anderen Sozialleistungen, namentlich in der Kriegsoferversorgung, zu erwarten sind. Läßt man außerdem die gegenseitigen Zahlungen der Versicherungsträger (z. B. der Rentenversicherungen an die Krankenversicherung) außer acht, so verbleiben 5,86 Mrd DM, die zusätzlich für Renten und Sachleistungen ausgezahlt werden müssen. Allerdings sind diese Mehraufwendungen, wie schon angedeutet, nicht ausschließlich den zuvor erwähnten sozialpolitischen Maßnahmen zuzuordnen, sondern sie enthalten auch diejenigen Netto-Mehrausgaben, die sich auch bei unveränderter Rechtslage insofern ergeben

Die Mehrausgaben für Sozialleistungen im Jahre 1957  
(bzw. im ersten vollen Jahr der Neuregelung) und ihre Finanzierung  
in Mrd DM

	Gesamt	Arbeiter- u. Angestelltenversicherung	Knappschaftsversicherung	Krankenversicherung	Unfallversicherung	Arbeitslosenversicherung	Kriegsoferversorgung	Familienausgleichskassen
1. Mehrausgaben, brutto	6,29	4,40 <sup>2)</sup>	0,35	0,95	0,43	0,06	± 0 <sup>4)</sup>	0,10
2. ./ Einnahmen von anderen Versicherungen	0,43	—	0,04	0,39 <sup>5)</sup>	—	—	—	—
3. Mehrausgaben, netto	5,86	4,40	0,31	0,56	0,43	0,06	± 0	0,10
4. Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen (—), gesamt	4,42	3,18	0,27	0,75	0,43	— 0,39	—	0,18
Beiträge <sup>1)</sup>	(3,32)	(2,27)	(0,08)	(0,75)	(0,43)	(— 0,39)	(—)	(0,18)
Bundeszuschüsse	(0,98)	(0,80)	(0,18)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
Sonstige <sup>2)</sup>	(0,12)	(0,11)	(0,01)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
5. Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (—) des Abschlußergebnisses (4 ./ 3)	— 1,44	— 1,22	— 0,04	+ 0,19	± 0	— 0,45	± 0	+ 0,08

<sup>1)</sup> Zunahme bedingt einmal durch Erhöhung der Beitragssätze, zum anderen durch die konjunkturelle Zunahme der Arbeitseinkommen (mit 7 vH angenommen). — <sup>2)</sup> Hauptsächlich Zinseinnahmen. — <sup>3)</sup> Einschließlich der Ausgaben für Rehabilitationsmaßnahmen und der Zahlungen an die Krankenversicherung; die ursprünglichen Angaben über die Rentenmehrausgaben sind auf Grund neuerer Schätzungen um 0,3 Mrd DM ermäßigt worden. — <sup>4)</sup> Die Bruttomehrausgaben auf Grund der Novelle zum BVG betragen 0,54 Mrd DM; abgesetzt wurden 0,34 Mrd DM, die durch die Rentenreform eingespart werden, und 0,20 Mrd DM für Einsparungen auf Grund der sich verminderten Zahl der Rentempfänger. — <sup>5)</sup> Hierbei handelt es sich zum Teil um effektive Mehreinnahmen von anderen Versicherungen (höhere Zahlungen für die Krankenversicherung der Rentner), zum Teil aber auch um die Übernahme von Ausgaben der Krankenversicherung durch die Unfallversicherung.

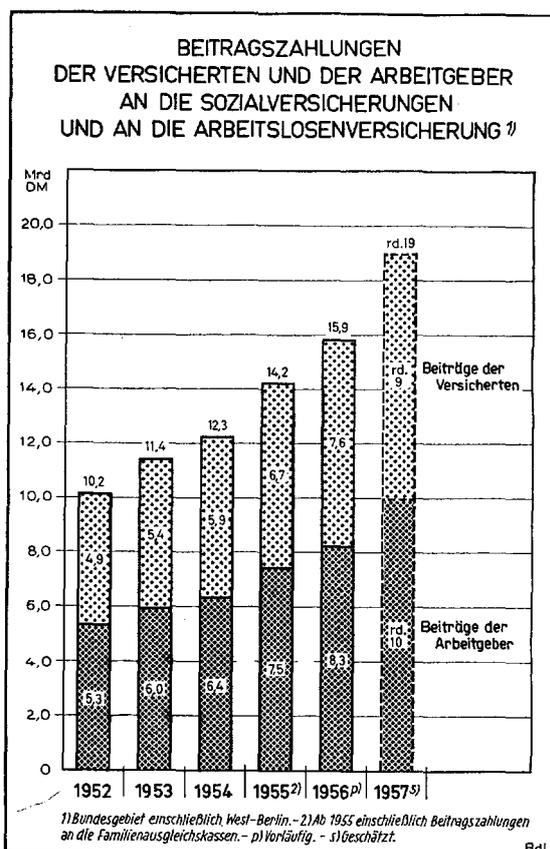
würden, als die Zahl der versorgten Personen im ganzen — vor allem wegen der Entwicklung bei den Rentenversicherungen und der sozialen Krankenversicherung — noch immer wächst, wenn sie auch in einzelnen Bereichen, wie insbesondere in der Kriegsopferversorgung, bereits seit einiger Zeit zurückgeht. Der Anteil dieser „natürlichen“ Ausgabesteigerung an der Gesamterhöhung der Leistungen ist in den einzelnen Versicherungszweigen sehr verschieden. Bei den Rentenversicherungen hält er sich in verhältnismäßig engen Grenzen; bei der sozialen Krankenversicherung, bei der bisher nur ein Teil der gesamten Leistungen neu gestaltet wurde, entfallen die Mehrausgaben dagegen etwa zu gleichen Teilen auf die „natürliche“ Ausgabesteigerung einerseits und die gesetzlichen Leistungsaufbesserungen andererseits.

### Die Aufbringung der Mittel

Reichlich die Hälfte der Nettomehrausgaben, nämlich 3,32 Mrd DM von den insgesamt 5,86 Mrd DM, wird durch höhere Beitrags- bzw. Umlageeinnahmen gedeckt werden können. In diesen für 1957 bzw. für das erste Jahr der Neuregelung zu erwartenden Mehreinnahmen schlägt sich einmal die Erhöhung der Beitrags- bzw. Umlagesätze von bisher schätzungsweise 23,5 vH auf etwa 27 vH der versicherungspflichtigen Einkommen bzw. der Lohnsumme nieder, zum anderen die weitere konjunkturelle Zunahme der Arbeitseinkommen, die hier mit 7 vH angenommen wurde. Bei den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten werden die für 1957 zu erwartenden Mehreinnahmen zum überwiegenden Teil durch die kräftige Erhöhung der Beitragssätze bedingt sein, während beispielsweise bei der Krankenversicherung und bei der Knappschaftlichen Rentenversicherung, bei denen sich die Beitragserhöhungen in relativ engen Grenzen halten, die konjunkturbedingte Zunahme dieser Einnahmen stärker ins Gewicht fallen dürfte. Der Bund wird mit rd. 1 Mrd DM etwa ein Sechstel der Mehrausgaben zu tragen haben. Dabei sind die mit 0,54 Mrd DM veranschlagten Kosten für die Aufbesserung der Kriegsopferversorgung nicht berücksichtigt worden, da sie voraussichtlich in vollem Umfang durch die Einsparungen gedeckt werden können, die bei den Kriegsopferrenten in-

folge der Rentenreform und des Rückgangs in der Anzahl der versorgten Personen entstehen.

Einschließlich der Zunahme der sonstigen Einnahmen, vor allem aus der Verzinsung der Vermögensanlagen, werden sich die gesamten Mehreinnahmen auf schätzungsweise 4,42 Mrd DM belaufen. In Höhe des verbleibenden Betrages — 1,44 Mrd DM — wird sich das *Abschlußergebnis der Versicherungsträger verschlechtern*, d. h. also ihre bisherige „Kapitalbildung“ beeinträchtigt werden. Im laufenden Jahr werden die Überschüsse der verschiedenen Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung im ganzen nur noch schätzungsweise 1,5 Mrd DM betragen, während sie im vergangenen Jahr etwa 3 Mrd DM ausgemacht hatten. Wie aus der vorstehenden Tabelle zu ersehen ist, werden sich die Überschüsse vor allem bei den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten vermindern. Allerdings ist der hier für das laufende Jahr geschätzte Rückgang — um 1,22 Mrd DM — wesentlich geringer als zunächst angenommen. Trotz der beträchtlichen Mehrbelastungen durch die Rentenreform kann der für das laufende Jahr zu erwar-



tende Überschuß der beiden Versicherungsträger nämlich noch mit reichlich 1 Mrd DM veranschlagt werden, während die im vergangenen Jahr vorgenommene amtliche Vorausberechnung mit nur 0,2 Mrd DM rechnete, da sie von einer Einnahmesteigerung um nur 2 vH ausging und eine stärkere Zunahme der Ausgaben unterstellte, als auf Grund der neueren Daten zu erwarten ist. Die finanzielle Lage der sozialen Krankenversicherung wird sich im Vergleich zum letzten Jahr fürs erste sogar etwas verbessern, weil nicht nur die Beitragssätze erhöht werden sollen, sondern auch beträchtliche Zahlungen von anderen Sozialversicherungsträgern zu erwarten sind. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die soziale Krankenversicherung im vergangenen Jahr ein Defizit aufgewiesen hatte und daß schon in absehbarer Zeit neue Mehrbelastungen durch die Anhebung der ärztlichen Gebührensätze und der Krankenhauspflegekosten entstehen werden.

Von den Mehreinnahmen aus Beiträgen und Umlagen, die, wie erwähnt, im Jahre 1957 (bzw. im ersten Jahr der Neuregelung) etwa 3,3 Mrd DM betragen werden, sind schätzungsweise 1,5 Mrd DM von den Arbeitern und Angestellten aufzubringen. Der Anteil der Unternehmer ist demgegenüber mit etwa 1,8 Mrd DM um 0,3 Mrd DM höher, was damit zusammenhängt, daß diese die Umlagen zur Unfallversicherung und zu den Familienausgleichskassen allein zu tragen haben. Eine weitere Belastung in Höhe von schätzungsweise 130 Mio DM wird sich aus der Neuregelung der Lohnfortzahlung an die Arbeiter im Krankheitsfall ergeben. Einschließlich dieses Betrages, der in der voranstehenden Tabelle nicht unter den Mehrbelastungen erfaßt wurde, weil er weder von den Versicherungsträgern noch vom Bund aufzubringen ist, werden sich die gesamten Mehraufwendungen der Arbeitgeber auf etwa 1,9 Mrd DM stellen.

# Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins im Jahr 1956

## Vorbemerkung

Im folgenden wird die in unserem Geschäftsbericht für 1956 veröffentlichte vorläufige Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins für das Jahr 1956 näher aufgegliedert und in einigen Punkten berichtigt. Das Ergebnis der Zahlungsbilanz und die im Geschäftsbericht gegebene Analyse der Zahlungsbilanzentwicklung werden dadurch jedoch nur unwesentlich berührt. Bei den Berichtigungen handelt es sich lediglich um eine Korrektur der sich in der Transportbilanz niederschlagenden Seefrachtkosten der Einfuhr und eine korrespondierende Änderung des Einfuhr-fob-Wertes sowie um neue Ziffern für die deutschen Investitionen im Ausland, die sich infolge verbesserter statistischer Erfassung ergeben haben. Wir können uns daher hier neben einer kurzen Darstellung der — im Geschäftsbericht nicht im einzelnen analysierten — Entwicklung der Seetransportbilanz auf eine Erläuterung dieser Veränderungen beschränken und verweisen für alle übrigen Teile der Zahlungsbilanz auf die im Geschäftsbericht gegebene Darstellung.

## I. Deutsche Seetransportbilanz <sup>1)</sup>

### 1. Die Frachtkosten der Einfuhr

Die Seefrachtkosten der Einfuhr, die zum Teil an die deutsche Seeschifffahrt, zum weitaus größeren Teil aber an das Ausland gezahlt wurden, haben im Jahre 1956 wiederum — wie schon im Vorjahr — erheblich zugenommen. Bei einer Steigerung des Einfuhrvolumens um 12 vH erhöhte sich der Gesamtaufwand für Seefrachten um 36 vH auf 2,8 Mrd DM. Die überproportionale Zunahme der Frachtkosten beruhte zum Teil darauf, daß auch im Jahre 1956 die Einfuhr aus den frachtungünstiger gelegenen Dollarländern sehr viel stärker wuchs als z. B. die seewärtige Einfuhr aus den kontinentalen Bezugsgebieten. Insbesondere haben die mit einem sehr hohen Frachtkostenanteil belasteten Steinkohleneinfuhren aus den USA weiter beträchtlich zugenommen, und im vierten Quartal 1956 traten an die Stelle von Erdöleinfuhren aus dem Nahen Osten in erheblichem Umfang Importe aus dem amerikanischen Raum. Hinzu kam, daß ein Teil der Einfuhren nach der Sperrung des Suez-Kanals um die längere Kaproute geleitet werden mußte. Vor allem aber lagen die Frachtraten im Durchschnitt des Jahres 1956 wiederum höher als im Vorjahr, wobei sich der anhaltende Anstieg der Raten

<sup>1)</sup> Im Geschäftsbericht ist nur die gesamte Transportbilanz erwähnt. Sie unterscheidet sich von der hier analysierten Seetransportbilanz dadurch, daß sie außer dem Seetransport auch die Einnahmen und Ausgaben bei den übrigen Transportarten sowie bei der Reparatur von Transportmitteln umfaßt (vgl. Nebentabelle zur Zahlungsbilanz über „Einnahmen und Ausgaben für Transportleistungen“).

Tab. 1: Seewärtige Einfuhr und Frachtkostenanteil

Positionen	Alle Länder	EZU-Raum		Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	Nichtabkommensländer		
		Kontinentale EZU-Länder	Sterling-Länder		einschl. Kohleneinfuhr aus USA	ohne Kohleneinfuhr aus USA	
<b>Seewärtige Einfuhr, cif-Werte</b>	Mio DM	vH der gesamten seewärtigen Einfuhr					
1) nach Herstellungsländern							
1954	13 561	27,1	22,8	20,0	30,1	29,3	
1955	16 833	26,3	22,2	16,4	35,1	32,2	
1956	19 791	25,2	21,0	15,7	38,1	33,6	
2) nach Einkaufsländern							
1954	13 561	32,4	25,0	19,7	22,9	22,9	
1955	16 833	30,4	23,4	15,2	31,0	28,6	
1956	19 791	27,7	21,5	14,1	36,7	32,3	
<b>Seefrachtkosten</b>		vH der seewärtigen Einfuhr aus dem betreffenden Währungsraum					
I. bei cif-Wert der Einfuhren							
1) nach Herstellungsländern							
1954	9,2	8,9	8,1	10,0	9,8	9,0	
1955	12,2	10,3	10,3	12,3	14,9	11,3	
1956	14,2	10,9	10,8	13,3	18,6	13,3	
2) nach Einkaufsländern							
1954	9,2	8,9	8,0	10,0	10,1	10,1	
1955	12,2	10,6	10,2	12,9	15,1	11,9	
1956	14,2	11,0	10,7	13,6	18,8	13,5	
II. bei fob-Wert der Einfuhren							
1) nach Herstellungsländern							
1954	10,2	9,9	8,9	11,2	10,9	10,0	
1955	14,1	11,6	11,6	14,2	17,7	12,9	
1956	16,8	12,4	12,2	15,6	23,2	15,5	
2) nach Einkaufsländern							
1954	10,2	9,9	8,8	11,2	11,4	11,3	
1955	14,1	12,0	11,4	15,0	18,1	13,6	
1956	16,8	12,6	12,1	15,9	23,5	15,8	

nach dem Ausbruch des Nahost-Konfliktes noch erheblich verstärkte.

Allerdings war der Einfluß der Frachtratensteigerung auf die gesamten Frachtkosten geringer, als auf Grund der Erhöhung der Seefrachtenindizes zunächst angenommen werden mußte. Während die deutschen Indizes für Tramp- und Tankerfahrt im Jahresdurchschnitt 1956 um 26 vH bzw. 97 vH höher lagen als im Vorjahr und der Index für Linienfahrt um 10 vH höher war, hat sich der Anteil der Frachtkosten am Gesamtwert der seewärtigen Einfuhr (cif-Werte) nur von 12,2 DM je 100 DM Einfuhrwert auf 14,2 DM, d. h. um 16 vH, erhöht (vgl. hierzu Tabelle 1). Infolgedessen bleibt auch der eingangs genannte Gesamtbetrag der Einfuhrfrachtkosten (2,8 Mrd DM) um 0,3 Mrd DM hinter den Schätzungen zurück, die bei der vorläufigen Veröffentlichung der Zahlungsbilanz im Geschäftsbericht verwen-

Tab. 2: Ermittlung der fob-Werte der Einfuhr im Jahr 1956 in Mio DM

Positionen	Alle Länder	EZU-Raum		Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	Nichtabkommensländer
		Kontinentale EZU-Länder	Sterling-Länder		
cif-Wert der Einfuhr:					
Einfuhr gemäß Außenhandelsstatistik	27 964	13 194	4 250	3 250	7 270
Einfuhr von Elektrizität	140	140	—	—	—
insgesamt	28 104	13 334	4 250	3 250	7 270
abzüglich der im cif-Wert enthaltenen Nebenkosten:					
Seefrachten	2 809	604	456	380	1 369
Binnenschiffsfrachten	128	48	16	20	44
Seetransportversicherungsprämien	92	26	20	14	32
insgesamt	3 029	678	492	414	1 445
fob-Wert der Einfuhr	25 075	12 656	3 758	2 836	5 825

det wurden<sup>1)</sup>. Es zeigt sich damit, daß von den Frachtraten, die im Zusammenhang mit den Ein-

<sup>1)</sup> Diese Schätzungen haben sich einmal in den Angaben auf S. 86 und 90 unseres Geschäftsberichts über den Saldo der Dienstleistungen und den Saldo der Transportbilanz niedergeschlagen. Sodann ist auch der fob-Wert der Einfuhren, der durch Ausschaltung der in den statistisch erfaßten cif-Werten enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten ermittelt wird (vgl. hierzu Tabelle 2), auf Grund dieser Schätzung errechnet worden. Demgemäß verringert sich innerhalb der Dienstleistungsbilanz der Passivsaldo der Transportbilanz infolge der Berichtigung der Seefrachtkosten der Einfuhr von rd. 900 Mio DM auf 575 Mio DM, während sich im Warenhandel der fob-Wert der Einfuhr von 24,8 Mrd DM auf 25,1 Mrd DM erhöht. Das für die Zahlungsbilanz entscheidende Gesamtergebnis der Waren- und Dienstleistungsbilanz wird also durch die Berichtigung nicht verändert.

Tab. 3: Regionale Verteilung der Seefrachtkosten für Importe in Mio DM

Positionen	Alle Länder	EZU-Raum		Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums	Nichtabkommensländer
		Kontinentale EZU-Länder	Sterling-Länder		
I. Verteilung nach geleisteten Zahlungen					
An die ausl. Seeschifffahrt gezahlte Frachtkosten					
bei cif-Abschlüssen (nach Einkaufsländern)					
1954	557	203	134	114	106
1955	938	300	262	174	202
1956	1 207	334	299	212	362
bei fob-Abschlüssen					
1954	442	244	152	20	26
1955	707	347	278	28	54
1956	1 044	525	383	41	95
Insgesamt					
1954	999	447	286	134	132
1955	1 645	647	540	202	256
1956	2 251	859	682	253	457
An die dt. Seeschifffahrt gezahlte Frachtkosten					
1954	245	52	23	80	90
1955	416	129	37	91	159
1956	558	157	46	91	264
Gesamte Seefrachtkosten					
1954	1 244	499	309	214	222
1955	2 061	795	519	263	484
1956	2 809	1 016	728	344	721
II. Verteilung nach Einkaufsländern (gemäß Außenhandelsstatistik)					
Gesamte Seefrachtkosten					
1954	1 244	393	271	266	314
1955	2 061	541	401	330	789
1956	2 809	604	456	380	1 369

fuhren des Jahres 1956 gezahlt wurden, ein größerer Teil als ursprünglich vermutet auf langfristigen Verträgen beruhte und daher vom Anstieg der Raten für Neuabschlüsse, die den genannten Indizes zugrundeliegen, nicht unmittelbar betroffen wurde.

Von den gesamten Seefrachtkosten der Einfuhr entfiel ein noch größerer Teil als im Vorjahr auf die an ausländische Reedereien gezahlten Frachten, und zwar haben sich diese — die Devisenbilanz belastenden — Frachtzahlungen von 1,65 auf 2,25 Mrd DM erhöht, während die an die deutsche Seeschifffahrt gezahlten Einfuhrfrachten, die in der Devisenbilanz des Seetransports (Tabelle 4) lediglich als durchlaufender Posten (Pos. I, 1, a und Pos. II, 1, a) erscheinen, nur von 0,42 auf 0,56 Mrd DM stiegen. Über den Anteil der einzelnen Währungsräume an den Frachtzahlungen unterrichtet Tabelle 3. Wie dort im ein-

zelen ausgewiesen, sind die an Nichtabkommensländer (vor allem Dollarländer) gezahlten Einfuhrfrachten am stärksten gestiegen, nämlich um rd. 80 vH auf 0,46 Mrd DM. Die Frachtzahlungen an Nichtabkommensländer blieben aber trotzdem, ebenso wie im Vorjahr, weit hinter den bei den Einfuhren aus diesen Ländern entstandenen Frachtkosten (1,37 Mrd DM) zurück. Das hängt damit zusammen, daß der größte Teil der Transportkosten für „Dollar-Einfuhren“ an die Schifffahrt der EZU-Länder sowie an die deutsche Seeschifffahrt gezahlt wurde, die an dem Transport der Waren weitgehend beteiligt waren, während umgekehrt die US-Schifffahrt bei dem Transport der deutschen Einfuhren aus dem EZU-Raum nur eine bescheidene Rolle spielte. Demgemäß sind die an die Schifffahrt der EZU-Länder gezahlten Frachten wesentlich stärker gestiegen, als es der Zunahme der bei der Einfuhr aus diesen Ländern entstandenen Frachtkosten entsprochen haben würde.

## 2. Die Frachtausgaben bei der Ausfuhr

Während die Bilanz des Seetransports (Tab. 4) bei den Frachtkosten der Einfuhr die gesamten Frachtkosten enthält, unabhängig davon, ob auf cif- oder fob-Basis abgeschlossen wurde, umfaßt sie bei den Frachtkosten der Ausfuhr nur die Frachtkosten, die vom inländischen Versender an das Ausland gezahlt und im Rahmen von cif-Abschlüssen mit dem Eingang der Exporterlöse wieder hereingeholt werden. Der Gesamtbetrag derartiger Frachtaufwendungen belief sich 1956 auf 378 Mio DM gegenüber 286 Mio DM im vorangegangenen Jahr. Außerdem sind 226 Mio DM (1955: 178 Mio DM) an die deutsche Seeschifffahrt gezahlt worden. In Höhe dieses Betrages stellen die in den cif-Erlösen der Exporteure enthaltenen Frachterstattungen Deviseneinnahmen dar. Sie sind daher nur als Einnahmen, nicht auch als Ausgaben ausgewiesen. Da sie in der auf fob-Werten beruhenden Ausfuhrstatistik nicht berücksichtigt werden, sind sie in der Zahlungsbilanz als Deviseneinnahmen der Seeschifffahrt enthalten. Hingegen wird durch die an ausländische Reedereien gezahlten Frachtanteile in Ausfuhr-cif-Abschlüssen das Gesamtergebnis der Zahlungsbilanz nicht beeinflusst. Für die regionalen Zahlungssalden spielen diese Frachtanteile allerdings eine gewisse Rolle, da

die Verschiffung der betreffenden Ausfuhren meist auf Schiffen dritter Länder erfolgt und die Frachtkosten insoweit nicht an die gleichen Länder gezahlt werden, aus denen die cif-Erlöse eingehen. Bei der Aufstellung der nach Währungsräumen gegliederten Zahlungsbilanz wäre es daher an sich erforderlich, parallel mit den in den Zahlungssalden enthaltenen Devisenausgängen und -eingängen auch in den Leistungsbilanzen die Ausfuhrfrachten und die entsprechenden Erlöse in Ausfuhr-cif-Abschlüssen zu berücksichtigen. Da die Ausfuhren nur auf fob-Basis erfaßt werden und die in den cif-Abschlüssen enthaltenen Frachterstattungen sich infolgedessen nicht nach Währungsräumen aufgliedern lassen, ist dies jedoch nicht möglich. In der — nicht nach Währungsräumen gegliederten — Devisenbilanz des Seetransports (Tab. 4) erscheinen diese Ausfuhrfrachten als durchlaufende Posten (Pos. I, 2 und Pos. II, 2).

## 3. Die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Seeschifffahrt

Bei einem Anstieg der gesamten Frachtkosten der Einfuhr und Ausfuhr um 35 vH auf 3,41 Mrd DM haben die Frachteinnahmen der deutschen Seeschifffahrt 1956 im Vergleich zum Vorjahr um 32 vH auf rd. 2 Mrd DM zugenommen. Gegenüber dem starken Wachstum der Einnahmen, das von 1954 auf 1955 zu verzeichnen war, bedeutet das eine wesentliche Abschwächung. Sie ist vermutlich vor allem darauf zurückzuführen, daß die durchschnittlich erzielten Frachtraten im Jahre 1956 nicht so stark gestiegen sind wie im Vorjahr. Wenn man die von den deutschen Importeuren gezahlten Frachten als Maßstab zugrundelegt, so kommt die geringere Steigerung der Frachtraten darin zum Ausdruck, daß der Anteil der Frachtkosten am Gesamtwert der Einfuhr (cif-Wert), der sich von 1954 auf 1955 von 9,2 auf 12,2 vH, d. h. um 33 vH erhöht hatte, im Jahre 1956, wie erwähnt, nur um 16 vH gestiegen ist, obwohl die Ursachen, die neben dem Anstieg der Frachtraten zur Erhöhung des Frachtkostenanteils beigetragen haben, im Jahre 1956 kaum weniger wirksam gewesen sind als im Jahre 1955. Die Erhöhung der Einnahmen ging auch im Jahre 1956 erheblich über den Anstieg der erzielten Frachtraten hinaus, da die Lei-









stungen weiterhin zugenommen haben. Die Tonnage der deutschen Seeschifffahrt hat sich im Jahre 1956 weiter erhöht. Sie belief sich Ende 1956 — den Angaben des Bundesverkehrsministeriums zufolge — auf 3 453 000 BRT gegenüber 2 887 000 BRT im Jahre 1955 und 2 345 000 BRT im Jahre 1954.

An der Erhöhung der Einnahmen im Jahre 1956 hat der Trampverkehr (Einzelreisen) wesentlich stärkeren Anteil als der Linienverkehr. Während sich die Einnahmen im Linienverkehr nur um 24 vH erhöhten, stiegen sie im Trampverkehr um 40 vH. Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, daß die Trampschifffahrt höhere Frachtraten erzielt hat als die Linienschifffahrt, wenn sie auch aus der ungewöhnlichen Erhöhung der Trampfachten, die im vierten Quartal 1956 im Zusammenhang mit der Suez-Krise eingetreten war, infolge ihrer überwiegend langfristigen Kontraktbindung nur in beschränk-

tem Maße Nutzen ziehen konnte. Zum Teil dürfte die größere Steigerung der Einnahmen aber auch auf einer stärkeren Zunahme der Leistungen beruhen.

Die Fremdwährungseinnahmen aus Passagen waren mit 27 Mio DM (im Vorjahr 21 Mio DM), gemessen an früheren Verhältnissen, weiterhin sehr gering (im Jahre 1930, dem für die Seeschifffahrt günstigsten Jahr zwischen den beiden Kriegen, hatte die deutsche Seeschifffahrt im Passagierdienst Deviseneinnahmen in Höhe von 210 Mio RM). Daneben wurden DM-Einnahmen in Höhe von 10 Mio DM (im Vorjahr 7 Mio DM) erzielt, von denen vermutlich ein Teil — ebenso wie im Vorjahr — von Ausländern stammte, die ihre Reisedevisen bei den Banken in D-Mark umgetauscht haben.

Die Ausgaben der deutschen Seeschiffe in ausländischen Häfen haben sich im Jahre 1956 um 23 vH erhöht. Sie sind damit im Gegensatz zum

Tab. 4: Devisenbilanz des Seetransports  
in Mio DM

Positionen	1951	1952	1953	1954	1955	1956
<b>I. Ausgaben <sup>1)</sup></b>						
1. Einfuhrfrachten	1 598	1 391	1 126	1 244	2 061	2 809
davon gezahlt an:						
a) die deutsche Seeschifffahrt <sup>2)</sup>	202	263	224	245	416	558
b) das Ausland (bei fob- u. cif-Abschlüssen)	1 396	1 128	902	999	1 645	2 251
2. An das Ausland gezahlte Ausfuhrfrachten <sup>3)</sup>	.	.	.	.	286	378
3. Hafenausgaben der deutschen Seeschiffe <sup>4)</sup>	140	213	268	301	534	655
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1 738</b>	<b>1 604</b>	<b>1 394</b>	<b>1 545</b>	<b>2 881</b>	<b>3 842</b>
darunter:						
Devisenausgaben (1 b, 2, 3)	1 536	1 341	1 170	1 300	2 465	3 284
<b>II. Einnahmen</b>						
1. Einnahmen der deutschen Seeschifffahrt <sup>5)</sup>	525	655	655	890	1 535	2 026
davon:						
a) Frachteinnahmen von deutschen Importeuren <sup>6)</sup>	202	263	224	245	416	558
b) Frachteinnahmen von deutschen Exporteuren (gleichbedeutend mit Deviseneinnahmen der Exporteure bei Ausfuhr-cif-Abschlüssen) <sup>4)</sup>	50	65	74	108	178	226
c) Frachteinnahmen von Ausländern	273	327	357	522	920	1 215
d) Passagen <sup>7)</sup>	.	.	.	15	21	27
2. Einnahmen der Exporteure bei Ausfuhr-cif-Abschlüssen für an das Ausland verauslagte Frachtkosten <sup>8)</sup>	.	.	.	.	286	378
3. Einnahmen deutscher Seehäfen von fremden Schiffen <sup>9)</sup>	136	194	243	335	433	516
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>661</b>	<b>849</b>	<b>898</b>	<b>1 225</b>	<b>2 254</b>	<b>2 920</b>
darunter:						
Deviseneinnahmen (1 b bis d, 2, 3)	459	586	674	980	1 838	2 362
<b>III. Saldo der Devisenbilanz des Seetransports (II — I)</b>	<b>— 1 077</b>	<b>— 755</b>	<b>— 496</b>	<b>— 320</b>	<b>— 627</b>	<b>— 922</b>

<sup>1)</sup> Ohne Passagen, die zusammen mit den Ausgaben im Reiseverkehr erfaßt werden. — <sup>2)</sup> Durch die Frachtzahlungen an die deutsche Seeschifffahrt werden Devisenausgaben erspart. Als Ausgleichsposten sind daher unter II, 1 a die entsprechenden Einnahmen der Seeschifffahrt als Aktivposten eingesetzt worden. — <sup>3)</sup> Die von deutschen Exporteuren in Devisen bezahlten Frachtkosten (Position I, 2) führen im Rahmen von Ausfuhr-cif-Abschlüssen zu Deviseneinnahmen in entsprechender Höhe (Position II, 2). — <sup>4)</sup> Die für 1953 und 1954 ausgewiesenen Zahlen sind infolge Änderung der statistischen Erfassungsmethode mit den Zahlen für die übrigen Jahre nicht voll vergleichbar (vgl. Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Juni 1955, S. 51). — <sup>5)</sup> Vgl. Anmerkung <sup>2)</sup>. — <sup>6)</sup> Die von deutschen Exporteuren an die deutsche Seeschifffahrt gezahlten Frachtkosten führen im Rahmen von Ausfuhr-cif-Abschlüssen zu entsprechenden Deviseneinnahmen. — <sup>7)</sup> Bis einschl. 1953 sind die Passagen in den Angaben über die Frachteinnahmen enthalten. — <sup>8)</sup> Nur Deviseneinnahmen. — <sup>9)</sup> Einschl. der Ausfuhr von Schiffsbedarf.

Vorjahr wesentlich weniger gestiegen als die Fracht- und Passageeinnahmen. Die Ausgabensteigerung geht nur wenig über die Erhöhung der Tonnage hinaus, so daß anzunehmen ist, daß die Gebühren und Preise für die ausländischen Hafeneleistungen, die im Vorjahr erheblich heraufgesetzt worden waren, nur noch geringfügig gestiegen sind.

#### 4. Gesamtbilanz

Da die an das Ausland gezahlten Seefrachtkosten sehr viel stärker zunahmen als die Frachteinahmen der deutschen Seeschifffahrt, hat sich der bereits im Jahre 1955 um über 300 Mio DM gestiegene Passivsaldo der Gesamtbilanz des Seetransports wiederum um etwa 300 Mio DM auf 922 Mio DM erhöht. Dabei sind die Devisenausgaben für Passagen, die heute bedeutend höher sein dürften als in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, nicht berücksichtigt, da sie nicht gesondert, sondern im Rahmen der gesamten Ausgaben im Reiseverkehr ermittelt werden.

## II. Deutsche Investitionen im Ausland

Die in der Zahlungsbilanz veröffentlichten Angaben über die deutschen Investitionen im Ausland beruhten bisher nur bei den Investitionen, die auf dem Wege des Bartransfers getätigt werden — das sind freilich über zwei Drittel der gesamten Auslandsinvestitionen —, auf bankstatistischen Erhebungen, die unmittelbar den Investitionsvorgang erfassen. Bei den auf andere Weise vorgenommenen Auslandsinvestitionen (Einbringung von Sachwerten, Lizenzen, Exportforderungen u. a.) war man im wesentlichen auf die Statistik der erteilten Genehmigungen angewiesen, die durch gewisse Schätzungen über die zeitliche Diskrepanz zwischen Erteilung und Inanspruchnahme der Genehmigungen ergänzt wurde. Nunmehr liegen die Ergebnisse einer Gesamterhebung über die tatsächliche Ausnutzung der Genehmigungen vor. Dabei zeigt sich, daß die Genehmigungen im allgemeinen zu einem geringeren Prozentsatz ausgenutzt wurden, als zunächst angenommen worden war. Vergleicht man nämlich die tatsächlich durchgeführten Investitionen mit den erteilten Investitionsgenehmigungen, so ergibt sich, daß die in

den Jahren 1952 bis 1956 erteilten Genehmigungen insgesamt nur zu 65 vH ausgenutzt wurden. Bei den Investitionen in Form des Bartransfers war der Ausnutzungsgrad mit 78 vH verhältnismäßig hoch. Hingegen sind von den Genehmigungen zur Auslandsinvestition durch Sachwerteinbringung nur 32 vH ausgenutzt worden. Nach der neuen Statistik belief sich der Netto-Betrag der deutschen Investitionen im Ausland im Jahre 1956 auf 383 Mio DM, im Jahre 1955 auf 254 Mio DM und in den Jahren 1952 bis 1956 zusammengekommen auf 888 Mio DM<sup>1)</sup>.

Nach der Art der Anlagemittel setzten sich die Investitionen wie folgt zusammen:

Tab. 5: Deutsche Investitionen im Ausland<sup>1)</sup>  
(Zusammensetzung nach der Art der Anlagemittel)  
in Mio DM

Anlagemittel	1955	1956	1952 bis 1956
Bartransfer	174	296	642
Sachwerte	20	40	76
Exportforderungen	32	32	90
Kreditaufnahme im Ausland	23	16	53
Rechte, Erfahrungen, Lizenzeinnahmen	3	2	25
Kapitalerträge	4	11	17
Erlöse aus der Liquidation von deutschen Investitionen im Ausland	—	8	8
Sonstige Anlagemittel	3	5	9
Neuinvestitionen insgesamt	259	410	920
Liquidationen	5	27	32
Netto-Investitionen	254	383	888

<sup>1)</sup> Tatsächlich durchgeführte Investitionen.

Sowohl die Gesamtentwicklung als auch die Entwicklung der einzelnen Investitionsarten entsprechen in der neuen, verbesserten Statistik im wesentlichen dem Bild, das in den früheren, teilweise auf der Genehmigungsstatistik fußenden Darstellungen gegeben worden war. In der regionalen Verteilung haben sich allerdings einige Verschiebungen ergeben. So hat sich insbesondere der Anteil der Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums an den gesamten Auslandsinvestitionen der Bundesrepublik von 33 vH auf 24 vH verringert, was darauf zurückzuführen ist, daß

<sup>1)</sup> Im Geschäftsbericht für 1956 war der Netto-Betrag der deutschen Investitionen im Ausland für 1956 mit schätzungsweise 450 Mio DM und für die Jahre 1952 bis 1956 mit schätzungsweise 1.1 Mrd DM angegeben worden.

die Genehmigungen zu Investitionen durch Sachwerteinbringung, bei denen die Ausnutzung, wie erwähnt, besonders niedrig war, in diesem Länderbereich eine erhebliche Rolle gespielt haben. Eine Aufgliederung nach Währungsräumen enthält die nebenstehende Tabelle 6.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Die Zahlen der Tabelle 6 sind mit denen der Tabelle auf S. 111 des Geschäftsberichts für 1956 nicht vergleichbar. Abgesehen davon, daß sich die Zahlen in Tabelle 6 auf die tatsächlichen Investitionen, die der Tabelle des Geschäftsberichts aber auf die erteilten Investitionsgenehmigungen beziehen, umfaßt Tabelle 6 auch den Erwerb von — notierten und nicht-notierten — Wertpapieren ohne Beteiligungscharakter, die in den Zahlen auf S. 111 des Geschäftsberichts nicht enthalten sind. Die Wertpapierkäufe waren allerdings, wie schon im Geschäftsbericht erwähnt, im Jahre 1956 nur sehr gering.

Tab. 6: Deutsche Investitionen im Ausland<sup>1)</sup>  
(Aufgliederung nach Währungsräumen)

Zeit	Räume der beschränkt konvertierbaren Währungen			Freier Währungsraum (Nichtabkommensländer)	Gesamt
	Kontinentale EZU-Länder	Sterlingraum	Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums		
	in Mio DM				
1952	3	2	10	1	16
1953	19	3	15	8	45
1954	90	17	43	40	190
1955	77	28	61	88	254
1956	127	38	82	136	383
Insgesamt	316	88	211	273	888
<sup>1)</sup> Tatsächlich durchgeführte Investitionen (netto).					

In Ergänzung der Haupttabellen (S. 48 ff.) folgen auf den Seiten 55 ff. die Tabellen:

1. Einnahmen und Ausgaben für Transportleistungen 1951 bis 1956.
2. Vierteljährliche und halbjährliche Entwicklung der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins 1951 bis 1956.
3. Einnahmen und Ausgaben für „Verschiedene Dienstleistungen“ 1951 bis 1956.





der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins 1951 bis 1956 \*)

DM

und Kapitalbilanz

III. Kapitalleistungen <sup>1)</sup> (fremde+, eigene -)

Table with columns: Konsolidierung und Amortisation von Clearing-schulden (Saldo), Tilgungen im Rahmen von Abkommen über deutsche Auslandsschulden und -vermögen (Saldo), Export-Import Bank und Montan-Union, Internationaler Währungs-fonds, Weltbank und Internationale Finanz-Corporation, Private Investitionen (fremde (Zunahme +, Abnahme -), eigene (Zunahme -, Abnahme +)), Sonstige Kapital-leistungen (Saldo), Saldo der mittel- und lang-fristischen Kapital-leistungen, Fremde und eigene Reimbours-kredite (Saldo), Sonstige Kapital-leistungen (Saldo), Saldo der kurz-fristischen Kapital-leistungen, Saldo der gesamten Kapital-leistungen, Saldo der Lei-stungs- und Kapital-bilanz, B. Saldo der Devisen-bilanz (Zu-gang -, Ab-gang +), C. Saldo der nicht er-fabbaren Posten und der stati-stischen Ermitt-lungs-fehler (als Rest errechnet), Zeit

Alle Länder

E Z U - R a u m <sup>11)</sup>

sind statt dessen in verschiedenen Positionen die Transferierungen aus Sperrkonten - soweit sie erfaßt wurden - enthalten. - <sup>2)</sup> Spezialhandel. Ausfuhr: 1950 nach Verbrauchs-gutbedarf, die den Einnahmen für Dienstleistungen zugerechnet wurde. - <sup>4)</sup> Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. - <sup>5)</sup> Die den Einfuhren erfolgten. Von 1952 ab wurden sie auf Grund von Schätzungen nach den tatsächlich gezahlten Währungen auf die einzelnen Währungsräume aufgeteilt. - <sup>6)</sup> Die Zah-  
\*) Bis 1953 Kredite der Export-Import Bank (Gewährung und Tilgung), ab 1954 Kreditgewährung und -inanspruchnahme der Montan-Union. - <sup>8)</sup> Gold- und Dollarzahlungen sowie zu den einzelnen Währungsräumen nach dem jeweiligen Stand.







# Statistischer Teil

I. Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich des Zentralbanksystems	62
2. Zur Entwicklung der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	64
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	66
II. Zentralbanksystem	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf im Bundesgebiet und in West-Berlin	67
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	67
3. Zentralbankkredite an die Kreditinstitute des Bundesgebiets und an die Berliner Zentralbank	68
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten des Bundesgebiets sowie Einlagen der Berliner Zentralbank bei der Bank deutscher Länder	68
5. Mindestreservenstatistik	69
B. Ausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	70
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	72
3. Monatsausweise der Landeszentralbanken und der Berliner Zentralbank	73
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite	74
2. Teilzahlungskredite	80
3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen	80
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	81
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	81
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	81
7. Einlagen von Nichtbanken	82
8. Umsätze im Sparverkehr	84
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	85
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute des Bundesgebiets	86
2. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute in West-Berlin	98
IV. Zinssätze	
1. Zinssätze des Zentralbanksystems	99
2. Die in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets und in West-Berlin geltenden Soll- und Habenzinsen	100
3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform	102
4. Geldmarktsätze in Frankfurt (Main) nach Monaten	102
5. Tagesgeldsätze in Frankfurt (Main) nach Bankwochen	102
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung, Absatz, Tilgung und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	103
2. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	104
3. Wertpapier-Absatz nach Papieren mit steuerfreien und steuerpflichtigen Zinserträgen	104
4. Zinssätze und Emissionskurse	104
5. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	105
6. Unmittelbarer Erstabsatz von festverzinslichen Wertpapieren	105
7. Durchschnittskurse und -Renditen festverzinslicher DM-Wertpapiere	106
8. Index der Aktienkurse	106
9. Index der Börsenumsätze	106
10. Bausparkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin	107
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	108
2. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	109
3. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	110
4. Umlauf an verzinslichen Schatzanweisungen und öffentlichen Anleihen im Bundesgebiet	110
5. Umlauf an unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechslern im Bundesgebiet	111
6. Die Verschuldung des Bundes	112
7. Die Verschuldung der Länder	112
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	113
2. Zahlungssalden der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins	115
3. Gold- und Devisenbestände der Bank deutscher Länder	115
4. DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken	116
5. Die Entwicklung der Position der EZU-Mitgliedsländer	116
VIII. Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	117
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	117
3. Arbeitsmarkt	118
4. Einzelhandelsumsätze	118
5. Preisindexziffern	118
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	119
X. Diskontsätze im Ausland	120
XI. Die Währungen der Welt	121

1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kredit

Aktiva

Mio

Kreditgewährung an

Monatsende	Aktiva insgesamt	Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems									
		insgesamt	kurzfristige Kredite					mittel- und langfristige Kredite <sup>1)</sup>			Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen <sup>2) 10)</sup>
			insgesamt	insgesamt	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentliche Stellen	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen <sup>3) 10)</sup>	insgesamt	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentliche Stellen	
1951 Dez.	50 229	29 923	28 771	16 710	15 350	433	927	11 355	9 695	1 660	706
1952 Dez.	61 682	38 226	37 486	20 190	18 774	388	1 028	15 980	13 480	2 502	1 316
1953 Dez.	76 577	48 877	48 372	22 936	21 500	310	1 126	22 754	19 025	3 729	2 582
1954 Juni	84 244	53 992	53 659	24 174	22 461	430	1 283	25 753	21 151	4 602	3 732
1955 März	97 692	65 496	64 694	27 104	25 542	389	1 173	32 497	26 719	5 778	5 093
1956 Jan.	111 304	78 100	77 486	29 305	27 564	378	1 363	41 677	34 099	7 578	6 504
1957 Jan.	126 631	88 650	88 130	32 353	28 986	547	2 820	49 068 <sup>14)</sup>	40 187	8 881 <sup>14)</sup>	6 709

<sup>1)</sup> Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken und Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems (nur Bundesgebiet). — <sup>2)</sup> Einschl. der aus dem Umtausch von Ausgleichsbankschuldverschreibungen. — <sup>3)</sup> Einschl. Lombard- und Wechselkredite. — <sup>4)</sup> Einschl. des im Bestand der Bank deutscher Länder befindlichen Teils der 6<sup>1/2</sup>igen Reichsbanken, Sorten, Auslandsschecks und ausländische Geldmarktpapiere; Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems: Guthaben bei ausländischen Banken, Sorten, auslandszurückgegebenen Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder. — <sup>5)</sup> Ab September 1952 einschl. Deckungsforderungen lt. § 11 Währungsausgleichsgesetz vom 14. 8. 1952. — <sup>6)</sup> Institut seit September 1954 erworben werden können. — <sup>7)</sup> Statistisch bedingte Zunahme, die durch die Einbeziehung des Berliner Geschäfts einiger Institute verursacht an öffentliche Stellen 16 Mio DM; Wertpapiere 10 Mio DM). — <sup>8)</sup> Umbuchung in Höhe von 60 Mio DM von öffentlichen Stellen zu Wirtschaftsunternehmen und Private. — <sup>9)</sup> Enthält Abnahme in Höhe von 254 Mio DM infolge Ausgliederung von durchlaufenden Krediten. — <sup>10)</sup> Vorläufig.

Passiva

Monatsende	Passiva insgesamt	Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute <sup>1)</sup>	Sichteinlagen						Spar-einlagen	Termin-einlagen
			insgesamt		Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentliche Stellen		alliierte Dienststellen (Zentralbanksystem)		
			mit zeitweilig angelegte(n) Beträge(n)	ohne zeitweilig angelegte(n) Beträge(n)		mit zeitweilig angelegte(n) Beträge(n)	ohne zeitweilig angelegte(n) Beträge(n)			
1951 Dez.	50 229	9 323	13 702	12 772	9 789	2 018	1 988	995	4 984	5 692
1952 Dez.	61 682	10 817	14 964	13 191	10 490	3 723	2 050	751	7 404	7 758
1953 Dez.	76 577	11 972	17 326	14 203	11 460	5 227	2 104	639	11 241	9 940
1954 Juni	84 244	11 930	18 498	14 119	11 507	6 419	2 040	572	14 244	9 947
1955 März	97 692	12 879	20 277	15 609	12 671	7 096	2 428	510	18 089	10 431
1956 Jan.	111 304	13 744	23 044	19 613	14 033	8 755	5 324	256	21 187	9 883
1957 Jan.	126 631	14 533	24 250	22 006	14 842	9 276	7 012	132	23 965	12 697

<sup>1)</sup> Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken und Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems (nur Bundesgebiet). — <sup>2)</sup> Einschl. Münzumlauf und der in West-Berlin digungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate; einschl. „Durchlaufende Kredite“. — <sup>3)</sup> Einschl. der in Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder angelegten Beträge. — ausländischer Banken und im Ausland aufgenommene Postlaufkredite. — <sup>4)</sup> Saldiert mit den Aktivpositionen Kapitalwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital und eigene Institute verursacht wurde (Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten 25 Mio DM; Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen 89 Mio DM, von öffentlichen Geschäfts eines Instituts nach Berlin verursacht wurde. — <sup>5)</sup> Enthält Abnahme in Höhe von 567 Mio DM infolge Ausgliederung von durchlaufenden Krediten. — <sup>6)</sup> Enthält statistisch bedingte Zunahme von 32 Mio DM; davon öffentl. Stellen 23 Mio DM. — <sup>7)</sup> Vorläufig.















































1. Zwischenbilanzen der Kredit

Mio

Aktiva

Table with 16 columns: Jahres- bzw. Monatsende, Zahl der berichtenden Institute, Summe der Aktiva, Barreserve (insgesamt, darunter Guthaben bei der LZB), Post-scheck-guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten (insgesamt, darunter täglich fällige und mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung von weniger als 3 Monaten), Guthaben bei der BfL für gestellte Akkreditive, Fällige Zins- und Dividenden-scheine, Schecks und Inkasso-wechsel, Wechsel (insgesamt, darunter Handels-wechsel, Bank-akzepte), Schatz-wechsel und unver-zinsliche Schatz-anweisungen des Bundes und der Länder, Wert-papiere und Konsortial-beteiligungen. Sections: Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems, Kreditbanken, Nachfolgeinstitute der früheren Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Privatbankiers, Spezial-, Haus- und Branchenbanken.

\* Kursiv gedruckte Zahlen sind nur begrenzt vergleichbar. — Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — Handbuch der Bank deutscher Länder 1948—1954, Methodische Erläuterungen zu Teil III. — \*) Veränderungen sind im allgemeinen auf Fusion, Liquidation oder Neugründung von Banken. — \*\*) Kasse (in- und ausländische Noten und Münzen) und Landeszentralbankguthaben. — \*) Guthaben mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren. — \*) Ausführliche Aufgliederung s. Tabelle gleichsicherungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen. — \*) Der Bestand an Ausgleichsforderungen lt. Umstellungsrechnung wird nur zum Quartalsultimo ab auch geringe Beträge „Forderungen gegen die Bundesrepublik gemäß § 32 Gesetz zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 24. 8. 1953“. — \*) Einschließung ausgleichsrechtlicher Forderungen lt. § 19 Altsparkengesetz gesondert ausgewiesen werden. — \*\*) Zunahme durch Ausdehnung der Berichtsinstitute. — \*) Zunahme durch Neuaufgrenzung der Berichtspflicht im Oktober 1951. — \*\*) Rückgang durch Änderung der Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften. Vgl. Anmerkung zu den Jahresbilanzen 1951. — \*) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 76 Mio DM (darunter täglich fällige Guthaben und Guthaben mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung von rd. 33 Mio DM, die durch die Einbeziehung des Berliner Geschäftes einiger Institute verursacht wurde. — \*\*) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 86 Mio DM Geschäftes einiger Institute verursacht wurde. — \*) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 111 Mio DM (darunter gegen Grundpfandrechte rd. 99 Mio DM, gegen Kommunal- durch den Abgang des Bundesgebietesgeschäftes eines Instituts nach Berlin verursacht wurde. — \*\*) Enthält statistisch bedingte Abnahme von rd. 20 Mio DM, die durch den Abgang von rd. 210 Mio DM durch den Abgang der Bundesrepublik aus dem Abgang von rd. 37 Mio DM. — \*) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 567 Mio DM durch Ausgliederung von bedingter Veränderung mit dem Vormonat nicht ohne weiteres vergleichbar. — \*\*) Ab April 1957 nicht mehr gesondert erfragt. (In Guthaben bei Kreditinstituten enthalten.) — \*) gruppierung einiger Institute zu den „Staats-, Regional- und Lokalbanken“. — +) Untergruppe der Kreditbanken. — \*) Vorläufig.



























## 2. Die in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets und

Sollzinsen der Kreditinstitute seit 11. Januar 1957

	Baden-Württemberg <sup>2)</sup>		Bayern <sup>2)</sup>		Bremen <sup>2)</sup>		Hamburg <sup>3)</sup>	
<b>Sollzinsen in % p. a.</b> D = Diskontsatz, L = Lombardsatz								
Diskontsatz	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
Lombardsatz	5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2	
<b>Kreditkosten</b>								
<b>1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung <sup>4)</sup></b>	<b>im einzelnen</b>	<b>insgesamt</b>	<b>im einzelnen</b>	<b>insgesamt</b>	<b>im einzelnen</b>	<b>insgesamt</b>	<b>im einzelnen</b>	<b>insgesamt</b>
a) zugesagte Kredite								
Zinsen	L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Kreditprovision	1/8 % p. M.	9	1/8 % p. M.	9	1/8 % p. M.	9	1/8 % p. M.	9
b) Kontoüberziehungen								
Zinsen	L + 1/2 %		L + 1 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Überziehungsprovision	1/8 % p. T.	10 1/2	1/8 % p. T.	11 1/2	1/8 % p. T.	10 1/2	1/8 % p. T.	10 1/2
<b>2. Akzeptkredite (Normalkonditionen)</b>								
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1/2 %		D + 1/2 %		D + 1/2 %	
Akzeptprovision	1/8 % p. M.	8	1/8 % p. M.	8	1/8 % p. M.	8	1/8 % p. M.	8
<b>3. Kosten für Wechselkredite</b>								
a) Abschnitte von 20 000,— DM und höher								
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1 1/2 %		D + 1/2 %- 1/8 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	6 1/2	1 % p. M.	7 1/5	1/8 % p. M.	6 1/2 - 7	1/8 % p. M.	7
b) Abschnitte von 5 000,— DM bis unter 20 000,— DM								
Zinsen	D + 1/2 %		D + 1 1/2 %		D + 1/2 %- 1/8 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	6 1/2	1 % p. M.	7 1/5	1/8 % p. M.	6 1/2 - 7	1/8 % p. M.	7
c) Abschnitte von 1 000,— DM bis unter 5 000,— DM								
Zinsen	D + 1 %		D + 1 1/2 %		D + 1/2 %- 1/8 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	7	1/8 % p. M.	7 1/2	1/8 % p. M.	7 - 7 1/2	1/8 % p. M.	7 1/2
d) Abschnitte unter 1 000,— DM								
Zinsen	D + 1 %		D + 1 1/2 %		D + 1/2 %- 1/8 %		D + 1 %	
Diskontprovision	1/8 % p. M.	7 1/2	1/8 % p. M.	8	1/8 % p. M.	8 - 8 1/2	1/8 % p. M.	8 1/2
<b>4. Ziehungen auf Kundschaft</b>								
Zinsen	keine Festsetzung		keine Festsetzungs		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Kreditprovision								
<b>5. Umsatzprovision</b>	keine Angabe		1/8 % pro Semester, mind. vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8 % d. größeren Seite abzüglich Saldovortras, mind. 1/2 % pro Semester a. Kreditbetrag		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien d. Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942	
<b>6. Mindestdiskontspesen</b>	2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM	
<b>7. Domizilprovision</b>	1/8 % mind. —, 50 DM		nicht festgesetzt		1/8 %		nicht festgesetzt	
<b>Habenzinsen <sup>7)</sup>, in % p. a.</b>								
<b>Einlagenzinssätze</b>								
<b>1. für täglich fällige Gelder</b>								
a) in provisionsfreier Rechnung	1		1		1		1 <sup>8)</sup>	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2		1 1/2		1 1/2		1 1/2	
<b>2. Spareinlagen</b>								
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist								
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
2) von 12 Monaten und darüber	5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2	
<b>3. für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von 50 000,— DM Einlagebetrag</b>	<b>unter</b>	<b>ab</b>	<b>unter</b>	<b>ab</b>	<b>unter</b>	<b>ab</b>	<b>unter</b>	<b>ab</b>
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5
d) 12 Monaten und darüber <sup>9)</sup>	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2
<b>4. Festgelder mit einer Laufzeit von</b>								
a) 30 bis 89 Tagen	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4
b) 90 bis 179 Tagen	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2
c) 180 bis 359 Tagen	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5
d) 360 Tagen und darüber <sup>9)</sup>	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2
<b>5. Zinsvoraus <sup>10)</sup></b>	1/6 — 1/2		1/6 — 1/2		1/6 — 1/2		1/6 — 1/2	

<sup>1)</sup> Zusammengestellt nach Angaben der Landeszentralbanken auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und worden. — <sup>2)</sup> Normalsätze, Überschreitungen in begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — <sup>3)</sup> Höchstsätze. — <sup>4)</sup> Gemäß § 2 des voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstsaldo berechnet werden. Die Kreditkosten insgesamt können daher im Einzelfall von den hier aufgeführten Gesamtkosten Ansatz zu bringen. — <sup>5)</sup> Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — <sup>6)</sup> Diese Höchstsätze gelten gegenüber der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des rechnungsbanken bleiben zinsfrei. — <sup>7)</sup> Für Kündigungsgelder und Festgelder der Gruppen 3 d und 4 d ab 1 000 000,— DM Einlagebetrag beträgt der Einlagenzinssatz 5 1/4 %. — <sup>8)</sup> Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1955, S. 84.

in West-Berlin geltenden Soll- und Habenzinsen <sup>1)</sup>

Habenzinsen der Kreditinstitute seit 1. Februar 1957

Hessen <sup>2)</sup>		Niedersachsen <sup>2)</sup>		Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>		Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>		Schleswig-Holstein <sup>2)</sup>		West-Berlin <sup>2)</sup>	
Sollzinsen in % p. a. D = Diskontsatz, L = Lombardsatz											
4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2	
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9
L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10 1/2
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8
D + 1/2 % 1/6 % p. M.	6 1/2	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6 1/2	D + 1 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 % 1/6 % p. M.	7
D + 1/2 % 1/6 % p. M.	7	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	6 1/2 - 7	D + 1 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 % 1/6 % p. M.	7
D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2	D + 1 % 1/6 % p. M.	7 1/2	D + 1 % 1/6 % p. M.	7 1/2
D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/6 % p. M.	8 <sup>6)</sup>	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2 <sup>5)</sup>	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2 <sup>5)</sup>	D + 1 % 1/6 % p. M.	8 1/2 <sup>8)</sup>	D + 1 % 1/4 % p. M.	8 1/2
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942			1 % pro Semester			Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942			1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag.		
2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM	
1/2 % mind. —,50 DM		1/2 % mind. —,50 DM		1/2 % mind. —,50 DM		1/2 % mind. —,50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt	
Habenzinsen <sup>7)</sup> , in % p. a.											
1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2		1 1 1/2	
3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2		4 1/2 5 1/2	
unter ab		unter ab		unter ab		unter ab		unter ab		unter ab	
50000.— DM Einlagebetrag		50000.— DM Einlagebetrag		50000.— DM Einlagebetrag		50000.— DM Einlagebetrag		50000.— DM Einlagebetrag		50000.— DM Einlagebetrag	
3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4	
4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2	
4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5	
5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2	
3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4		3 3/4   4	
4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2		4 1/4   4 1/2	
4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5		4 3/4   5	
5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2		5 1/4   5 1/2	
1/6 — 1/2		1/6 — 1/2		1/6 — 1/2		1/6 — 1/2		1/6 — 1/2		1/6 — 1/2	

Provisionssätzen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt Sollzinsabkommens dürfen die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im abweichen. — <sup>6)</sup> Bei Abschnitten unter 1 000.— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1.— DM bis 2.— DM im Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — <sup>7)</sup> Girokonten bis zum Betrage von 10 000.— DM bei den Hamburger Ab<sup>1)</sup> Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe Sondertabelle in:









































